DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

ontag, 21. Februar 1983 - D ***
ısblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

ien 36,00 bfr, Dänemark 7,50 dkr, Frankreich 6,00 F, Griechenland 80 Dr, ıbritannien 55 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 63,00 Din, Luxemburg 27,00 lfr

Nr. 43 - 8.W. - Preis 1,20 DM - I H 7109 A
Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 10 11

Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 80 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,60 sfr, Spanien 100 Pts, Kanarische Inseln 125 Pts

Zimmermann: Terrorismus ist noch nicht besiegt

Im WELT-Interview weist der Minister auf internationale Verbindungen hin

DW. Bonn

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann hat in einem WELT-Interview die „gute und reibungslose Zusammenarbeit der Sicherheitskräfte von Bund und Ländern" beim Kampf gegen Terroristen unterstrichen. Die Fragen stellte Manfred Schell.

WELT: In den letzten Monaten haben die deutschen Sicherheitsbehörden die Rote Armee Fraktion weitgehend zerschlagen, einen gewalttätigen türkischen Ausländerverein verboten, einen sowjetischen Spion überführt und jetzt einen erfolgreichen Schlag gegen den Terrorismus von rechts geführt. Ist das alles Zufall?

Zimmermann: Die gute und reibungslose Zusammenarbeit der Sicherheitskräfte von Bund und Ländern ist eine wesentliche Voraussetzung für die Erfolge: Selbstverständlich spielt auch der Zufall eine Rolle. Deshalb habe ich in der Vergangenheit immer wieder an die notwendige Mithilfe unserer Bürger appelliert. Beim jüngsten Fahndungserfolg im Kampf gegen den Rechtsterrorismus stand am Anfang ebenso ein konkreter Hinweis aus der Bevölkerung, wie Ende letzten Jahres bei der Festnahme des Spitzentrios der Roten Armee Fraktion. Weitere wichtige Faktoren sind aber Einsatzbereitschaft, hoher Ausbildungsstand und strikte Geheimhaltung bei den laufenden Aktionen. Ich beglückwünsche alle beteiligten Sicherheitskräfte.

WELT: Von einer sechsköpfigen Gruppe rechtsradikaler Terroristen sind bereits fünf verhaftet, davon drei in einer konspirativen Wohnung in Frankfurt und zwei in England. Wie lief diese Festnahme ab und wie setzt sich der Täterkreis zusammen?

Zimmermann: Es wäre zu früh, jetzt schon die Einzelheiten mitzuteilen, während die Vernehmung noch andauert und die Fahndung weiterläuft. Diese Mitteilung überlasse ich dem Generalbundesanwalt. Am Anfang stand jedoch der konkrete Hinweis eines aufmerksamen Bürgers an die hessische Polizei, die dann mit großer Umsicht und Ausdauer eine konspirative Wohnung in Frankfurt überwachte, ohne vorher zu wissen, welche Täter ihr möglicherweise ins Netz gehen. Bei der Festnahme der drei männlichen Personen stellte sich schnell heraus, daß es sich um dem Bundesamt für Verfassungsschutz namentlich bekannte Rechtsradikale handelte. Deshalb konnte auch die weitere Fahndung erfolgreich laufen. Die Verbindung zur verbotenen ehemaligen „Wehrsportgruppe Hoffmann" machte die neue Gruppierung besonders gefährlich.

WELT: Ist es richtig, daß diese Täter auch für Terroranschläge auf amerikanische Soldaten und US-Einrichtungen in Deutschland verantwortlich sind?

Zimmermann: Ja, darüber gibt es sichere Erkenntnisse. Die Behörden tappten bei den Anschlägen auf US-Einrichtungen lange im dunkeln. Hier kamen wegen der Unterschiedlichkeit der Verbrechen verschiedene Täterkreise in Betracht. Wir wußten nur, daß der Mordanschlag auf den Oberkommandierenden der US-Streitkräfte in Deutschland, General Kroesen, und der Sprengstoff-Anschlag im US-Quartier in Ramstein von der Roten Armee Fraktion ausgeführt wurden. Bei anderen Terroraktionen gab es Hinweise auf Täter sowohl in linksradikalen wie in rechtsradikalen Kreisen. Mit den Amerikanern zusammen haben wir intensive Sicherheitsvorkehrungen getroffen, und es war bedrükkend, daß wir zunächst keinen Fall aufklären konnten. Dies ist nun gelungen; unsere amerikanischen Soldaten und ihre Familien können etwas beruhigter sein. Ich warne jedoch vor der Annahme, der Terrorismus wäre jetzt besiegt. Dies könnte ein gefährlicher Trugschluß sein.

WELT: Einer der Verhafteten soll von radikalen Palästinensern in Libanon militärisch ausgebildet worden sein? Man hört auch von einer Beteiligung aus Kreisen der rechtsradikalen Gruppe an einem Sprengstoff-Attentat letztes Jahr in Paris. Wer sind die Hintermänner?

Zimmermann: Ebenso wie der linke, so hat auch der rechte Terrorismus internationale Verbindungen. Die „Wehrsportgruppe Hoffmann" wurde teilweise von Palästinensergruppen in Libanon ausgebildet. Es gibt eine deutliche Spur aus der verhafteten Gruppe zu den Palästinensern. Über eine mögliche Beteiligung eines Mitglieds der festgesetzten Gruppe bei einem Anschlag in Paris müssen wir den genauen Bericht der französischen Polizei abwarten. Die Tatsache, daß zwei Festnahmen in England erfolgten, zeigt die internationale Dimension auch des Rechtsterrorismus. Dies muß uns mit Sorge erfüllen.

● Fortsetzung Seite 10

DER KOMMENTAR

Zwei Beispiele

HERBERT KREMP

Für den Austausch von Banalitäten habe man die Zeit nicht verschwendet, erklärte der Franzose Cheysson, der heute mit Andropow zusammentrifft. Inhalt und Stil der französischen Vorsprache in Moskau sind ein nachgerade klassisches Beispiel dafür, wie ein westlicher Politiker die richtig verstandenen Interessen seines Landes in der Sowjetunion wahrnehmen kann.

Acht Stunden Unterredung mit Gromyko ergaben eine gespaltene Bilanz, über die Cheysson vor der Presse unverschnörkelt berichtete. In der Orient- und Handelspolitik wurden die seit jeher bekannten Annäherungswerte bestätigt. Sie betreffen allerdings nicht die kritische Substanz der beiderseitigen Beziehungen. Vor der Drohung Gromykos, die Sowjetunion werde im Falle einer Nachrüstung in Europa mit einer weiteren Vorrüstung aufwarten, wich der Franzose nicht zurück. Im Gegenteil: Im Lichte der Scheinwerfer bezeichnete er die westliche Nachrüstung als begründet, weil die sowjetische Überlegenheit im Mittelstrecken-Bereich für die Bundesrepublik und das übrige Westeuropa eine Bedrohung darstelle.

Angesichts der sinnlosen, für die Verhandlungen in Genf geradezu kontra-produktiven Raketen-Diskussion im deutschen Medien-Wahlkampf muß man sich immer wieder vor Augen halten, daß genau dies die Sprache ist, die Moskau versteht, und daß dies die Haltung war, die das ursprünglich hartleibige Politbüro zum Einlenken auf den Genfer Verhandlungsweg bewegte. Eine in die Sozialkrise hineingerüstete Sowjetunion spielt den einzigen Trumpf, den sie besitzt, den militärischen, mit starrem Poker-Gesicht aus. Das ist eine natürliche, aus der Geschichte bekannte Attitüde der Machtpolitik. Nur – wenn die andere Seite mit Festigkeit anstatt mit Angst reagiert, kalkuliert der Spieler neu.

Nicht Hasard-, sondern Schachspieler sitzen in Moskau. Wenn sie Schwächen erkennen, wenden sie ihre Stärke entschieden, aber widerrufbar an. Was Paris weiß, was Schmidt einmal wußte, was Bonn weiß, weiß Hans-Jochen Vogel nimmermehr. Er wendet sich nicht gegen Gromykos neue Vorrüstungsdrohung, sondern fordert statt dessen den Verbündeten USA per Brief auf, Kompromisse ausgerechnet auf dem Gebiet zu anonncieren, wo der Westen materialiter nichts besitzt.

Sein „Raketen-Wahlkampf" gerät damit in den Verdacht, eine Fortsetzung der Entspannungspolitik mit sowjetischen Mitteln zu sein. Aus welchem Interesse läßt Vogel sich von Moskau kreditieren und – diskreditieren?

OLITIK

nschläge von inksextremen ahmen zu

DW. Bonn

nksterroristen haben im vergenen Jahr 184 Anschläge ver- – 55 mehr als 1981. Die Zahl der glieder in linksextremen Organtionen ist dagegen von 62 000 60 150 zurückgegangen. Nach enntnissen des Verfassungsıtzes gilt die DKP nach wie vor „stärkste und handlungsfähig- Kraft bei den Staatsfeinden von s". Dies berichtet die „Bild am ntag" unter Berufung auf den assungsschutzbericht, den desinnenminister Friedrich mermann offiziell erst morgen Öffentlichkeit vorlegen wird. Gesamtzahl der Straftaten von ıtsextremisten ist danach von m Jahre 1981 auf 64 zurückgegen. Aus Waffen- und Munisfunden schließt der Verfasschutz aber, daß die Gefahr h Rechtsextremisten noch t geringer geworden ist. Auem heißt es nach dem Bericht „Bild am Sonntag" in dem ner Dokument, daß zwei Drittller bekanntgewordenen Spiofälle auf das Konto Ost-Bergegangen seien. Die Zahl der R"-Spione in der Bundesrepu- Deutschland wird auf 10 000 hätzt.

ZITAT DES TAGES



Nach meiner Erfahrung empfinden die meisten Menschen, indem sie etwas leisten, Befriedigung, ja so etwas wie Glück. ”

lespräsident Karl Carstens wähder Meisterfeier der Düsseldorlandwerkskammer (Seite 4)
FOTO: HEINRICH SANDEN/DPA

Zivilisten getötet

AP, Islamabad

i sowjetischen Bombenangrifm Osten Afghanistans sind in ergangenen Woche nach Angaafghanischer Widerstandspfer 150 Zivilisten ums Leben ımmen. Die sowjetischen Truppeien von Panzern und Flugzeuunterstützt worden.

m Sieg überzeugt

DW. Erlangen

r CSU-Vorsitzende Franz Josef ıß hat sich auf dem Arbeitnehıg der CSU überzeugt von ei-Wahlsieg der Unionsparteien ıgt. Er drohte zugleich der FDP Zusammengehen mit der SPD Bundestag an, um auf diesem die Einbehaltung der Zwangshe durchzusetzen. Die „maßn Kräfte" in der SPD forderte r Trennung „von den anderen" r Partei auf.

fert London aus?

dpa, Hamburg

e in der Nähe Londons festgemenen mutmaßlichen Terrori- Walther Kexel und Ulrich Tiln, die der verbotenen rechtsexıistischen „Wehrsportgruppe mann" angehören, sind in ein doner Gefängnis verlegt wor- Sie sollen heute dem Londoner istratsgericht vorgeführt wer- das über eine Auslieferung cheiden wird, die von Bonn its beantragt worden ist.

rnungen

epd, Itzehoe

er nordelbische evangelische or Jens Motschmann hat vor r „Massenpsychose" im Zusamhang mit der kirchlichen Friearbeit gewarnt. „Greifbares Ernis" der Arbeit kirchlicher Friesgruppen sei auch die Schürung Ängsten, von denen besonders endliche erfaßt würden.

WIRTSCHAFT

Golf-Staaten beraten über Rohöl-Preise

AP/dpa, Riad

Die Außenminister der sechs im Golf-Kooperationsrat zusammengeschlossenen arabischen Staaten haben am Wochenende in der saudiarabischen Hauptstadt Riad über die Folgen einer Senkung der Ölpreise beraten. Der Senkung des Rohölpreises durch Großbritannien und Norwegen hatte sich inzwischen auch Nigeria als erstes Opec-Land angeschlossen. Wie es heißt, versucht von den Golf-Staaten allein Saudi-Arabien eine Preissenkung zu vermeiden, die den anderen unvermeidlich erscheint. Die Opec, die den Ölpreis in den vergangenen zehn Jahren drastisch angehoben hatte, zerstritt sich in den letzten Monaten über die Förder-Quoten für die Mitgliedsländer. Der Opec-Richtpreis von 34 Dollar pro Barrel schien nach der im Januar gescheiterten Konferenz der Organisation endgültig unhaltbar. An den Börsen wurde spekuliert, ob er auf 25 oder 20, vielleicht sogar auf 15 Dollar sinken würde. Daraufhin stürzten die Börsenkurse für Ölaktien in London fast ins Bodenlose. Erst nach der Senkung der Preise durch die genannten Länder kletterten sie vorsichtig wieder nach oben.

Stahltochter gegründet

dpa, Duisburg/Düsseldorf

Beim größten privaten europäischen Stahlkonzern, der Thyssen AG, hat der Aufsichtsrat am Wochenende den Weg für eine unternehmensübergreifende Kooperation im Massenstahlbereich geebnet. Das Aufsichtsgremium stimmte einem Vorschlag des Thyssen-Vorstandes zu, eine Tochtergesellschaft „Thyssen-Stahl AG" zu gründen, teilte das Unternehmen mit. In diese Gesellschaft soll der jetzt direkt der Thyssen AG zugeordnete Stahlbereich eingebracht werden. Mit der Ausgliederung des Massen- und Grundstahlbereiches aus der Muttergesellschaft soll der Weg für eine unternehmensübergreifende Kooperation zur Überwindung der europäischen Stahlkrise freigemacht werden.

Devisen geschmuggelt

AP, Moskau

Der sowjetische Vize-Minister für Luftfahrt, Michailow, und zwei seiner führenden Mitarbeiter sind wegen Devisenschmuggel ihrer Ämter enthoben worden, berichtet das Partei-Organ „Prawda". Einer von ihnen – der im Ministerium für die Verwaltung der Reisedevisen zuständige Laikow – wurde zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt. Er hatte 60 000 Rubel veruntreut.

Großverleger in Haft

F. M. Rom

Angelo Rizzoli, Chef eines der größten italienischcen Verlagskonzerne und Besitzer des Mailänder „Corriere della Sera", befindet sich seit dem Wochenende im Gefängnis. Unter der Beschuldigung des betrügerischen Bankrotts wurden mit ihm sein jüngerer Bruder Alberto und der Generalbevollmächtigte des Unternehmens, Bruno Tassan Din, verhaftet. Bei der Bilanzprüfung stellten die gerichtlichen Überwacher für die Jahre 1976 bis 1979 einen Fehlbetrag von rund 50 Millionen Mark fest. Seite 12

SPORT

Rekord im Hochsprung

DW. Bonn

Der Kölner Hochspringer Carlo Thränhardt (25) stellte in Dortmund mit 2,32 Meter eine neue Weltjahresbestleistung auf. Er übertraf damit den Amerikaner Jerome Carter und den Frankfurter Gerd Nagel (beide 2,31 m). – Bundestrainer Jupp Derwall berief für das Fußball-Länderspiel gegen Portugal am Mittwochabend in Lissabon zwei Neulinge: Wolfgang Rolff (Hamburger SV) und Johnny Otten (Werder Bremen). Seiten 7, 8 und 9

WETTER

Niederschlagsfrei

DW. Essen

Im gesamten Bundesgebiet wechselnd wolkig mit zunehmenden Aufheiterungen und weitgehend niederschlagsfrei. Tagestemperaturen 0 bis 3 Grad. Nachts im Norden minus 3 bis minus 5, im Süden bis minus 10 Grad, in Alpentälern bis minus 15 Grad.

Kohl spricht von „zweitbester Lösung"

Thema: Die Raketen-Verhandlungen in Genf / Vogel schreibt an Reagan

BERNT CONRAD, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat eine „Politik des alles oder nichts" bei den Genfer Mittelstreckenraketen-Verhandlungen als unrealistisch bezeichnet.

Das beste, was in Genf erreicht werden könnte, wäre die Null-Lösung. Da man aber in der Politik wie im Privatleben Kompromisse schließen müsse, könne „die Verständigung nur irgendwo dazwischen liegen", meinte Kohl in einem Interview der „Main-Post".

Der Kanzler bejahte damit ein Zwischenergebnis, wie es Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher am Wochenende in Gelsenkirchen mit den Worten umriß: „Stimmt die Sowjetunion in Genf nur einer teilweisen Reduzierung ihres Potentials zu, würde der Westen mit einer entsprechenden Kürzung der Nachrüstung antworten. Das wäre aber nur die zweitbeste Lösung. Unser Ziel bleibt die vollständige Beseitigung einer ganzen Kategorie von Massenvernichtungswaffen." Unannehmbar für die NATO aber wäre nach Genschers Worten eine „einseitige Null-Lösung", bei der ein sowjetisches Monopol im Mittelstreckenbereich vertraglich festgeschrieben würde.

In diesem Punkt vertrat der sozialdemokratische Kanzlerkandidat Hans-Jochen Vogel in einem Deutschlandfunk-Interview eine andere Meinung. Ohne die Gefahr einer Abkoppelung Westeuropas von den USA zu erwähnen, meinte er, ein sowjetisches Mittelstreckenmonopol werde schon deshalb nicht entstehen, „weil es ja französische und englische Mittelstrekkenraketen gibt".

Den amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan hat Vogel in einem am Freitag nach Washington übermittelten Brief gebeten, nach den Vorschlägen des sowjetischen Parteichefs Andropow nun seinerseits die Initiative zu ergreifen „und in die Genfer Verhandlungen einen weiterführenden Gegenvorschlag einzuführen". Die SPD erwarte von Moskau die Bereitschaft zu einer radikalen Reduzierung ihres Mittelstrecken-Potentials. Andropows Vorschläge enthielten in dieser Hinsicht konstruktive Elemente. Sie seien nicht ausreichend, führten aber in die richtige Richtung.

Der Staatsminister im Kanzleramt, Philipp Jenninger (CDU), sagte dazu, Vogels Brief zeuge von Anmaßung und Selbstüberhebung. Die Sicherheitspolitik der NATO werde von den Regierungen festgelegt. Vogels Wahlkampfaktion sei nur geeignet, die westliche Position zu schwächen. Der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Rühe warnte Vogel davor, die jahrzehntelange sicherheitspolitische Gemeinsamkeit aufs Spiel zu setzen.

Genscher verurteilt Protektionismus

Grundsatzrede vor Ratssitzung in Brüssel / EG-Binnenmarkt in Gefahr

BERNT CONRAD, Bonn

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hat darauf hingewiesen, daß der gemeinsame europäische Binnenmarkt durch vielfältige Formen des Protektionismus „heute ernsthaft gefährdet" sei. „Nichttarifäre Handelshemmnisse und wettbewerbsverzerrende Subventionen haben sich dramatisch vermehrt. Dem müssen wir energisch entgegentreten", sagte Genscher am Wochenende in einer Grundsatzrede zur Europapolitik in Gelsenkirchen.

Die Gefahren seien besonders schwerwiegend, weil nur die Aufrechterhaltung und der Ausbau des Binnenmarktes eine Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Lage und damit eine wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit innerhalb der EG ermöglichten. Für die Bundesregierung habe der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit im Rahmen ihrer EG-Präsidentschaft höchste Priorität, erklärte der FDP-Chef unmittelbar vor einer unter seinem Vorsitz stehenden zweitägigen EG-Ministerratssitzung in Brüssel. Dort werden Handels- und Finanzfragen, vor allem im Verhältnis zu Japan und USA, eine wichtige Rolle spielen.

Genscher bezeichnete es als notwendig, die noch nicht gelösten Probleme mit Amerika, insbesondere im Agrarbereich, „geduldig und partnerschaftlich" zu regeln. Prinzipiell müsse die Erhaltung des freien Welthandels Richtschnur für die Beziehungen der EG zu ihren Partnern in Washington und Tokio sein. In Europa hänge jeder fünfte Arbeitsplatz vom Außenhandel ab. Daraus resultiere die lebenswichtige Bedeutung des freien Handels.

Nach den Worten des Außenministers wird die EG nur dann wirklich vorankommen, „wenn wir über die aktuellen Tagesprobleme hinaus wieder das große Ziel der europäischen Einigung in den Mittelpunkt unseres politischen Denkens und Handelns stellen". Kein lebenswichtiger Bereich dürfe aus der gemeinsamen Beratung der EG-Partner ausgespart werden. „Aber ebenso gewiß ist auch, daß Sicherheit und Freiheit Westeuropas allein durch die enge und vertrauensvolle Verbindung mit den USA zu gewährleisten sind."

Wie Staatsminister Alois Mertes vom Auswärtigen Amt mitteilte, hat Bundeskanzler Helmut Kohl strikte Weisung gegeben, daß der europapolitischen Präsenz im Zeichen der deutschen EG-Präsidentschaft auch während des Bundestagswahlkampfes Priorität zukomme. Dadurch könne Bonn die EG-Geschäfte trotz zeitlicher Belastungen effektiv leiten.

Cheysson tritt in Moskau für Nachrüstung ein

AFP/rtr/AP, Moskau

Der französische Außenminister Cheysson hat zum Abschluß seiner Moskauer Gespräche die Notwendigkeit der NATO-Nachrüstung unterstrichen und die Ablehnung bekräftigt, die französische Nuklear-Streitmacht in die Genfer INF-Verhandlungen einzubeziehen.

Cheysson unterstrich, daß die französische Force de Frappe ausschließlich dem Schutz Frankreichs vorbehalten sei und der Verteidigung der europäischen Allianz-Länder nicht zur Verfügung stehe. Nach seinen insgesamt achtstündigen Gesprächen mit Außenminister Gromyko erklärte Cheysson vor der Presse in Moskau: In vielen Punkten herrsche Übereinstimmung zwischen beiden Seiten, Differenzen gebe es aber in der Einschätzung des Kräftegleichgewichts sowie der Lage in Polen und Afghanistan.

Cheysson, der heute mit Parteichef Jurij Andropow zusammentrifft, drückte die Hoffnung nach einem erfolgreichen Abschluß der Genfer Verhandlungen aus. Die Madrider Folgekonferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) sollte eine europäische Abrüstungskonferenz einberufen, fordert Cheysson. In diesem Punkt sei er mit den Sowjets „bemerkenswert einig".

Besorgnis äußerte Cheysson über die „Unausgewogenheit" der bilateralen Handelsbilanz: Frankreich habe ein Defizit von umgerechnet knapp drei Milliarden Mark. Die im Rahmen des Erdgas-Röhren-Geschäfts geplanten sowjetischen Energie-Exporte an Frankreich begrüßte Cheysson ausdrücklich als „dauerhafte Bande zwischen uns".

Attentats-Chef von München in PLO-Spitze

dpa/rtr/AFP, Algier

Zum neuen Mitglied des in Algier tagenden Palästinensischen Nationalrats (PNC) ist der als Führer der Terror-Organisation „Schwarzer September" und Urheber des Attentates auf die Olympischen Spiele von München geltende Abu Daoud gewählt worden.

Abu Daoud (45) wurde zusammen mit fünf anderen Arafat-Vertrauten in den PNC berufen. In diesem Gremium hat Arafat seine Position gestärkt. Er setzte die Aufnahme von 29 neuen Mitgliedern durch, unter ihnen 23 Militärs.

Dem libyschen Revolutionsführer Khadhafi hat die PLO sein Verhalten während des israelischen Einmarsches in Libanon erneut vorgehalten. Khadhafi hatte den in Beirut eingeschlossenen PLO-Kämpfern empfohlen, Selbstmord zu verüben. Salah Khalaf, ein Stellvertreter Arafats, erklärte dazu vor dem PNC, die Fedajin seien „kein Vieh, sondern wertvolle Kämpfer, die die arabische Ehre verteidigt haben". Nach Ansicht Khalafs wird die PLO erst wieder normale Beziehungen zu Libyen aufnehmen, wenn Khadhafi „Selbstkritik" geübt habe.

Die Politische Kommission des PNC begann gestern mit den Beratungen über die Schlußresolutionen, die voraussichtlich morgen verabschiedet werden. Nach Ansicht von Beobachtern dürfte sich der Nationalrat nun auf eine politische Grundlinie einigen, die Arafat den gewünschten großen Verhandlungsspielraum sichert. Dazu gehört die Zustimmung zum arabischen Friedensplan von Fes, der indirekt die Anerkennung Israels enthält, und zum Prinzip eines Staatenbundes mit Jordanien.

Bahr setzte Palme unter Zeitdruck

R. GATERMANN, Stockholm

Der Plan des schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme zur Errichtung einer kernwaffenfreien Zone in Mitteleuropa soll vor allem vom SPD-Abrüstungsexperten Egon Bahr vorangetrieben worden sein.

Wie die schwedische Zeitung „Dagens Nyheter" berichtet, soll der SPD-Bundestagsabgeordnete insbesondere aus innenpolitischen Erwägungen auf eine schnelle Veröffentlichung des Plans gedrängt haben. Er habe den schwedischen Regierungschef unter Zeitdruck gesetzt, um die Offerte noch in der Bundestagsdebatte am 10. Dezember 1982 aufgreifen zu können.

Bahr, der auch Mitglied der von Palme geleiteten UN-Kommission für Sicherheit und Abrüstung ist, soll nach diesem Bericht dem Regierungschef auch einen Entwurf für die diplomatische Note übersandt haben, die die schwedische Regierung dann am 8. Dezember den Mitgliedsstaaten von NATO und Warschauer Pakt sowie einigen neutralen Ländern zustellen ließ. Man sei dem Bahr-Entwurf „zwar nicht in allen Punkten" gefolgt, die Sicherheitsexperten im schwedischen Außenministerium hätten aber so wenig Zeit zur Vorbereitung des Papiers gehabt, „daß die übliche Verfahrensweise bei einem derartigen Vorhaben nicht eingehalten werden konnte".

Die schwedische Zeitung verweist in ihrem Bericht darauf, daß die ursprüngliche Idee für ein kernwaffenfreies Mitteleuropa vom früheren US-Außenminister Cyrus Vance und dem ehemaligen britischen Außenminister David Owen in der Palme-Kommission vorgelegt worden sei. Bahr, der ursprünglich einen erheblich weitergehenden Vorschlag gemacht habe, habe sich schließlich der Mehrheit angeschlossen.

Der Sekretär der Kommission und heutige schwedische UN-Botschafter, Anders Ferm, sei beauftragt worden, die Möglichkeiten einer schwedischen diplomatischen Initiative zu diesem Thema zu untersuchen. Am 10. November erhielt Palme einen Vorschlag von Ferm, der ohne größere Eile im Außenministerium bearbeitet werden sollte.

Doch Bahr und Owen, die schon Ende Oktober bei einem Treffen mit Palme in Stockholm zur Eile gedrängt hatten, wollten das Verfahren weiterhin beschleunigen. Bahr soll bei einem Telefongespräch – vermutlich am 30. November – Palme erneut gedrängt haben. Nach dem Bericht von „Dagens Nyheter" sollen beide dann übereingekommen sein, das Thema bei Palmes Besuch in Hamburg am 3. Dezember mit den deutschen SPD-Spitzen Willy Brandt und Helmut Schmidt zu behandeln.

Die Staatsministerkanzlei in Stockholm soll nach Darstellung der Zeitung, die sich auf „verläßliche Informationen" aus der Regierung beruft, jedoch schon vor die-

■ Fortsetzung Seite 10

Blutige Unruhen in Assam forderten rund 900 Tote

Opposition verlangt die Annullierung der Wahlen

AFP/AP, Neu-Delhi

Die blutigen Unruhen während der Wahlen im nordost-indischen Unionsstaat Assam haben nach Pressemeldungen am Wochenende mindestens 500 Todesopfer gefordert.

Damit hat sich die Zahl der Toten seit Monatsanfang vermutlich auf 800 bis 900 erhöht. Die bisher schwersten Massaker fanden im Bezirk Nowgong im Zentrum von Assam statt.

Wie der „Indian Express" berichtet, überfielen mit Messern, Stökken, Lanzen sowie Pfeil und Bogen bewaffnete Männer die Dörfer und metzelten alle zugewanderten Nepalesen und Bengalen nieder. Die Opfer, größtenteils Frauen und Kinder, seien „auf grauenvolle Weise zu Tode gehackt und geknüppelt" worden. „Ich habe selbst 253 Leichen gezählt", berichtete der Korrespondent der Zeitung.

Alle Truppen in Assam wurden in Alarmbereitschaft versetzt. Außerdem sind 55 000 Mann einer paramilitärischen Polizeitruppe aus anderen Unionsstaaten in Assam eingesetzt. Ausländischen Touristen und Journalisten ist die Fahrt nach Assam untersagt.

Am Sonntag waren ursprünglich alle restlichen 1,6 Millionen Stimmberechtigten von Assam zur Wahl aufgerufen. Wegen der Unruhen wird in neun von 24 Bezirken aber erst am Montag gewählt. Bei den vorangegangenen Wahltagen war die Beteiligung mit schätzungsweise nur 20 Prozent äußerst gering. Die Ergebnisse werden für Mitte der Woche erwartet. Der Vorsitzende der oppositionellen Bharatiya-Janata-Prartei, Atal Bihari, hat nach einem viertägigen Aufenthalt in Assam angekündigt, er wolle die Annullierung der Wahlen fordern. Für die Massaker machte er Ministerpräsidentin Indira Ghandi direkt verantwortlich.

Der frühere indische Außenminister Vajpayee nannte die Wahlen in Assam ein „Possenspiel" mit manipulierten Wählerverzeichnissen. Der Urnengang sei ein Schandfleck auf dem guten Namen Indiens und der Demokratie, sagte der jetzige Vorsitzende einer Wahlboykottgruppe auf einer Pressekonferenz. Die Zahl der Todesopfer könne nach der Wahl noch über tausend steigen.

Heute in der WELT

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Grober Glotz

Von Günther Bading

Die Wahlkampfstrategen der SPD sind anscheinend an ihre Grenzen gestoßen. Noch in Hessen hatte die Legende vom Verrat in Bonn, in den letzten Tagen des Landtagswahlkampfes massiv propagiert, Wirkung gezeigt, die CDU von der Regierungsverantwortung ferngehalten und die FDP aus dem Parlament verbannt. Und in Hamburg war der Mietenlüge der dortigen SPD ein ähnlicher Erfolg beschieden.

Im Bundestagswahlkampf allerdings konnte Geschäftsführer Peter Glotz solch durchschlagenden Erfolg bisher nicht verbuchen. Ob Raketen, Mietrecht, BAföG, Investitionsstreik oder Arbeitslosenzahlen – niemand wurde in die Arme der SPD getrieben, der sich nicht ohnehin dorthin gesehnt hätte. Von Aufbruch in dieser Richtung jedenfalls ist wenig spürbar.

In den letzten beiden Wahlkampfwochen soll nun das ungeborene Leben zur Mobilisierung von Wählerinnen-Stimmen für die SPD herhalten. „Drastisch publizieren" will Glotz angebliche Pläne der Regierung Kohl, den *Abtreibungsparagraphen* 218 „nach den Wahlen sofort zu ändern". Glotz sagt die Unwahrheit. Familienminister Geißler hat klargestellt: 218 wird nicht geändert. Auch dieser Ballon des Wahlkämpfers Glotz verliert die Luft.

Nur so wird verständlich, warum der SPD-Manager, entgegen allen Beteuerungen zu Beginn des Wahlkampfes, jetzt doch in die emotionale Schmutzkiste greift. In seinen Vorschlägen für Werbetexte der SPD-Ortsvereine ist von Wählererpressung die Rede, vom angeblichen Raketen-Kanzler Kohl, und das Ganze gipfelt im Anzeigentext: „Denker statt Dussel. Im deutschen Interesse. Hans-Jochen Vogel. SPD." Der „Denker" soll wohl Vogel sein; als solcher wurde er aufgebaut. Aber wer ist der Dummkopf? Glotz sagt es nicht. Vielleicht sagt es die SPD am Abend des 6. März, weil eben Kleckern mit unter doch besser als Glotzen ist.

Husseins Relais

Von Jürgen Liminski

Jordaniens König Hussein ist ein arabischer Cunctator. Seit Jahren schon zögert er, den entscheidenden Schritt zu vollziehen und sich an den Verhandlungen von Camp David zu beteiligen. Selbst der Reagan-Plan konnte ihn bislang nicht aus der Reserve locken. Immerhin, für den ersten März hat er Washington dazu eine Entscheidung angekündigt.

Wenn Hussein nun kurz zuvor eine Reise nach Bukarest unternimmt, so erhöht er damit gekonnt die Spannung vor dem großen Auftritt. Rumänien ist nicht nur das einzige Ostblock-Land, das diplomatische Beziehungen zu Israel unterhält. Die Vermittlerdienste von Staats- und Parteichef Ceausescu haben sich auch schon als überaus nützlich erwiesen. Ceausescu war es, der im Spätherbst 1977 dem damaligen ägyptischen Präsidenten Sadat den Wunsch Begins übermittelte, über einen Friedensvertrag zu verhandeln. Begin hat nach der Unterzeichnung von Camp David oft von der „großen Dankesschuld" gegenüber Ceausescu gesprochen.

Husseins Reise nach Bukarest, eingebettet in die Folgebesuche von Belgrad und London, dient der vorsichtigen Abtastung und Vorbereitung des Umfelds. Wie alle Könige, Prinzen und Emire im Mittleren Orient, muß auch der Herrscher von Amman zunächst auf die Stabilität und Sicherheit seines Thrones bedacht sein. Alles andere – Palästinenser, PLO, arabische Einheit – rangiert an zweiter Stelle.

Wenn dem König eine Konföderation mit den Palästinensern des Westjordanufers ungefährlich oder gar einträglich erscheint, wird er ihr zustimmen. Seine Ansichten darüber mag er nun Ceausescu mitgeteilt haben. Viel Zeit zum Zögern bleibt ihm nicht mehr. Er steht unter dem Siedlungsdruck der Israelis.

Das rumänische Relais wird, so hofft er, die entsprechenden Signale nach Jerusalem, Moskau und Damaskus aussenden. Eine erste Andeutung ließ Hussein in Bukarest verlauten. Mit seiner Zustimmung für eine internationale Konferenz tendiert er eher gegen den Reagan-Plan und für eine Beteiligung der Sowjets an weiteren Gesprächen. So glaubt der König, daß ihm keiner mehr Böses will.

Runderneuert

Von Jens-Martin Lüddeke

Die Ausmaße künstlicher Organe werden immer kleiner, die austauschbaren, zu ersetzenden Areale im menschlichen Körper immer größer. Die Medizin leistet Pionierarbeit, hoffnungslose Fälle werden zu Experimenten, die Tage, Wochen, ja sogar Monate und Jahre dauern.

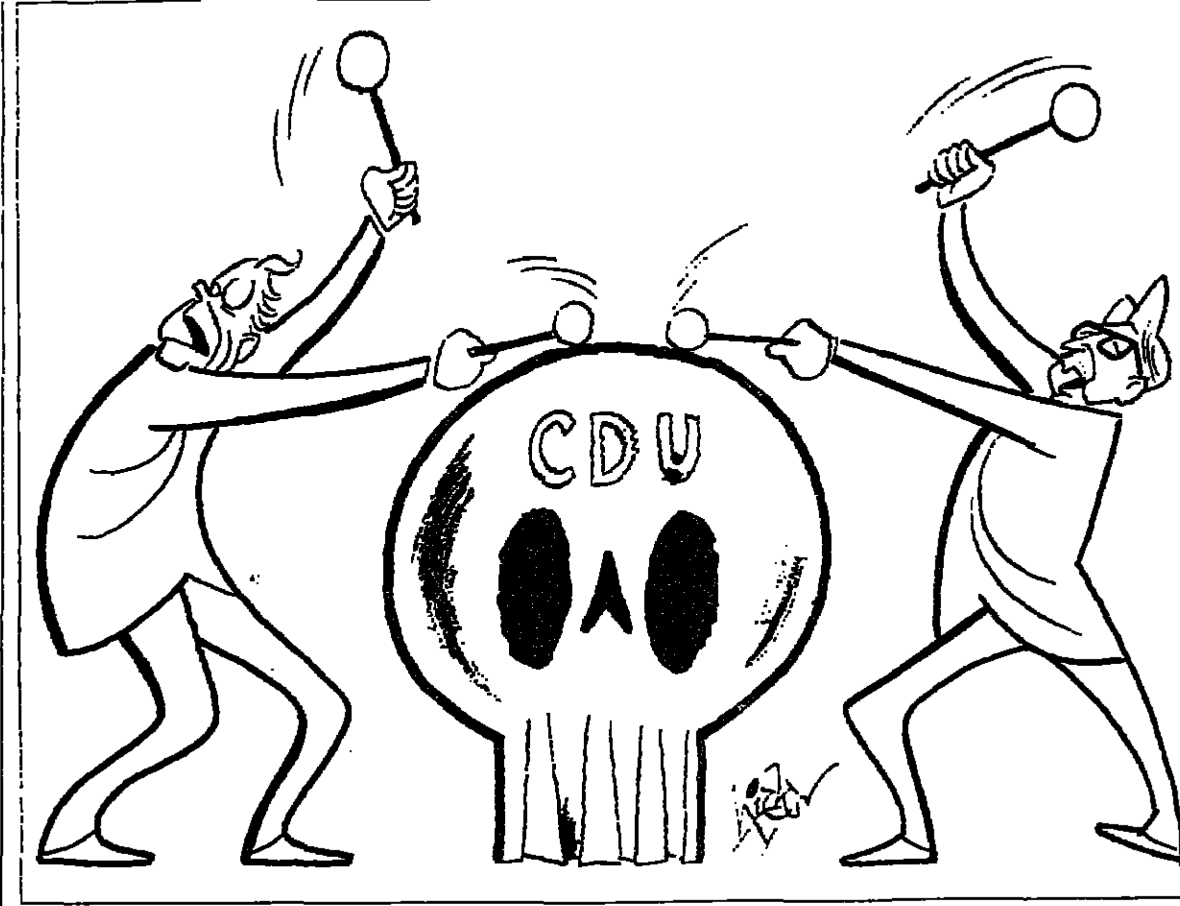
Christiaan Barnard ist mit seiner Herzverpflanzung längst Geschichte; das Kunstherz, das in dem robusten Körper von Barney Clark *wie ein Uhrwerk schlägt* (wenn auch schon repariert), erregt die medizinische Welt und die Laien und hat – von Ärzten wie Ingenieuren zugegeben – einen PR-Effekt. Die Pioniere erhoffen sich von ihm zusätzliche Mittel für ihre Forschungsarbeiten.

Inzwischen ist auch in Deutschland eine weitere Hoffnungsdimension für die Moribunden erschlossen worden: Herz und Lunge, Sitz des Lebens, Blut und Atem, sind komplett ausgetauscht worden, haben einem jungen Mann nach ärztlichem Bekunden das Leben gerettet – wenn auch vielleicht nur ein befristetes.

In Zeiten eines bisweilen exzessiven Jugendkultes, dem die Alten, pardon: Senioren, nicht selten mit einer komischen Flucht in die Jugendlichkeit zu entsprechen suchen (eine ganze Industrie lebt davon), scheint die Medizin nun ein unerwartetes Schlupfloch vor der unentrinnbaren Vergreisung zu bieten: Morsche Motorenteile werden instandgesetzt, werden durch frische Implantate wieder auf Trab gebracht; rund-(innen-)herum erneuert und von Schrittmachern gesteuert.

Der Tod hat eine neue Dimension bekommen, und biblisches Alter verliert seinen Schrecken, oder aber auch: seine Würde? Wie alt ist ein Mensch, der zu soundsoviel Prozent aus Ersatzteilen besteht?

Der Sensenmann kommt mit der Technik daher. Lauten die Todesanzeigen in nicht allzu ferner Zeit: Durch ein technisches Versagen . . .?



Angsttrommler

ZEICHNUNG HICKS / COPYRIGHT DIE WELT

Die ehrliche Entwicklungshilfe

Von Heinz Heck

Wer das Eigeninteresse in einer so hehren Angelegenheit wie der Entwicklungspolitik herausstellt, muß damit rechnen, der Kurzsichtigkeit geziehen zu werden. Minister Warnke sollte diesen Vorwurf gelassen ertragen. Die vielleicht wichtigste, sicher aber kolossalste Aufgabe des 20. Jahrhunderts – die Verelendung in der Dritten Welt aufzuhalten –, ist von vornherein zum Scheitern verurteilt, wenn man sie allein mit Altruismus angehen wollte. Insofern ist zu begrüßen, daß Warnke „das Ziel eines verstärkten partnerschaftlichen Interessenausgleichs" bei der Vorstellung des 5. Entwicklungspolitischen Berichts als neuen Akzent hervorgehoben hat (DIE WELT vom 12. und 18. Februar).

Die Verneinung des Eigeninteresses ist nicht nur unrealistisch, sie ist auch unehrlich. Eine derart in die Weltwirtschaft eingebundene Industrienation wie die Bundesrepublik hat nicht nur ein gleichsam übergeordnetes Interesse an zunehmender Prosperität in den Entwicklungsländern als einer Voraussetzung für die Sicherung des Weltfriedens. Sie hat auch ganz vitale oder ganz banale (je nach Standpunkt) Lieferinteressen.

Also muß die Bundesregierung alles tun, um einer Verfälschung des internationalen Wettbewerbs entgegenzuwirken, wo sie kann. In dieses *Kapitel gehört die verstärkte* Lieferbindung, von Oppositionspolitikern wie Holtz (SPD) schon zum Sündenfall hochstilisiert. Seit Jahren gehörte die Bundesregierung bei der freien Vergabe der Mittel zu den Vorreitern, in der unzutreffenden Erwartung, die internationale Konkurrenz ebenfalls auf diese vernünftige Linie „herüberziehen" zu können.

Hinzu kommt, daß die Entscheidung Anfang der 70er Jahre fiel, zu einer Zeit also, als Bonner Wirtschaftspolitiker sich mit Überschüssen in der Zahlungsbilanz und Überbeschäftigung herumzuschlagen hatten. Niemand wird leugnen, daß dies nicht die Probleme dieser Tage sind.

Wer heute für die dringend notwendige Steigerung öffentlicher Hilfe plädiert, ohne an den Beschäftigungseffekt im eigenen Lande zu denken, meint es entweder nicht ernst, oder aber er ist nicht ernst zu nehmen. Denn angesichts einer Millionenarbeitslosigkeit kann sich die Bundesrepublik den Verzicht auf Lieferbindung im (Beinahe-)Alleingang nicht länger leisten, wenn sie nicht den Rückhalt für ihre Entwicklungspolitik in der Bevölkerung *aufs Spiel setzen* will. Es wäre nicht nur kurzsichtig, es wäre unverzeihlich, wenn diese Wechselwirkung länger übersehen oder vernachlässigt würde.

Eine weitere Wechselwirkung, die in den Spekulationen der letzten Wochen über die Kurskorrektur in der Bonner Entwicklungspolitik für einigen Wirbel gesorgt hat, ist die zwischen Nord-Süd und Ost-West. „Die Bundesregierung wendet sich gegen Versuche, den Ost-West-Gegensatz in die Dritte Welt hineinzutragen", heißt es klipp und klar. Nicht minder deutlich wird aber auch gesagt, daß „die in den letzten Jahren eingetretene Verschärfung des Ost-West-Gegensatzes . . . sich zunehmend in der Dritten Welt selbst bemerkbar (macht), zum Teil . . . sogar direkte Folge von Entwicklungen und Ereignissen in der Dritten Welt" sei.

Die Bundesregierung kann sich zwar ernsthaft bemühen, die beiden Konfliktfelder auseinanderzuhalten. Sie wäre jedoch mit Blindheit geschlagen, wenn sie die geschilderten Ein- und Wechselwirkungen leugnete. Die zum Beispiel von Kuba aus gesteuerten Invasionen sind keine Erfindung, sondern Realität. In den einschlägigen Diskussionen der letzten Jahre richtete sich aber die Kritik nicht so sehr gegen die Sowjetunion als vielmehr gegen die, die Moskau als Urheber der *Aggressionen und Konflikte* beschuldigten. Grund genug, von einer Pervertierung des Denkens zu sprechen.



Partnerschaftlicher Ausgleich der Interessen: Minister Jürgen Warnke (CSU) FOTO: EGON STEINER / DPA

Nur wer bereit ist, die Dinge beim Namen zu nennen, läuft nicht Gefahr, sich irgendwelchen Illusionen anheimzugeben. Die Bundesregierung tritt zwar „für das Recht der Staaten ein, sich ihre politische, wirtschaftliche und soziale Ordnung frei und ohne äußere Einmischung selbst zu wählen". Sie sieht jedoch auch, daß sie die Einmischung anderer nicht verhindern kann. Es liegt auf der Hand, hieraus auch in der Entwicklungspolitik Konsequenzen zu ziehen.

So wäre es töricht und gefährlich zugleich, Moskauer Bastionen wie Kuba auch noch zu unterstützen. Für diese Art von Parzival-Mentalität besteht auch in der Dritten Welt selbst nicht das geringste Verständnis.

Die Ermutigung der privaten Initiative auch in der Entwicklungspolitik machte SPD-Ministern immer besondere Schwierigkeiten. Gerade Eppler hat hier als Vordenker tiefe Furchen gezogen. Es war einfach nicht mehr schick oder so ähnlich, auch die Regierungen in Entwicklungsländern ohne jede *Attitüde von Besserwisserei* auf die heilsamen Kräfte der Marktwirtschaft hinzuweisen. In dem Maße, wie unser eigenes Wirtschaftssystem „hinterfragt" wurde, verwechselte man systematisch Rat mit Einmischung. Jetzt, wo immer deutlicher wird, daß viele Staatswirtschaften gegen die Wand gelaufen sind, kommen Warnkes Intentionen gerade recht.

IM GESPRÄCH Hugo Brandt

Mehr Pflicht als Kür

Von Joachim Neander

Wären Sie lieber in Bonn geblieben?" wurde neulich auf einer Wahlveranstaltung seiner Partei der Landtags-Spitzenkandidat der rheinland-pfälzischen Sozialdemokraten gefragt. Hugo Brandt, der 52jährige Lehrer aus Grolsheim bei Bingen, nach 14 Jahren Bundestagstätigkeit mit sanfter Gewalt zum Nachfolger Klaus von Dohnanyis in der rheinland-pfälzischen Provinz gekürt, antwortete kurz und bündig: „Ja."

Die Profis der Politik, die Routiniers und Experten, mögen lächeln oder den Kopf schütteln über ein solches Ausmaß an Kandidatenehrlichkeit wenige Wochen vor einer Wahl. Sie hätten vielleicht formuliert: „Der Auftrag in Mainz ist für mich eine hohe Ehre, jede Aufgabe hat ihre besonderen Reize . . ." oder so ähnlich. Brandt allerdings, der Grauhaarige mit den kleinen stahlblauen Augen, versucht nicht zu dementieren. Das sei seine Art, die Wahrheit zu sagen, erklärt er. Man wird sehen, wie es ausgeht.

Obwohl im Gegensatz zu seinem Vorgänger von Dohnanyi in Mainz und Umgebung ein Alteingesessener, wirkt Hugo Brandt in seiner neuen Funktion fast wie ein Outsider. 1969 ging er direkt aus der Kommunalpolitik (Kreistag Bingen) in die Bundespolitik. Eine Äußerung, auch Landtagswahlen könnten heute nur noch mit Hilfe der großen politischen Themen gewonnen werden, verstärkte den Verdacht, dieser Mann verachte im geheimen das mühsame und häufig wirklich kleinkariert scheinende Geschäft der Landesparlamente. Aber das mit der stillen Verachtung läßt er keineswegs gelten. Er ist nur eben ein Anhänger der Theorie, daß Politik etwas „Vernetztes", Zusammenhängendes, Ganzes ist, von der Gemeinde bis zur Europäischen Gemeinschaft.



Spitzenkandidat der SPD in Rheinland-Pfalz: Hugo Brandt FOTO: JUPP DARCHINGER

Seitdem vollzieht sich unter den rheinland-pfälzischen Sozialdemokraten – überdeckt durch die allmählich alles dominierende Bundestagswahl am gleichen Tag – e stilles Ringen. In der Partei wäch Hugo Brandts Popularität: Er in Sachen Kernenergie und Nachrüstung schärfer Opposition be gen, als dies in der rheinland-pf zischen SPD bisher üblich w nicht ohne allerdings den Grün eine unzweideutige Absage zu teilen. In der Landtagsfraktion doch werden hinter den Kuliss schon die Stimmen für den F gezählt, daß die SPD bei der Lan tagswahl erneut in die Oppositi verwiesen wird. Offen wird kolp tiert, Hugo Brandts Wahl zu Fraktionsvorsitzenden sei da no keineswegs sicher.

Aber derlei öffentliche Herabs zung scheint den Lehrer aus Gro heim nicht zu beunruhigen wartet ab. „Schaulaufen" o Kungeln scheinen ihm nicht zu l gen. Brav führt er seinen Wa kampf, auch wenn es diesmal einen Landtags-Spitzenkandida gelegentlich nur für eine Zehn mutenrede vor dem „Stargast hannes Rau reicht. Wie dieser go Brandt nach dem 6. März als Gewinner oder als Ver wird eine spannende Sache

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Neue Zürcher Zeitung

Das Blatt stellt ein „chaotisches Durcheinander" in der öffentlichen Meinung der Bundesrepublik fest:

Vor einem Jahr noch war von seinen Urhebern die Weisheit des NATO-„Doppelbeschlusses" gerühmt worden, welcher der harten „Nachrüstung" eine Verhandlung vorschaltete und die Verhandlung wiederum durch die Rüstungsdrohung unter Erfolgszwang oder -druck setzte. Heute verwünscht man in Washington, und nicht nur dort, diesen Beschluß und sein „Junktim", weil er bei Mißerfolg der Verhandlungen, den Moskau ja leicht bewerkstelligen kann, zu einem politisch explosiven Rüstungsvorhaben zwinge, dessen Durchführung zweifelhaft geworden ist . . . Was die Experten kaum mehr einhellig zu beantworten vermögen, und was die Politiker in unbeständige, wechselhafte Taktik mit oft völlig sachfremden Motiven umsetzen, das soll nun das Publikum mit den Wahlzetteln entscheiden. Und entscheiden soll es im Getümmel und Streß eines erhitzten psychologischen Krieges, in dem Moskau zwar massiv nachhilft und von dem es sichtbar profitiert, der aber in seinem Durcheinander von Kontroversen, Positionen und Positionswechseln seine durchaus hausgemachten Elemente hat. Das Nuklearzeitalter scheint nicht nur rational, sondern auch politisch die Demokratien allmählich zu überfordern

Le Monde

Das Pariser Blatt weist den Vorwurf zurück, die evangelische Kirche in der „DDR" sei dem Regime in stiller Komplizenschaft verbunden:

Die wirkliche Größenordnung der Rolle der Kirchen beim Auftauchen des Pazifismus in der DDR muß erst noch genau festgestellt werden. Die jungen Verfasser des . . . Briefes machen der protestantischen Hierarchie lebhafte Vorwürfe und beschuldigen sie Passivität und damit der schw genden Komplizenschaft mit Behörden. Dennoch ist es di Kirche, die es bis zum Augenbl nahezu allein gewagt hat, Tre und den Meinungsaustausch Fragen der Verteidigung des dens am Rande jener gro Kundgebungen zu organisie auf denen immer nur die Nat Vorhaben verurteilt werden, nie die sowjetische Rüstung sie veranlassen. Der Handlun spielraum der protestantisc Oberen ist eingeengt in ein Staat, in dem die zeitliche Ma die geistliche Macht nur im Tau gegen ihre Neutralität duldet.

THE GUARDIAN

Zur Ölpreissenkung schreibt die Ze aus London:

Die empfohlene Senkung Barrelpreises der staatlichen schen Ölgesellschaft um drei lar ist schon als Zeichen eines henden endgültigen Zusamm bruchs der Ölpreise und des Ö *Kartells* verkündet worden. ein solcher Schluß wäre auf verfrüht . . . Dem derzeiti Druck auf die Preise geht ein nationaler Abwärtstrend der aktien voran, und sobald die G sellschaften ein Anziehen Preise erwarten, wird diese wicklung gebremst oder die denz sogar völlig umgekehrt der Markt sich sehr schnell wi festigen . . . Die 20-Prozent-Sp freier Opec-Kapazitäten kann deuten, daß die entwickelten der jetzt einige Jahre vernünft Wachstums ohne Furcht vor ei Wiederaufleben des Ölp schocks vor sich haben. Aber jüngste Schwäche der Ölpreise die Rezession des Westens wi spiegelt, ändert nichts an Wahrscheinlichkeit, daß der wi che Preis eines schwinden Rohstoffs wie Öl auf Dauer zwungen ist zu steigen.

Ein Lehrstück über die Macht und die Ohnmacht der Kirche

Deutsche und amerikanische Bischöfe diskutierten zum Thema Frieden und Abrüstung / Von Henk Ohnesorge

Die fast vierstündige Diskussion amerikanischer und deutscher evangelischer Kirchenführer am Wochenende in Berlin war geradezu ein Lehrstück über Macht und Ohnmacht der Kirche bei der Suche nach Mitteln und Wegen zu einem sichereren Frieden.

Einig waren sich die 14 Vertreter von rund zehneinhalb Millionen amerikanischer Christen, die in sechs Kirchen organisiert sind, mit ihren deutschen Glaubensbrüdern darin, daß eine Forderung nach völliger einseitiger Abrüstung einer Seite ebenso selbstmörderisch wie utopisch wäre. Einig war man sich auch darin, daß der Rüstungswettlauf so wie bisher nicht weitergehen kann. Nicht nur wird damit die Gefahr eines Krieges immer mehr verstärkt statt verringert – das Friedensgebot des christlichen Glaubens steht der Rüstungsspirale ebenso negativ gegenüber wie die Pflicht, mit den hierfür verwendeten Mitteln sinnvoll dort zu helfen, wo Not herrscht.

Doch jenseits aller ethischen Erwägungen steht die Frage: Wer hängt der Katze die Schelle um? Was läßt sich praktisch tun, um die Politiker bei ihrem Bemühen um einen Frieden in Sicherheit zu unterstützen? *Einseitige Waffenreduzierungen* anregen, wie der amerikanische Bischof David Preus forderte? Auf den nuklearen Ersteinsatz in aller Form verzichten? Sich für die Einsetzung eines wirklich effektiven internationalen Gerichtshofes zur Regelung von Konflikten einsetzen?

Amerikaner – das zeigte wieder jene Diskussion in dem wilhelminischen Kirchengebäude nahe dem Bahnhof Zoo – sind bei allem Idealismus Pragmatiker. Mit nüchterner Unbefangenheit erklärte Arie Brouwer, der Generalsekretär der Reformierten Kirche in Amerika, die Null-Lösung sei eher eine Utopie. Selbst die Verhandlungen in Genf könnten letztlich eher zu einer Beschleunigung als zu einer Drosselung der Aufrüstung führen.

Und Bischof James Crumley von der Lutherischen Kirche in Amerika stellte ruhig fest, Regierungen reagierten nun einmal anders als Kirchen, und es sei fraglich, ob es überhaupt von Nutzen sei, wenn man den atomaren Krieg als unmoralisch brandmarke – abgesehen davon, ob solche Denkkategorien von den Militärs überhaupt verstanden würden.

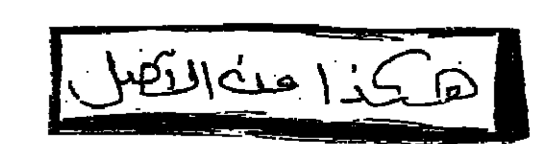
Immer wieder wurde von den Amerikanern die Friedensdenkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) vom Herbst 1981 erwähnt, welche es „noch" für denkbar hält, daß Christen sich für die Beibehaltung nuklearer Waffen zur Sicherung des Friedens entscheiden können. Dies scheint auch die Ansicht der amerikanischen Kirchenführer zu sein.

Nicht, daß man für Atomwaffen wäre – man sieht derzeit nur noch keine Möglichkeit, völlig darauf zu verzichten. Von der Pflicht, sich als eine Frage des Glaubens, Status confessionis, gegen die Waffen zu stellen, wie es deutsche Reformierte forderten und die die EKD in eine Zerreißprobe zerrten, war an diesem trüben Wintermorgen überhaupt nicht die Rede.

Ruhig, in fließendem Englisch, verwies Berlins Regierender Bürgermeister, aktiv in der Führung der EKD, darauf, daß es ohne den NATO-Doppelbeschluß keine Verhandlungen in Genf und keinen *Andropow-Vorschlag* gegeben hätte. Und warum sollten die Sowjets in Genf ernsthaft weiterverhandeln, wenn nun die Deutschen von Anfang an gegen die Aufstellung von Cruise Missiles und Pershing-Raketen sind – etwas, was ihre Politiker vor nicht allzu langer Zeit selbst forderten, sollte es nicht zur Abrüstung kommen. Richard von Weizsäcker hegte seine Zweifel, ob eine F densbewegung im Westen ner Verhandlungsposition Genf hilft.

Und damit befindet er sic Gesellschaft der Amerika die von derartigem Aktio mus noch weniger halten, die auch berichteten, daß e etwas wie eine ökumenis Friedensbewegung in ih Land nicht gäbe.

Vorschläge, etwa der e einseitigen zehnprozenti Abrüstung als Signal, wur geäußert – aber eine einfa Lösung hatte niemand p Die Lutheraner diesseits jenseits des Atlantik woller re Regierungen drängen, Möglichkeiten für einen stungsabbau sorgfältig zu wägen. Sie wollen beten hoffen, daß die Genfer handlungen doch zu einem ten Abschluß kommen zum Auftakt sinnvoller A stung werden. Das ist n spektakulär – aber es ist einzige realistische Weg.



Ein Alptraum vom Bahr-Land bedrückt Amerika

Von TH. KIELINGER

Das politische Washington wird seit Wochen von einem Taumel der Sorge erfaßt, ...kt es an die Deutschen, den ...htigsten Bündnispartner.

...m stellt sich die Bundesrepu... jenseits des Atlantiks quasi ...noch einen Schritt weit vom ...sch in die Selbstisolation ent...t vor. Hysterisch sei die Rake...Debatte, hysterisch der Anti...erikanismus, verhangen der po...che Horizont.

...at die amerikanische Presse ...es Deutschland-Bild entwor...? Der Fall ist so einfach nicht. In ... Sorge endet eine lange Ent...klung, die mit dem Bundes...lkampf 1980 begann, als das ...chmacherische, distanzierende ...t von den „beiden Supermäch...“ in Deutschland hoffähig wur... und eine zaghafte europäische ...ktion auf Afghanistan den ...erikanern zum Bewußtsein ...chte, daß Verbündete auch ein... nicht Verbündete sein können.

...ber den deutschen Wahlkampf ... berichtet die amerikanische ...ise eher in verhaltenem Stil. ... „New York Times“ läßt sich ...führlich über regionale Auftrit... ...er Spitzenkandidaten aus. Viel ...e, viele Details, die kein Ge...tbild ergeben. Dafür kommt ... auch kein alarmierender ...ndton durch. Auch die „Was...ton Post“, die gerade mit ei... neuen Korrespondenten in ...n angetreten ist, kann kaum ...den Kleinmut haftbar gemacht ...den, der das offizielle Washing... zum Thema Deutschland befal...hat.

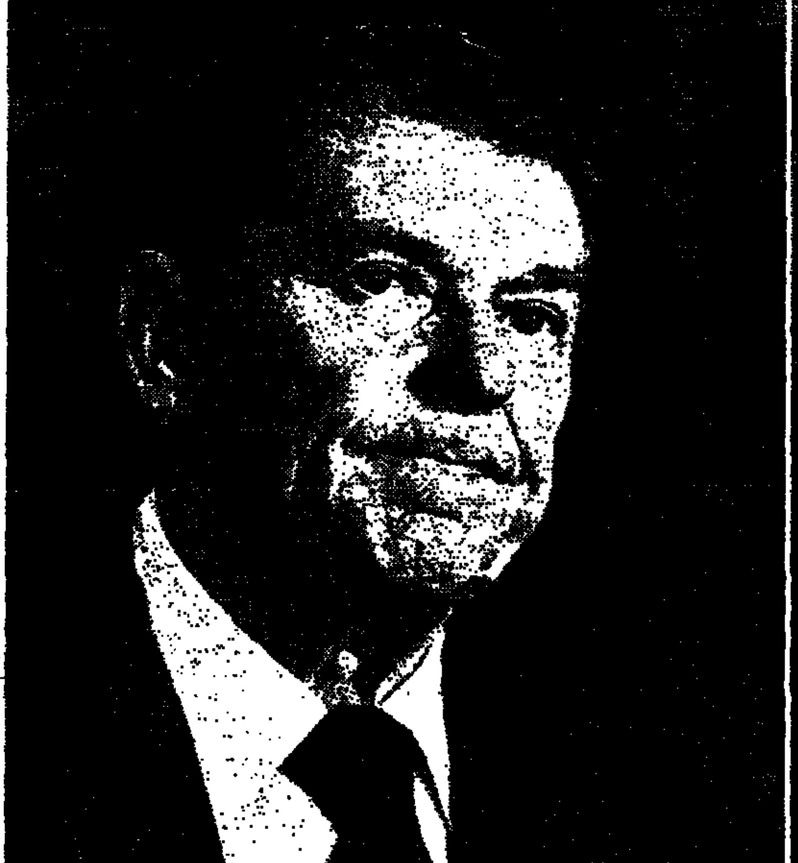
...r Pessimismus über den deut...n Bündnispartner geht haupt...lich auf einzelne Texte der ...tschen Politik und auf Zitate ...tscher Politiker zurück, die ...h keine Presseberichte, keine ...rungen der öffentlichen Mei...g, keine diplomatischen Depe...n verstellt und auch nicht ent...t werden können. Was führen... Köpfe der „Grünen“ von sich ...en, wird in Washington wie die ...rift an der Wand der deutschen ...unft gelesen. Man reicht es ge...chsweise weiter, mit abschät...r Geste gewissermaßen. Die ...lkampfplattform der SPD, vor ...n in ihren Passagen zur Sicher...s- und Außenpolitik, hat ein ...iges getan, Washington melan...isch zu stimmen.

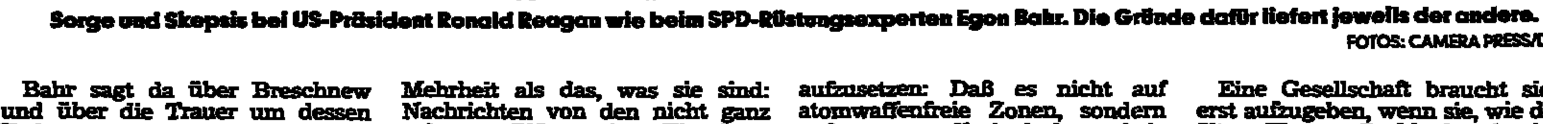
...s wirkliche Erleben ...wie ein Erwachen

...mer gut für einen Stich ...hs Bündnisherz sind Einlas...gen, Vorträge, Interviews von ...n Bahr. Kein anderer deut...r Politiker bringt es heute fer...n Washington so viele Haare zu ...e stehen zu lassen wie der ...erheitsberater Hans-Jochen ...els. Das mag von Fall zu Fall ...recht gegenüber Bahr sein, ... das Mißtrauen gegen seine ...stellungen und Pläne hat sich ...ein Reflex in die Köpfe der ...ikanischen Politiker eingegra...

...rz vor meiner ersten Reise ... Deutschland ließ mir einer ...hauptamtlich mit der Deutsch... - und Europa-Beobachtung be...ftigten Männer in Washington ...Post die Kopie (in englischer ...rache) eines Interviews zukom..., das Egon Bahr am 10. Januar ...Moskauer „Literaturnaja Gaze...“ gegeben hatte. Das Blatt hatte ...Text am 12. Januar, just zum ...cheinen der Vogel-Bahr-Dele...on in der sowjetischen Haupt...t, publiziert.

...ielleicht interessiert Sie dieses ...aut unglaubliche Interview“, ...ieb mir der besorgte Amerika... Das Interview enthielt am ...luß eine Passage, die nach mei... Kenntnis der amerikanischen ...che genau jenen Signalton ent..., der die Sorge um den deut...n Partner auslöst.





Sorge und Skepsis bei US-Präsident Ronald Reagan wie beim SPD-Rüstungsexperten Egon Bahr. Die Gründe dafür liefert jeweils der andere.

FOTOS: CAMERA PRESS/DPA

Bahr sagt da über Breschnew und über die Trauer um dessen Tod:

„Das glühende Verlangen nach Friedenssicherung, der er mit seiner ganzen Vitalität anhing, ließ uns, die wir ihn im Gespräch kannten, mit einem Gefühl tiefen Zutrauens zu ihm zurück. Ich werde dieser Erinnerung immer treu bleiben ... Die Tatsache, daß die Suche nach Entspannung und Friedenssicherung der Dreh- und Angelpunkt der sowjetischen Außenpolitik bleibt, ist ein Faktor von weitreichender Bedeutung. Niemand sollte daran zweifeln ..., daß dieser Weg fest und entschlossen (auch von der neuen sowjetischen Führung) eingeschlagen werden wird.“

Man begibt sich also, reist man aus Amerika nach Deutschland, in amerikanischen Augen auf eine abtreibende Eisscholle: Dies ist Bahr-Land, suggeriert einem die Kenntnis der amerikanischen Sorgen. Dies ist Neutralismus in statu nascendi, vermindertes Wahrnehmungsvermögen der politischen Bedrohung, die Moskau mit Hilfe militärischer Überlegenheit ausüben kann. Ein Land, das man nicht ohne Rückflug-Ticket besuchen sollte?

Das wirkliche Erleben der Bundesrepublik unterscheidet sich von solch vorgefaßter Meinung wie das Erwachen nach einem ungemütlichen Traum. Man faßt sich an den Kopf: Wie – dies soll der hysterische Wahlkampf des Jahres 1983 sein? Dies der Vulkan-Ausbruch eines fanatischen Anti-Amerikanismus? Das Raketen-Thema – wo ist es? Egon Bahr – wo sind seine Divisionen? Der Weg in den Neutralismus – wo sind die Abbestellungen bei der NATO?

Nein, so einfach, wie die amerikanische Nervosität sich heute die deutschen Pappenheimer ausmalt – so einfach und verloren steht es zum Glück nun doch nicht um die deutsche Republik und ihre Zugehörigkeit zum westlichen Bündnis. Eine Woche mit Zuhören, Reisen und Gesprächen fördert es zutage: Das Land scheint sich auf einen Normalnenner des Denkens zurückzubewegen. Alles Exzessive stößt die Bürger, getreu ihrer Nachkriegsgeschichte, zur Zeit eher ab. Die Reden und Aufsätze Egon Bahrs wirken auf die breite Mehrheit als das, was sie sind: Nachrichten von den nicht ganz geheuren Plänen eines Einzelvordenkers und seiner Zuhörerschaft. Und an der Raketen-Debatte ist nur noch eins normal: das Schweigen. Niemand will oder kann mehr der berüchtigten „Raketenzählerei“ folgen.

Für die Bonner Regierenden und für den Westen insgesamt kommt diese allgemeine Erschöpfung zu einem günstigen Zeitpunkt: Die Verantwortlichen haben sich gerade auf eine neue, einheitliche Sprache geeinigt, mit der man, ohne auf das Abrakadabra der Waffendetails einzugehen, die Thematik jederzeit neu „aufführen“ kann – wie ein Volksstück im Hamburger Ohnsorg-Theater.

Die Stichworte heißten: Null-Lösung ist gleich Ideal-Lösung, auf dem Weg zu ihr sind Verhandlungsvarianten und Zwischenergebnisse möglich. Zur Bewertung künftiger sowjetischer Vorschläge braucht man nur zu fragen, ob Moskau, auf welcher Zahlen-Ebene auch immer, sich das Mittelstrecken-Monopol sichern möchte oder nicht. Oder man fragt einfach Monsieur le Président Mitterrand, was er davon hält.

Die sozialdemokratischen Wahlkämpfer haben damit, so registriert der Besucher, eine Waffe verloren, die Hans-Jochen Vogel bei seinem Besuch in Washington Anfang Januar noch blankgehalten hatte. Besonders nach der Visite bei Andropow schien der Sozialdemokrat entschlossen, sie anzuwenden: Raketen-Wahlkampf. Es ging los. Was aber dann geschah, nennen Wahlkampf-Techniker in den USA: „It peaked too early“ – zu früh auf seinem Höhepunkt. Jetzt, in der entscheidenden Phase des Wahlkampfes, fällt das Geschoß in die Talsohle der öffentlichen Meinung.

So hat auch der Berichterstatter der „Washington Post“ unrecht, wenn er in der letzten Woche schrieb, in der Bundesrepublik sei eine heiße Debatte um den sowjetischen – und schwedischen – Vorschlag zur Bildung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa im Gange. Nichts derartiges läuft. Heute scheint schon ein gezieltes Gegenargument auszureichen, wie Alois Mertes es in die Debatte warf, um den Leuten das richtige Licht aufzusetzen: Daß es nicht auf atomwaffenfreie Zonen, sondern auf atomwaffenbedrohungsfreie Zonen ankomme. Man kennt inzwischen die Reichweite der SS 20, und wenn nichts sonst von dem Unterrichtsstoff Atomwaffen hängengeblieben ist, dann doch dies: Rückzug hinter den Ural heißt überhaupt nichts bei Waffen, die über Strecken von 5000 Kilometern fliegen. So leicht, wie die amerikanische Angst dies zu glauben meint, ist der deutsche Zeitgenosse wohl doch nicht zu überlisten.

Widersprüchliches steckt im sogenannten deutschen Anti-Amerikanismus. So, wie die „Grünen“ ihn predigen, kommt er einem wie die Blasensprache kleiner Männchen vom Mars vor – widersinnig. Reinste Science-fiction. So, wie die SPD ihn heimlich werbend artikuliert – „Im Interesse Deutschlands“ –, klingt er schon ein wenig glaubhafter. Aber überzeugend und repräsentativ für die Mehrheit der Deutschen ist auch das nicht, wenn man den Eindrücken und Gesprächen einer intensiven Besuchs-Woche Glauben schenken darf. Die Mehrheit der Deutschen hat nämlich ein klares Empfinden dafür, daß gerade das Bündnis mit Amerika dem „deutschen Interesse“ entspricht.

Die Deutschen wünschen kein schwaches Amerika

Überhaupt: Amerika. Die Werbung in Deutschland bedient sich des weiten, starken Kontinents, um ihre Produkte gut an den Mann zu bringen. Ein starkes Amerika – nur für die Zigarettenreklame? Das kann doch wohl nicht wahr sein. Das entspricht auch nicht den heimlichen Wünschen der Deutschen. Es waren gerade die Schwächezustände der USA, die die Europäer in den vergangenen zehn Jahren das Fürchten gelehrt haben. Anti-Amerikanismus ist eher die typische Variante des Aufstands, wenn die Götter einmal gefallen sind: So trumpfen anarchisch gesonnene Söhne aus guten Häusern auf, wenn die herrschende Generation nicht mit Selbstbewußtsein, sondern mit Selbstzweifeln einherkommt.

Eine Gesellschaft braucht sich erst aufzugeben, wenn sie, wie der ältere Thomas Buddenbrook, sich ins Gartenhäuschen zurückzieht und pessimistischer Lektüre (um 1900: Schopenhauer) frönt. Eine Erklärung für die Grünen? Ihr Motiv, so will es dem Beobachter scheinen, ist die Flucht – nicht in den Optimismus, die Bejahung von Mutter Erde. Ihr Motiv ist vielmehr die tiefste pessimistische Verneinung der gegenwärtigen Welt und aller ihrer Werke. Danach kann nur noch ein moderner Hanno Buddenbrook kommen und mit dikkem Querstrich die Annalen der Familie auslöschen.

Sind wir schon soweit? Man muß es eher bezweifeln. Natürlich, es gibt sie: Die Liebäugler mit der Selbst-Isolation, die Propheten der Äquidistanz zwischen Moskau und Washington, die Lobredner Leonid Breschnews und seiner Nachfolger und die Verteufler Ronald Reagans und jeder amerikanischen Kraftentfaltung. Gewiß, es gibt auch dies: einen verminderten deutschen Sinn für die politische Manipulationskraft aus dem Osten, dessen militärische Überstärke man gleichzeitig durchaus durchschaut.

Fast hat man den Verdacht, daß die amerikanischen Gesprächspartner in Washington bewußt eine Fassade der Angst aufbauen, damit der Bericht über diese amerikanische Angst in der Bundesrepublik den Prozeß des Nachdenkens und der Nachdenklichkeit, kurz: den Drang in die Mitte des Denkens weiterbefördern hilft.

Im Grunde fehlt nur eins: der große Rhetor in deutschen Landen, der mit der Kraft, dem Mut und dem Witz der Sprache die latente Normalität in der Seele seiner Landsleute, gepaart mit einer Vision eines neuen Wirtschaftsaufschwungs, zu einem großen Bekenntnis steigert. Aber die Hürde des 6. März wird wohl ohne die Epiphanie einer solchen Figur genommen werden können. Danach werden sich Amerikaner hier und CDU/CSU und FDP drüben anschauen und fragen, wer und was zum Teufel denn diese ganze Aufregung angefacht und angestachelt haben könnte, diesen Attentatsversuch auf die sicheren Instinkte des bündnistreuen deutschen Bürgers anno 1983.

Den offenen Grenzen in Benelux droht Gefahr aus der Fremde

Von BODO RADKE

Auf der Autobahn zwischen dem belgischen Antwerpen und dem niederländischen Breda merkt man den Wechsel von einem Königreich in das andere nur daran, daß für jeweils 400 Meter diesseits und jenseits der Grenze eine Höchstgeschwindigkeit von 60 Stundenkilometern vorgeschrieben ist. Allerdings: Genau über der Grenze hängt eine Verkehrsampel; die jedoch ist nahezu ständig auf „Grün“ geschaltet. Nur in seltenen Ausnahmefällen, bei Großrazzien oder gezielten Fahndungen, wechselt die Ampel auf „Rot“, um Ausweiskontrollen zu ermöglichen. Für jeden Europa-Enthusiasten ist dies vorbildlich.

Ob es allerdings bei diesem – nicht nur zwischen Antwerpen und Breda geltenden – Idealzustand des freien Grenzverkehrs für Personen zwischen den Benelux-Staaten bleiben wird, erscheint immer fraglicher. Als sich kürzlich die Regierungschefs und zahlreiche Ressortminister der Partnerländer in Den Haag nach sieben Jahren wieder einmal zu einer „Benelux-Gipfelkonferenz“ trafen, stand das Für und Wider einer Einschränkung dieser Freizügigkeit im Mittelpunkt der Beratungen.

Fast alle Teilnehmer vertraten den Standpunkt, daß der freie Grenzverkehr immer deutlicher neben Vorteilen auch Gefahren aufgezeigt habe. Die einzelnen Mitgliedsstaaten der Union müßten effektiver als bisher die Möglichkeit haben, „unerwünschte Elemente“ vom eigenen Territorium fernzuhalten.

Jeder der Konferenzteilnehmer in Den Haag wußte, daß man damit ein delikates Thema angeschnitten hatte, und so wurde es zunächst auch nicht weiter vertieft. Hinter der vagen Formulierung „unerwünschte Elemente“ verbirgt sich nämlich politischer Sprengstoff. Es geht bei ihnen zweifellos nicht nur um Kriminelle aller Art, mit Rauschgifthändlern an der Spitze. Indirekt wurde damit das Problem der Überfremdung berührt, das alle drei Benelux-Länder betrifft, aber von ihnen sehr unterschiedlich behandelt wird.

Im kleinen Großherzogtum Luxemburg ist zwar jeder Dritte der 365 000 Einwohner fremder Nationalität, aber die Verhältnisse sind so übersichtlich, daß die Ausländer-Frage kaum außer Kontrolle geraten kann. Sowohl Belgien als auch die Niederlande sehen sich jedoch mit der Gefahr konfrontiert, daß die offenen Grenzen zwischen ihnen im Zusammenhang mit der unterschiedlichen offiziellen Haltung zum Thema Überfremdung eine moderne Völkerwanderung in der einen oder anderen Richtung begünstigen könnte.

Integration ist in Belgien kein Thema

Auf eine einfache Formel gebracht, sehen die Unterschiede so aus: In Holland gilt es als ehrenrührig, das Problem anders zu betrachten als unter dem Aspekt christlicher Nächstenliebe und der Rechtsgleichheit aller Menschen. Oberstes Ziel müsse sein, die Fremden in das eigene Volk zu integrieren. Und wenn sie das nicht wollen, seien sie in jeder Weise zu unterstützen. In Belgien dagegen käme kaum jemand auf die Idee, das Ausländer-Thema ideologisch zu verbrämen. Jeder soll sehen, wie er zurechtkommt – ob Einheimischer oder Fremdling. Integration ist ein Fremdwort.

In der Hauptstadtregion Brüssel mit seinen 19 völlig selbständigen Gemeinden hat diese Einstellung dazu geführt, daß in den bevorzugten „grünen“ Vororten an Ausländern ausschließlich gutbesoldete „Berufs-Europäer“ oder denen vergleichbare Fremde wohnen. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung der betreffenden Gemeinde beträgt 10 bis 12 Prozent. Andere Brüsseler Kommunen mit weniger Freizeitwert dagegen wissen einfach nicht mehr, wie sie mit dem ständig steigenden Prozentsatz von Gastarbeitern nordafrikanischer, türkischer oder sonstiger Provenienz fertig werden sollen.

Der Bürgermeister der Brüsseler Gemeinde St. Gillis hat sich mit einem Hilferuf an Staatsregierung und Öffentlichkeit gewandt. Er rechnete vor, daß von den registrierten rund 45 000 Einwohnern inzwischen 48,5 Prozent nichtbelgischer Nationalität seien. In St. Gillis gebe es nur noch 4300 steuerzahlende Berufstätige. Wie viele zusätzliche Ausländer illegal in der Gemeinde Unterschlupf gefunden hätten, wisse niemand. Wegen der leeren Kommunalkasse könne St. Gillis nicht mehr der gesetzlichen Verpflichtung nachkommen, jedem Bedürftigen die als Existenzminimum betrachteten umgerechnet 500 Mark Sozialhilfe pro Monat auszuzahlen.

Holland spielt die Ausländer-Frage herunter

Ein niederländischer Bürgermeister, der den Mut hätte, in ähnlicher Form die Überfremdung für die finanziellen Probleme seiner Gemeinde verantwortlich zu machen, liefe Gefahr, als „Rassist“ oder gar „Faschist“ geächtet zu werden. In Holland ist man weiterhin bemüht, das Ausländerproblem herunterzuspielen.

Als bezeichnendes Beispiel kann eine kürzlich veröffentlichte amtliche Statistik gelten, in der der Fremden-Anteil am 14-Millionen-Volk der Niederländer mit nur 3,8 Prozent angegeben wird. Man erfuhr, daß Staatsangehörige der Bundesrepublik Deutschland mit 42 000 Personen die drittstärkste Gruppe nach Türken und Marokkanern stellen. Erst im Kleingedruckten war zu erfahren, daß in dieser Fremden-Statistik weit über 200 000 Farbige aus ehemaligen niederländischen Kolonien unberücksichtigt blieben, weil sie einen holländischen Paß haben.

Wie es um sie in sozialer Hinsicht bestellt ist, machte kurz darauf eine andere ministerielle Mitteilung aus Den Haag deutlich. Danach beziehen von den in Holland lebenden Molukkern 40 Prozent Arbeitslosenunterstützung. Bei den Surinamern sind es 27 und bei den Antillianern 23 Prozent. Von den „echten“ Gastarbeitern, die in der Fremden-Statistik vermeldet werden, sind 22 Prozent als arbeitslos registriert.

Im Gegensatz zu Belgien, wo man die Probleme der Überfremdung immer realistischer betrachtet, sorgt in den Niederlanden eine unüberschaubare Zahl von Aktionsgruppen dafür, daß das Thema in der Tabu-Sphäre bleibt. Dieser Unterschied der Stimmungslage, so hört man im vertraulichen Gespräch mit manchem Holländer, könnte durchaus dazu führen, daß nicht wenige Fremde in Belgien ihre Sachen packen und im Wohlfahrtsstaat Niederlande auftauchen. Sie müßten nach dem bisherigen Stand der Dinge nicht fürchten, an der Grenze abgewiesen zu werden. (SAD)

Eine Atempause für den Flughafen Tegel

Von H. R. KARUTZ

Erfolgreiche Proteste des Auswärtigen Amtes in Athen und fragwürdige Geschäftspraktiken eines Westberliner Reiseveranstalters bescherten jetzt der „DDR" in ihrem Feldzug gegen den freien Luftverkehr von (West-)Berlin-Tegel aus die zweite Niederlage innerhalb eines halben Jahres. Die Ostberliner *„Interflug"* erhielt bisher für den Sommerflugplan noch keine verbindlichen Landerechte für Griechenland. 40 Prozent des Westberliner Passagieraufkommens in die Ägäis hatte sich die „DDR" in den vergangenen Jahren durch Kampf-Preise weit unterhalb jeder Wirtschaftlichkeit gesichert.

Diesem Rückschlag in dem hartnäckigen Versuch, Berlins einzigen *freien Zugang nach und nach* bedeutungslos zu machen, war im Herbst 1982 bereits eine andere empfindliche Schlappe vorangegangen. Damals scheiterte der Versuch der „Interflug", sich Landerechte in Spanien zu sichern, um aus dem höchst lukrativen Charterflug-Geschäft mit West-Berlins „Winter-Vorort" Teneriffa ihre Gewinne zu ziehen. Madrid gab damals keine Erlaubnis.

Der jüngste neue Aufwind, den der Flughafen Tegel in West-Berlin als Atempause im gezielten Dumping-Geschäft der „DDR" dringend benötigt, geht zu Lasten von 3000 West-Berlinern: Sie erlitten einen regelrechten Buchungs-Schock, als sich jetzt herausstellte, daß ihr westlicher Reiseveranstalter keine verbindlichen Vereinbarungen mit der „Interflug" über die Sommerflüge ans griechische Mittelmeer besaß. Die „DDR"-Gesellschaft stoppte schließlich in Fernschreiben an ihre zahlreichen Westberliner Reisebüro-Agenten

Landesbericht Berlin

den weiteren Verkauf der Billig-Tickets ...

Denn die sozialistische Regierung des NATO-Partners Griechenland hat dem „DDR"-*Airliner* bisher nicht im gewünschten Umfang Landerechte für den Sommerflugplan eingeräumt. Athen steuert damit einen ähnlichen Flugkurs wie die spanische Regierung, die sich im vergangenen Herbst den Pro-Tegel-Argumenten des deutschen Botschafters Guido Brunner (FDP) nicht verschloß.

Diese beiden jüngsten Erfolge vereinter Bonner und Berliner Bemühungen stellen sich zur rechten Zeit ein. Denn im jüngsten Jahresbericht der „Berliner Flughafen-Gesellschaft" waren mehrere widrige Fallwinde auszumachen:

- 1982 erlitt Tegel insgesamt einen Passagierverlust von 345 000 Personen (7,8 Prozent). Nur noch 4,07 Millionen Fluggäste starteten oder landeten hier.
- Im Liniendienst belief sich das Minus auf sieben Prozent, im Charterverkehr auf 12,6 Prozent – nahezu ein Sechstel. Die Gastarbeiterflüge nahmen um 11,4 Prozent ab.
- Wie alarmierend die Entwicklung bislang verlief, illustrierte ein Zahlenvergleich: 1981 flogen rund 800 000 West-Berliner per Charter in den Urlaub. Ein gutes Viertel von ihnen – exakt 209 108 – ließen sich durch die „Tupolew" und „Iljuschin" der staatlichen „Interflug" befördern, die innerhalb der „DDR" nur noch zu Messezeiten verkehrt. 70 Prozent aller West-Fluggäste Schönefelds reisen ins nichtkommunistische Ausland.
- Der Flughafen hart am südlichen Stadtrand Ost-Berlins wurde vor allem für zwei Kategorien von „Westlern" zum Preis-Mekka: Familien mit schulpflichtigen Kindern profitieren bei Ferien-Flügen erheblich von den „Interflug"-Dumpingpreisen. Wer mit drei Kindern zur Sommerferienzeit von Tegel aus abhebt, muß rund *1000* Mark mehr gegenüber „normalen" Abflugzeiten ausgeben.

Als zweite Hauptkategorie von Schönefeld-Reisenden entpuppte sich die Gruppe „Turnschuh"-Touristen, Freunde der griechischen Inselwelt und „Flippies". Tegel büßte 1982 allein 36 Prozent aller Griechenland-Fluggäste ein!

Inzwischen fanden sich alliierte Fluggesellschaften und seriöse Westberliner Veranstalter zu einer Solidaritätsaktion für die genasführten Griechenland-Urlauber mit „DDR"-Ticket bereit. Sie wollen die 3000 Reisenden transportieren – wenngleich zu den höheren, westlichen Preisen.

In großer Offenheit legte bei der Eröffnung der Hamburg-Autobahn der Ostberliner Verkehrsminister Otto Arndt (SED) seinem Bonner Kollegen Werner Dollinger die dauerhaften „DDR"-Prinzipien gegenüber West-Berlin dar, als sich dieser über den Schönefelder Tikket-Krieg beschwerte: „Wir nehmen jeden Verkehr, den wir bekommen können", lächelte Arndt zufrieden.

Am liebsten wäre der „DDR" sogar – und sie hat in dieser Richtung vorgefühlt – wenn sich in einem deutsch-deutschen Luftfahrtabkommen eine bestimmte westliche Passagier-Quote für Schönefeld festschreiben ließe. Dies wäre der Anfang vom Ende eines freien, unkontrollierten Berliner Flugverkehrs.

„Leistung muß ihren Wert behalten"

WILM HERLYN, Düsseldorf

Bundespräsident Karl Carstens hat alle Deutschen zum verstärkten Kampf gegen die Arbeitslosigkeit aufgerufen. „Lassen Sie uns alle gemeinsam konkrete Schritte tun, um dieses Problem, insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit, zu bewältigen", erklärte er auf der 34. Meisterfeier der Handwerkskammer Düsseldorf. Diese jährliche Feier ist mit mehr als 5000 Teilnehmern die größte handwerkspolitische Kundgebung im Bundesgebiet.

Carstens appellierte an das Handwerk, dem als Stütze der Wirtschaft besonderer Dank gebühre, selbst in den schwierigsten Zeiten über den eigenen Bedarf hinaus Lehrstellen zur Verfügung zu stellen, den eingeschlagenen Weg weiterzugehen. Zu den 1854 Jungmeisterinnen und -meistern gewandt sagte Carstens: „Unsere Wirtschaft, unsere Gesellschaft braucht *Ihr Beispiel. Sie* können zeigen, daß Einsatzfreude, die Bereitschaft, sich anzustrengen und vor allem der Wille, Risiko zu tragen, weiterhin bei uns lebendig sind." Der Staat dürfe Leistung nicht willkürlich beschneiden, „Leistung muß ihren Wert behalten".

Auch der CDU/CSU-Fraktionschef im Bundestag, Alfred Dregger, plädierte für „Leistung, ja sogar für Hochleistung nicht nur im Sport, sondern auch in Politik und im Beruf". Leistung dürfe nicht „verteufelt oder bestraft, sie muß belohnt werden". Er klagte, seit 1945 habe Deutschland nur zwölf naturwissenschaftliche Nobelpreisträger hervorgebracht, zuvor aber 34. Dabei „hat es an Geld doch offenbar nicht gefehlt, aber doch wohl am Leistungsklima an unseren Universitäten".

Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) hob die Zusage der Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft an Bundeskanzler Helmut Kohl vor, das Vorjahresangebot an Ausbildungsplätzen um 30 000 Lehrstellen zu übertreffen. Er kritisierte: „Es gibt Leute, die diese Zusage als Wahlkampfmasche miesmachen." Er appellierte an die Tarifpartner, daran zu denken, daß den meisten Jugendlichen eine gute Lehrstelle lieber ist als ein paar Mark mehr Ausbildungsvergütung." Eine Regierung Kohl/Genscher werde ausbildungsplatzhemmende Vorschriften abbauen.

Die CSU schließt Blüm in ihr Herz

Ovationen für den Sozialminister in Erlangen / „Große Anerkennung" von Strauß

PETER SCHMALZ, München

Franz Josef Strauß gebrauchte in der Stadthalle von Erlangen das Wort vom Kompromiß, zu dem große Volksparteien im Gegensatz zu kleinen Standesparteien fähig sein müssen. Seit diesem Wochenende wird der CSU-Vorsitzende aber auch selbst eine ausgeprägte Kompromißfähigkeit beweisen müssen, sollten bei neuen Koalitionsverhandlungen oder in den künftigen Regierungsjahren CSU-Maxime mit Plänen des Sozial- und Arbeitsministers Norbert Blüm auf Kollisionskurs geraten. Hat sich doch Blüm am Wochenende vor dem Arbeitnehmertag der CSU in Erlangen so in die Herzen der CSU-Anhänger geredet, daß er mit Ovationen gefeiert wurde.

Der kleine Hesse mit der Nickelbrille fand schon stürmischen Applaus, als er sich um das Gebiß der Linken sorgte: „Franz Josef Strauß, Fritz Pirkl und Norbert Blüm – Sozalisten, gebt's auf, ihr werdet uns nicht auseinanderbringen. An uns werdet ihr euch die Zähne ausbeißen." *Hatte* ihm sein Bayern-Kollege Pirkl doch zuvor gleich zweimal „unseren Freund" und einmal gar den „treuen Weggenossen" genannt und damit das Strauß-Wort vom „Herz-Jesu-Sozialisten" endgültig in den Bereich bewältigter Vergangenheit verwiesen.

Blüm gründete seinen Erfolg vor der Bayern-Schwester auf seinem Mundwerk, mit dem er ein verbales Feuerwerk entzündete, wie es die Versammlung von ihrem Parteivorsitzenden gewöhnt war, als dieser noch mehr mit dem Herzen als mit dem Hirn formulierte.

Die Staatsverschuldung etwa: „In dieser Stunde, in der ich rede, wird der Bund drei Millionen Mark Zinsen zahlen müssen für die Schulden der Sozialisten." Oder die sinkende Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik: „Wir haben 13 Jahre den technischen Fortschritt verschlafen, bürokratisch verhindert, haben Innovationen totgemacht. Leistung hat sich nicht mehr rentiert – auch für den Arbeitnehmer nicht. Und dann wieder ein Satz, der tosenden Beifall einbrachte: „Wenn die noch länger an der Regierung geblieben wären, wäre es für uns doch bald billiger *gekommen, wir hätten den* Lohn dem Staat gegeben und uns die Steuern auszahlen lassen."

Das waren Sprüche auch ganz nach dem Gefallen von Strauß und seinem Generalsekretär Edmund Stoiber, beide lachten und klatschten begeistert etwa über Blüms Bekenntnis zur Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand und gegen staatliche Fonds: „Ich brauche kein Volkseigentum. Das ist Bonzen- und Bürokrateneigentum. Wir verwalten unser Eigentum lieber selber. Die Arbeitnehmer wissen besser mit ihrem Geld umzugehen als alle Bonzen, Funktionäre und Finanzämter."

Nur vorsichtig deutete daraufhin Strauß mögliche Unterschiede an, zollte Blüm aber „große Anerkennung" für seine auch in den Koalitionsverhandlungen bewiesene Fähigkeit zum tragfähigen Kompromiß. Beide Politiker demonstrierten an diesem Tag ihre Bereitschaft, miteinander auszukommen. Strauß nahm Blüm sogar als „weiteres Vorstandsmitglied des Vereins der deutlichen Aussprache" auf und konnte sich dann doch nicht verkneifen, hinter dem Lob für Blüm Kritik an der CSU zu verstecken: „Ich kann nur den Wunsch anfügen, daß das Beispiel Norbert Blüm bei unserer Schwesterpartei, was die Deutlichkeit der Aussprache und die Kraft und die Griffigkeit der Formulierungen angeht, große Schule machen möge."

FDP registriert Welle der Sympathie

Volle Häuser für Genscher und Lambsdorff / Strauß wird von den Liberalen „geschont"

STEFAN HEYDECK, Detmold

Die Freien Demokraten können es immer noch nicht so recht glauben: Seit Wochen schlägt ihnen förmlich eine Welle der Sympathie und Zustimmung entgegen. Die Wahlkämpfer der Liberalen treffen praktisch überall auf brechend volle Häuser und Säle. So meint dann auch FDP-Fraktionschef Wolfgang Mischnick mit Blick auf das bis Ende letzten Jahres noch vorherrschende Stimmungstief fast schon verblüfft, da „trotz der schweren Wetterverhältnisse" der Zulauf zu FDP-Kundgebungen und -Veranstaltungen eindeutig größer als im Wahlkampf vor drei Jahren sei.

Da wird im westfälischen Bekkum ein „Gespräch im kleinen Kreis" mit dem FDP-Vorsitzenden Hans-Dietrich Genscher angekündigt. Doch dann ist der Hotelsaal mit 450 Zuhörern überfüllt. Oder in Detmold: Da muß die Stadthalle wegen baupolizeilicher Vorschriften geschlossen werden. Und in Paderborn muß aus Platzgründen *kurzfristig* der Kundgebungsort verlegt werden. Es wirkt schon beinahe komisch, wenn Genscher, Mischnick oder Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff auch „den verehrten politischen Gegner" begrüßen. Der ist nämlich anders als in der Vergangenheit nicht da. Nicht einmal der parteieigene „Nörgler vom Dienst" zeigt sich.

Kein Wunder, daß Genscher angesichts dieser „Heimspiele" sichtlich zufrieden strahlt: „Wir werden einen fairen Wahlkampf führen. Aber einen fröhlichen. Hüten Sie sich vor denen mit den verkniffenen Gesichtern." Prompt wird ihm von Lambsdorff, der in Eschwege mit den Worten „ein Name, ein Programm, ein ganzer Kerl" empfangen wird, fast „die Show" in Sachen Fröhlichkeit gestohlen. Der löst Jubel und Begeisterung aus, wenn er kabarettreife Einlagen einstreut. So meint er zur SPD-Führungsmannschaft: „Ihr naht euch wieder, schwankende Gestalten." Oder: „Alle ziehen an einem *Strick – nur an zwei Enden."*

Und dem hessischen Ministerpräsidenten Holger Börner hält er vor: „Er liegt mit seiner Körperfülle wie ein Hase mit angelegten Ohren in der Ackerfurche." Der Nachsatz „Und der grüne Wind weht immer über ihn hinweg" geht regelmäßig im Beifall unter. Auffällig ist, daß etwa seit Aschermittwoch der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß „geschont" wird. Hatte Genscher bisher noch mit dem Hinweis operiert, daß dieser „13 Jahre lang" die Kontinuität der Außen- und Sicherheitspolitik attackiert habe und Lambsdorff den „67jährigen älteren Herrn" nicht in den Mittelpunkt des Wahlkampfs *rücken wollte,* so geht die Stoßrichtung jetzt eindeutig und durchgängig gegen Vogel. Bei allen programmatischen Aussagen macht die Bonner Parteispitze unverhohlen deutlich, worum es ihr am 6. März in erster Linie geht: um die Zweitstimme. Genscher mit den zum Victory-Zeichen erhobenen Fingern: „Das heißt diesmal nicht nur Sieg, sondern auch Zweitstimme."

Ein Horrorkatalog von Glotz kontra Kohl

Wie die SPD die „Themenführerschaft" übernehmen will / „Einen Bundeskanzler statt einen Raketenkanzler"

GÜNTHER BADING, Bonn

Die Sozialdemokraten wollen in *der Endphase des Wahlkampfes* bis zum 6. März die Diskussion um den Abtreibungsparagraphen 218 neu beleben. Damit will SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz, wie er in seinem jüngsten „Wahlschnellbrief" schreibt, die „Themenführerschaft" übernehmen. Insgesamt nennt Glotz in dem an die aktiven Wahlkämpfer seiner Partei gerichteten Brief vier Argumentationsfelder, *mit denen der* Slogan der Schlußphase „Deutschland darf nicht nach rechts kippen" belegt werden soll. Glotz wörtlich: „Dieser Grundgedanke wird an vier Themenfeldern exemplifiziert:

- der Beflissenheit und Schwäche Kohls in der Abrüstungspolitik,
- der Lethargie der Regierung Kohl im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit,
- der Demontage des sozialen Mietrechts,
- der Gefahr, daß die Reform des Paragraphen 218 StGB zurückgedreht wird."

Glotz unterstellt Bundeskanzler Kohl, daß er diesen Paragraphen „zurückdrehen" wolle, dies aber *vor der Wahl nicht sage, weil er* um Frauenstimmen fürchte. Bundesfamilienminister Heiner Geißler hat gestern klargestellt: „Die neue Bundesregierung *plant keine* Änderung des Paragraphen 218." Ob auch in Zukunft legale Schwangerschaftsabbrüche von den Krankenkassen finanziert werden würden, „hängt nicht von der Bundesregierung oder dem SPD-Kandidaten Vogel ab, sondern von einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, bei dem diese Frage von einer Bürgerin anhängig gemacht worden ist". In der dem Glotz-Brief beigelegten Argumentationshilfe für SPD-Wahlkämpfer allerdings heißt es, daß die Frauen in Zukunft wohl auch legale Schwangerschaftsabbrüche aus eigener Tasche bezahlen müßten und, wenn sie die Arztkosten nicht begleichen könnten, in die Arme von sogenannten „Engelmachern" getrieben würden.

Die SPD-Ortsvereine werden in demselben Schreiben von Glotz aufgefordert, in der Schlußwoche des Wahlkampfes Kleinanzeigen in der örtlichen Zeitung aufzugeben, die nicht argumentativ, sondern nur mit einem Slogan werben sollen. Glotz macht ein Dutzend Formulierungsvorschläge. Einige Beispiele:

„Einen Bundeskanzler statt einen Raketenkanzler. Im deutschen Interesse Hans-Jochen Vogel, SPD." *Und weiter:* „*Bildung statt* Kohl" – „Vorreden statt Nachplappern" – „Klarheit statt Kohl/Genscher" – „Lieber wach werden statt Überwachtwerden" – „Köpfchen statt Kohl" – und schließlich: „Denker statt Dussel".

In dieselbe Kerbe schlagen die Formulierungshilfen, die Peter Glotz „auf vielfachen Wunsch" für Lautsprecherdurchsagen in der *Endphase des Wahlkampfes an die* Ortsvereine der SPD gibt. Dort heißt es etwa zum Thema Arbeitslosigkeit, die „lieben Mitbürgerinnen, lieben Mitbürger" sollten sich „nicht länger von der Regierung Kohl verkohlen" lassen. Es sei eine „Tatsache", daß „seit Kohls Amtsantritt als Bundeskanzler über 700 000 Menschen mehr den Arbeitsplatz verloren haben". Als Grund will Glotz über die Lautsprecher hören: „Nicht nur wegen Kohl; aber auch wegen seines Nichtstuns." Der Text gipfelt dann in der Aussage: „Wer Kohl wählt, stimmt für die Verschärfung der Arbeitslosigkeit." Wie in allen anderen Texten heißt es dann auch hier, daß Deutschland nicht nach rechts kippen dürfe.

Zum Thema Frieden *heißt es,* die Wahl am 6. März werde auch darüber entscheiden, „ob wir in Zukunft auf einem atomaren Pulverfaß sitzen oder nicht. Herr Kohl jedenfalls will es". Und weiter: „Wer Kohl wählt, bekommt neue Raketen." Die Bürger sollten deshalb am 6. März „endlich wieder einen Bundeskanzler (wählen), der im deutschen Interesse handelt und verhandelt". Zum Thema Umwelt ist Glotz nur der Rhein-Main-Donau-Kanal und natürlich das Waldsterben eingefallen. Mit dem angeblichen „Investitionsstreik" der Unternehmer wollten Union und FDP die „Arbeiter" verunsichern. Glotz empfiehlt den Mitbürgern: „Lassen Sie sich nicht von der Kohl/Genscher-Regierung erpressen." Die BAföG-Kürzungen machen nach diesen Texten Bildung und Ausbildung wieder zum „Luxusgut", während sie die Chancengleichheit der *jungen* Menschen zunichte machen.

Die Wähler, so wird in der Texthilfe formuliert, sollten „Herrn Kohl und Herrn Genscher am 6. März" die „Quittung" für das neue Mietrecht geben. Schließlich stünden viele Menschen nun vor der Wahl, „entweder höhere Mieten zu zahlen oder auf der Straße zu sitzen". Deshalb: „Wer Kohl wählt, stimmt für höhere Mieten."

Honecker interessiert an Kontinuität

brk. Berlin

NS-Unrechtsurteile endgültig getilgt

hey. Bonn

Grüne: SPD im Kern stur und alt

dpa, Hamburg

Protest gegen Franke-Behauptung

dpa, Bonn

Aufruf von Mechtersheimer

rtr, Nürnberg

SPD: Bei Renten keine Bruttoformel

AP, München

Freisinger Dom von Papst geehrt

AP, Freising

Nkomo nach Verhaftung wieder frei

dpa, Bulawayo

Zimbabwes Oppositionspolitiker Joshua Nkomo ist am Wochenende von der Polizei verhaftet, nach wenigen Stunden jedoch wieder freigelassen worden. Er mußte jedoch seinen Reisepaß abliefern.

Nkomo war Samstag mittag festgenommen und zum Polizeipräsidium von Bulawayo gebracht worden, kurz bevor er ein Flugzeug nach Südafrika besteigen wollte. Von dort wollte er zu einer Tagung des Weltfriedensrates nach Prag fliegen. Nach inoffiziellen Angaben aus Regierungskreisen sollte der 65jährige politische Repräsentant der Matabele-Minderheit daran gehindert werden, das Land zu verlassen, solange ein Hochverratsprozeß gegen zwei seiner engsten militärischen Mitarbeiter läuft. Bei dem vor zwei Wochen eröffneten Verfahren geht es insbesondere um die Anlage großer Waffenverstecke durch Anhänger Nkomos. Sie sollten zum Sturz der Regierung von Robert Mugabe verwendet werden.

Spanische UCD aufgelöst

AP, Madrid

Die Union des demokratischen Zentrums (UCD), ein Zusammenschluß spanischer Zentrumspolitiker und Christdemokraten, hat am Wochenende in Madrid ihre Selbstauflösung beschlossen. Die Partei war 1977 gegründet worden und hatte das Land nach ihrem Sieg bei den ersten Parlamentswahlen seit Ende der Franco-Diktatur bis zum Dezember vorigen Jahres regiert. Während dieser Zeit war es ihr unter der Führung von Ministerpräsident Adolfo Suarez gelungen, Spanien von einer Diktatur in eine funktionierende Demokratie zu verwandeln.

U-Boote rascher mit Raketen bestückt

AFP, Washington

Die USA werden die Stationierung von neuen Interkontinentalraketen auf Unterseebooten erheblich beschleunigen. Nach Berichten aus US-Militärkreisen reagiert das Weiße Haus mit dieser Entscheidung vor allem auf die Entwicklung des sowjetischen Super-U-Boots, das von der NATO „Typhoon" getauft wurde und zwanzig SS-NX-20-Raketen an Bord nehmen kann. Verteidigungsminister Weinberger ordnete an, dem Entwicklungsprogramm für Trident-U-Boote und die gleichnamigen Raketen solle wegen der steigenden Verwundbarkeit von landgestützten Raketen Priorität zukommen.

Sharon bleibt in Schlüsselgremien

dpa, Jerusalem

Auf Wunsch von Ministerpräsident Begin hat das israelische Kabinett gestern die Mitgliedschaft des früheren Verteidigungsministers Ariel Sharon im Ministerkomitee für die Verhandlungen mit Libanon sowie im „Verteidigungskabinett" bestätigt, das als wichtigste Instanz Israels im militärpolitischen Bereich gilt. Dies gab Regierungssprecher Meridor bekannt. Sharon ist jetzt Minister ohne Geschäftsbereich.

Barbie und Frühpension bremsen die Rechten

Von A. GRAF KAGENECK

Das Bemerkenswerteste am jetzt offiziell eröffneten französischen Wahlkampf (Frankreich wählt am 6. und 13. März in seinen rund 36 500 Gemeinden neue Gemeinderäte) ist der Stimmungsumschwung bei der Opposition. Die beiden großen Rechtsparteien RPR (Gaullisten) und UDF (Giscardisten) blasen plötzlich in Moll auf ihren Wahlkampf-Trompeten. Sie sind sich keineswegs mehr so sicher wie noch vor einigen Wochen, daß es, wie Chirac einmal sagte, zu einer „so totalen Desavouierung der sozialistischen Politik kommen wird, daß das Regime Mitterrand in spätestens zwei Jahren erledigt ist". Die kühnsten Voraussagen von Rechts-Politikern wie Lecanuet oder Barre gehen jetzt davon aus, daß der Linken zwischen 25 und 30 von den 60 großen Städten wieder abgejagt werden könnten, welche sie in ihren Erdrutsch-Wahlen von 1977 erobern konnte. Bisher hatten diese

FRANKREICH

Prognosen um ein gutes Dutzend Städte höher gelegen.

Für diesen Stimmungsumschwung gibt es mehrere Gründe. Chiracs Vorhersage, mit dem Links-Spuk sei es in zwei Jahren zu Ende, war nicht nach jedermanns Geschmack. Selbst Franzosen, die vom Sozialismus enttäuscht sind, sahen darin die Absicht, der Gaullistenführer wolle das gewählte Regime beseitigen – wie auch immer. Das paßt einem so streng „konstitutionellen" Volk wie den Franzosen nicht, vor allem nicht aus dem Munde eines Mannes, dessen Partei sich stets als Hüterin der von de Gaulle gegründeten „Institutionen" verstanden hat.

Auch mag die Opposition den Einfluß gewisser Reformen des neuen Regimes auf das Wählerbewußtsein unterschätzt haben. Dinge wie die 39-Stunden-Woche bei voller Lohnfortzahlung, die fünfte bezahlte Urlaubswoche und die Reduzierung des Pensionsalters auf 60 Jahre (Premierminister Mauroy: „Ein uralter Traum der Linken, der endlich realisiert wurde") gelten als unbestreitbare Erfolge der Sozialisten. Zwar mögen sie sich katastrophal auf die Wirtschaft auswirken (Frankreich ist nach innen und außen heute zweimal höher verschuldet als 1980), aber die meisten Wähler scheren sich nicht darum, solange es im Portemonnaie stimmt. Die Opposition hat nicht Unrecht, wenn sie düster voraussagt, die Rechnung für alle diese Reformen werde den Franzosen nach den Wahlen präsentiert, und ein neues, noch rigoroseres Sparprogramm sei so sicher wie das Amen in der Kirche. Aber es ist fraglich, ob der Wähler prospektiv oder retrospektiv stimmt. Und die Retrospektive nimmt sich so schlecht, wie es die Rechte sagt, nicht aus.

Alain Juppé, einer der Jungtürken in Chiracs Mannschaft und brillanter Wahl-Matador der Gaullisten im 13. Pariser Arrondissement, zieht ein überraschendes Fazit seiner bisherigen Wahlkampferfahrungen. „Die Pensionierung mit 60 und Klaus Barbie waren die schwersten Schläge für uns." Die Pensionierung mit 60, der „uralte Traum", kam für die Linke noch gerade rechtzeitig durch das Parlaments-Gestrüpp, um als kapitaler Wahlschlager ins Gefecht geworfen werden zu können. Man bedenke die doppelte Wirkung: Abgearbeitete ältere Menschen können jetzt mit 60 die Hände in den Schoß legen, ohne, zunächst für drei Jahre, eine Schmälerung ihres Einkommens fürchten zu müssen, und sie machen ihren Arbeitsplatz für einen jungen Arbeitslosen frei. Ob das Argument volkswirtschaftlich stimmt, mag dahingestellt sein. Es läßt sich propagandistisch vorzüglich verwenden.

77 Prozent der von einer populären Rundfunk-Zeitschrift befragten Franzosen befanden unlängst, daß Klaus Barbie zu Recht für seine Untaten büßen müsse, auch wenn sie 40 Jahre zurückliegen, und eine fast gleich große Anzahl von Leuten war der Meinung, daß dieser Prozeß nur möglich wurde, weil in Paris und in La Paz Sozialisten an der Regierung sind. Dies Argument entwaffnet die Opposition. Sie kann Barbies Ergreifung schwerlich als Wahlmanöver attackieren, ohne den bereits geäußerten Verdacht zu verstärken, zu ihrer Zeit alles getan zu haben, um den unangenehmen Zeugen aus Frankreich fernzuhalten. Das Regierungsfernsehen simplifizierte Frankreichs unbewältigte Vergangenheit an Hand des Falles Barbie auf die schändlichste Weise mit der Gleichung rechts gleich Kollaboration, links gleich Widerstand. „Barbie als Schiedsrichter unserer Gemeindewahlen?" fragte bereits sarkastisch eine Tageszeitung.

Was kann die Opposition tun? Sie hat ein breites Feld von Trümmerhaufen der sozialistischen Wirtschaftspolitik vor sich, in dem sie herumstochern kann. Die hohe Verschuldung, die nicht abnehmende Arbeitslosigkeit, die wieder in Trab verfallene Inflation, die immer wieder aufflammenden Streiks in der Automobilindustrie, hinter denen sich das Ende des Burgfriedens zwischen Links-Gewerkschaften und Links-Regierung abzeichnet, und das dicke Ende, das nach den Gemeindewahlen kommen wird, wenn es gilt, den Franc neu zu justieren und ihn im Inneren mit neuer Austerity zu stützen.

Das alles sind keine leeren Voraussagen, sie werden höchstwahrscheinlich eintreten, und sie werden von niemandem geringeren als dem Planungsminister Michel Rocard bestätigt, der, immer noch weit an der Spitze aller Popularitäts-Umfragen, nicht müde wird, den Franzosen „die Wahrheit über die Krise" zu sagen. Die Opposition hat recht, wenn sie den Premierminister Mauroy und seinen grenzenlosen Optimismus („alle Ampeln unserer Wirtschaft stehen wieder auf grün", am 14. Februar im Fernsehen) eine „süße Droge" nennt. Aber es scheint, als habe sich das Volk an diese Droge gewöhnt.

Jacques Chirac hat seinen Wahlkämpfern die Losung ausgegeben, den Franzosen eine „neue Demokratie" vorzuschlagen. Eine „Demokratie des Alltags", die dem Menschen nahekommt und ihn wieder vor seine individuellen Verantwortungen stellt, die ihm der sozialistische Planungsstaat täglich mehr entwindet.

Labours Bruderkampf in Bermondsey

Ein Lehrstück über den Zustand der britischen Arbeiterpartei / Schmutzigste Nachwahl seit dem Krieg

FRITZ WIRTH, London

Im Westen ragen die Türme von Tower Bridge wie wuchtige Ausrufezeichen in den Himmel. Im Osten knickt die Themse scharf gegen die „Isle of Dogs" ab. Dazwischen Ödland, aufgewühlter Boden, Ruinen verlassener Werften und Kais, die Slums der Rotherhithe Road mit ihren brettervernagelten Fenstern. Dahinter Sozialwohnungen, zwanzigfach übereinandergetürmt zu grauen Wohnsilos.

Das ist das „Schlachtfeld": Bermondsey, die einst berühmteste „Wasserfront" des britischen Empires. Von den Kais in Rotherhithe und Bermondsey lief einst die „Mayflower" nach Plymouth aus, um die Pilgerväter nach Amerika zu bringen. In Rotherhithe lebte Kapitän Cook, bevor er seine Entdeckungsreisen antrat, und hierhin zogen sich die englischen Könige zurück, wenn ihnen das Leben im Zentrum Londons zu laut wurde.

Nirgendwo lebten in den vergangenen Jahrhunderten höfischer Glanz und schiere verzweifelte Armut enger zusammen als in Bermondsey. Und dennoch wohnen auf diesem Streifen östlich des Towers über alle Klassengrenzen hinweg die stolzesten und urwüchsigsten Londoner. Bermondsey ist die Urzelle der Cockneys.

Die 60 000 Bürger von Bermondsey hatten in den letzten 50 Jahren niemals Probleme, ihre politische Flagge zu zeigen. Hier herrschte souverän die Labour Party. Bermondsey ist für alle anderen Parteien seit 50 Jahren hoffnungslose politische Diaspora. Und der unbestrittene politische König von Bermondsey ist seit 36 Jahren Bob Mellish, ein irischer Katholik, wie die meisten Bürger von Bermondsey. Unter Harold Wilson war er „Haupteinpeitscher" der Labour-Fraktion im Unterhaus und Mitglied des Kabinetts. Ohne ihn lief nichts in Bermondsey. Mellish machte diesen Ort zum „Himmelreich" eines urwüchsigen, wenn auch seit einiger Zeit leicht verknorpelten Sozialismus. 90 Prozent der Bürger von Bermondsey wohnen in Sozialwohnungen und zahlen ihre Miete an den Staat. Bei der letzten Unterhauswahl erhielt Bob Mellish 64 Prozent der abgegebenen Stimmen, obwohl sein „Himmelreich" seit langem wüste Verfallserscheinungen zeigt.

Bis dann plötzlich jemand nach Bermondsey kam und die Türen dieses sozialistischen Himmelreichs auf Durchzug stellte. Dieser Mann heißt Peter Tatchell, stammt aus Australien, ist 31 Jahre alt und brachte die Botschaft von einem neuen radikalen sozialistischen Himmelreich mit nach Bermondsey. Und damit wurde dieser problemloseste aller Labour-Wahlkreise über Nacht zum großen exemplarischen Schlachtfeld des Duells zwischen den Labour-Traditionalisten und der neuen sogenannten „Roten Garde", der jungen Welle, auf der ganz obenauf ein Mann wie Tony Benn schwimmt.

Tatchell begann seinen Kampf gegen den nach seiner Ansicht tief eingeschlafenen Sozialismus des Bob Mellish mit ein paar Aktivisten ganz unten an der Basis, arbeitete sich drei Jahre lang geduldig durch die Institutionen, stellte sich in Hausbesuchen mindestens 20 000 Bürgern von Bermondsey persönlich vor und war im letzten Herbst am Ziel: Er stürzte den König von Bermondsey. Der Parteivorstand von Bermondsey wählte ihn zum offiziellen Kandidaten für das Unterhaus.

Mellish spielte verbittert und zornig seine letzte Trumpfkarte aus. Er verließ die Labour Party, gab seinen Unterhaussitz auf und erzwang damit Unterhaus-Nachwahlen, die niemand wollte, vor allem nicht Labour-Parteichef Michael Foot. Denn er wußte: Diese Nachwahlen würden zum bösen Lehrstück über den Zustand seiner zwischen Traditionalisten und der neuen radikalen Linken gespaltenen Partei werden.

Die Wirklichkeit hat diese Befürchtungen inzwischen weit überholt. Bermondsey ist zum Schlachtfeld der schmutzigsten Nachwahlen seit dem Krieg geworden. Und die Hauptübeltäter sind zwei Männer, die nichts schonen, nicht den Ruf ihres Gegners und den ihrer Partei: Peter Tatchell und John O'Grady, der „Kronprinz" von Bermondsey, der im Namen seines „Godfathers" Mellish kämpft.

Es ist ein peinliches Schauspiel. Parteichef Michael Foot hatte es zu vermeiden versucht, indem er sich zunächst hinter Mellish stellte und im Unterhaus sogar verkündete, daß Tatchell niemals für das Unterhaus kandidieren werde. Foot hatte sich damit jedoch übernommen. Der Ortsverband von Bermondsey hatte das letzte Wort, und der entschied sich für Tatchell.

John O'Grady trat indes unter dem Banner einer Partei, die es noch nicht gibt, nämlich der „wirklichen Labour Party", zum Gegen-Feldzug an, und er tat es nicht auf eine sehr feine Art. So ritt er in der letzten Woche hoch zu Roß durch Bermondsey und sang Anti-Tatchell-Lieder von beklagenswerter Einfalt durch eine „Flüstertüte", in denen er die Geistesgaben des jungen Australiers in Frage stellte und ihm unterstellte, daß er seine Hose verkehrt herum trage, weil er „nicht vorne von hinten" unterscheiden könne. So harmlos jedoch blieb es nicht. Inzwischen hat Tatchell telefonisch 20 Todesdrohungen erhalten. In der letzten Woche fand er eine Pistolenkugel in der Post. Am Samstag hat er Polizeischutz beantragt. Und während in der Labour Party alles von Abrüstung spricht, holte John O'Grady alle seine Kriegsorden aus dem Schrank und heftete sie sich an, um zu demonstrieren, daß er einst für Volk und Vaterland gekämpft habe, während Tatchell eingestandenermaßen vor elf Jahren Australien verlassen habe, um dem Wehrdienst zu entgehen.

So eigenartig und so peinlich ist das alles in diesem Wahlkampf, auf den die Labour-Führung mit Grauen und mit kaum verhohlenem Zorn schaut. Denn sicher ist: Wer immer am Ende diese Schlammschlacht gewinnen wird (und die Meinungsforscher sehen im Augenblick Tatchell mit zehn Punkten vor O'Grady in Führung), Verlierer ist am Ende die Labour Party selbst.

Die anderen Parteien wissen, daß sie nicht gewinnen können und schauen dennoch mit ungebremstem Vergnügen auf diesen selbstzerstörerischen Bruderkampf der Genossen von Bermondsey, der ihnen so wunderbare Wahlkampfmunition für die nächste Schlacht ums Unterhaus liefert.

Einer der wenigen führenden Labour-Funktionäre, der dies ungeachtet aller Nebeneffekte in vollen Zügen genießt, ist der Parteirebell Tony Benn, der sich voll hinter Peter Tatchell gestellt hat und sicher ist, daß am kommenden Donnerstag, wenn diese Schlacht entschieden wird und Bermondsey an die Urnen geht, nicht nur die ganze Nation auf dieses unglückliche Cockney-Himmelreich schaut, sondern die ganze Welt. So suggerierte er kürzlich in einer Wahlrede den Bürgern von Bermondsey: „Präsident Reagan wird am 24. Februar nicht eher zu Bett gehen, bevor er das Ergebnis von Bermondsey kennt."

In Bangladesh brechen alte Gegensätze auf

Der Islam ist wieder Macht- und Unsicherheitsfaktor in der Region / Staatsreligion gegen Willen der Mehrheit

M. WEIDENHILLER, Bonn

Allah u-Akbar – Allah ist groß, jetzt auch in Bangladesch. Armeechef Hussein Muhammed Ershad, Kriegsrechtsverwalter seit dem unblutigen Putsch im März 1982, hat den Islam zur Staatsreligion erhoben und Bangladesch in eine islamische Republik umgewandelt. Das bestärkt die Muslims in dem nordostindischen, von bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen geschüttelten Assam und schürt die ethnisch-religiösen Gegensätze in diesen Gebieten.

Der Islam ist wieder ein beträchtlicher Machtfaktor in der Region. Schon die Entstehung von Bangladesch war Ausdruck eines religiösen Erwachens mit politischen Folgen: Die Teilung Indiens schuf Pakistan, mit der Religion als Raison d'être; aus der erneuten gewaltsamen Spaltung Indiens entstand 1971 Bangladesch. Die leidvolle Erfahrung ließ bei den Politikern die Überzeugung reifen, nicht mehr auf die Religion als staatstragendes Element zu setzen. Sie wählten Säkularismus, Demokratie, Nationalismus und Sozialismus als die vier Pfeiler des Staates. Die vier Ismen wurden in der – heute jedoch suspendierten – Verfassung verankert.

Wenn das „Schwert des Islam" heute in Bangladesch wieder gegürtet wird, dann drückt sich darin nicht der Wille der Mehrheit der Bangladeschi aus. Vielmehr haben sich die Fundamentalisten bei Ershad durchgesetzt, was ihnen bei dem früheren, 1981 ermordeten Präsidenten Zia nicht gelungen war. Er hatte sich zwar, Hilfe für sein armes Land suchend, den islamischen Ölstaaten am Golf und vor allem Saudi-Arabien wieder stärker als sein Vorgänger zugewandt. Saudische Gelder flossen reichlich – für die Entwicklung des Landes und in „islamische Kassen". Aber Zia gab saudischem Drängen nach einer Islamisierung des Staates nur soweit nach, daß er die Verfassung mit einem „islamischen Zusatz" versah. Die „Islamic Foundation Bangladesh", die früher ein Schattendasein führte, entfaltete mit Hilfe ihrer Gönner inzwischen eine rege Aktivität, die sich in einer Flut von Publikationen, zahlreichen Ausbildungs- und Kulturprogrammen niederschlägt. In vielen Städten entstanden islamische Kulturinstitute.

Ershad hat mit seinem Entschluß wahrscheinlich einen neuen Unsicherheitsfaktor geschaffen: Seit der Gründung von Bangladesch herrscht zwischen Traditionalisten und den Mukti Bahini Spannung hinsichtlich der säkularen Komponente, der sich der Staat verpflichtet hatte. Die „Kämpfer der ersten Stunde", ehrgeizig und hochpolitisch auch heute noch, wollen von einer Islamisierung nichts wissen. Auch ihr Verhalten zu den „Repatriierten" ist nicht unbelastet, zu jenen Offizieren also, die 1971 bei Kriegsausbruch in Westpakistan stationiert, dann interniert wurden und erst zwei Jahre später zurückkehrten. Ershad ist einer von ihnen. Für die Muktis sind diese Offiziere schlechte Patrioten und Feiglinge.

Es scheint, daß die Vergangenheit in Bangladesch die Gegenwart immer wieder einholt – Unruhen, Putsche sind die Folgen. Die Geschichte des gerade ein Dutzend Jahre alten Staates ist die der Gewalt und der Rebellion, des menschlichen Leids und Elends.

Und wenn heute die Bangladeschi den „Märtyrer-Tag" feiern, dann erinnern sie an die blutigen Kämpfe und an die Toten von 1952. Damals war Bangladesch noch Ostpakistan, Urdu sollte als Landessprache eingeführt werden. Aber das Volk spricht Bengali.

Wurde vor 31 Jahren gegen Urdu protestiert, gehen heute die Studenten wegen des herrschenden Kriegsrechts auf die Straße, aber auch, weil Arabisch, die Sprache des Koran, nun neben Bengali und Englisch als Pflichtfach an den Grundschulen gelehrt werden soll.

Mehr als 10 000 Demonstranten zogen in der vergangenen Woche durch Dhaka. Es gab einen Toten, Hunderte von Verletzten und zahlreiche Verhaftungen. Nach den „schwersten Unruhen" seit der Machtübernahme Ershads wurden mehrere Universitäten geschlossen; über die Hauptstadt wurde eine Ausgangssperre verhängt. Festgenommen wurden auch 19 Oppositionspolitiker – unter ihnen Hasina Wased, die Vorsitzende der Awami-Liga und Tochter des 1975 ermordeten Staatsgründers, sowie der frühere Außenminister Kamal Hossein.

Unruhen kann sich Bangladesch, das noch immer in einem Zustand der nationalen Identitätsfindung schwebt, nicht leisten. Ershads Politik ist auf eine Rückkehr zur Demokratie ausgerichtet, freilich ohne Zeitplan. Höchst ungewöhnlich für ein Land, das unter Kriegsrecht regiert wird, ist allerdings sein Entschluß, die Macht zu dezentralisieren.

450 „Thana Parishad", Gemeindeverwaltungen, sollen entstehen. Ihre Kompetenz: Sie dürfen Steuern erheben, Etats aufstellen und Entwicklungsprogramme erarbeiten. Wahlen für diese „Thana" sind noch für dieses Jahr vorgesehen, allerdings ohne Beteiligung der Parteien.

Ganz klare Vorstellungen hat Ershad für die Rolle der Streitkräfte, die er in der Verfassung verankert wissen will. Sie soll nicht nur nach außen auf die Verteidigung der Souveränität beschränkt sein, sondern eine Doppelrolle – ähnlich wie in Indonesien – übernehmen, um nach innen die politische Stabilität – somit auch die seines Regimes – zu garantieren.

Sozialneid, Bürokratie und Marktwirtschaft

Was macht den Unternehmer aus? / Auszüge aus den Reden bei der Verleihung der Ludwig-Erhard-Preise

DW. Bonn

Bei der Verleihung der Ludwig-Erhard-Preise für Wirtschaftspublizistik 1983 am 4. Februar, wurde die Ordnungspolitik – „jenseits von Angebot und Nachfrage" – aus ungewöhnlichen Blickwinkeln beleuchtet. Die WELT gibt Auszüge der jetzt vorliegenden Reden wieder.

Hermann J. Abs, Ehrenvorsitzender der Deutschen Bank, erinnerte in einer locker-launigen Rede an Ludwig Erhard: „Ich denke an ein Gespräch, das ich mit Lucius Clay hatte. Er gab mir eine Unterhaltung mit Erhard wieder, die ich später von Erhard – seiner Art entsprechend nur zögernd – bestätigt hörte."

„Das war nach der kühnen Tat Erhards, Militärgesetze aufzuheben. Er wurde dann zu Lucius Clay zitiert, der ihm sagte: ‚Die Bundesregierung hat nicht das Recht, Militärgesetze zu ändern.' Erhard bestritt, daß er sie geändert hätte. ‚Aber das können Sie doch nicht bestreiten', so berichtete mir Lucius Clay, ‚Sie haben hier in der Zwangsbewirtschaftung, bei Preiskontrollen doch die Gesetze geändert!' Und Erhard sagte: ‚Nein, ich habe sie nicht geändert, ich habe sie nur aufgehoben.'"

„Erhard hatte", sagte Abs, „später ... jene Reife des Staatsmannes erreicht, die er vorher, auch als Bundeskanzler, manchmal vielleicht vermissen ließ. Er hat sich, wenn ich es richtig sehe – und ich bin wohl ein Bonner, aber doch nur ein fern von Bonn lebender Mitbürger –, nachsagen lassen müssen, daß er kein Verhältnis zur Macht habe. Das heißt, das Instrument der Macht hat er nie gebraucht. Daß er es nicht gekannt hätte, würde eine Unterschätzung sein. Aber eines hat er nicht gekannt, was heute eines der wichtigsten Instrumente der Macht und der Regierenden ist: Angst zu machen."

„Wenn die Bevölkerung Angst hat, ist sie leichter mit Versprechungen in die Irre zu führen, auf Holzwege zu führen, auf Abwege ... Das Phänomenale an Erhard, so schien es mir und scheint es mir heute, ist, daß er das nie tat. Im Gegenteil: er hatte Mut ... Er hatte Mut, und mit Selbstvertrauen schuf er die Kraft der Deutschen, das Vertrauen in ihre eigene Kraft zurückzufinden, die originär, ausschließlich und zuerst von den Amerikanern, von echtem europäischen Geist beflügelt, den Deutschen zugetraut wurde. Und ... in ein Vertrauen der Bevölkerung zu sich selbst geführt zu haben, ist vielleicht eines der größten Verdienste Ludwig Erhards", sagte Abs.

Der Bankier fuhr fort: „Journalisten besuchten mich und fragten: ‚Abs, können Sie sich vorstellen, daß Sie als Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Bank durch einen Ministerialdirektor abgelöst werden?' Ich sagte: ‚Nein.' Dann sagte einer der mich besuchenden Journalisten, mein Freund Ahlers: ‚Können Sie das näher definieren?' Ich sagte: ‚Nein. Da ich mir das nicht vorstellen kann, kann ich meine Nichtvorstellung auch nicht begründen.'"

„Man vergißt ganz, was den Unternehmer ausmacht. Er muß das Unternehmen, das er führt, in allen Einzelheiten kennen. Er muß die Mitarbeiter zu äußerstem Einsatz bewegen und bringen können. Er muß führen können. Er muß die Verantwortung begreifen. Er muß eine Vision haben, wie denn die Zukunft aussieht. Ja, er muß, wenn man es genau nimmt, neben allem handwerklichen Können Fingerspitzengefühl und Gefühl haben. Ja, dies ist eigentlich die Tätigkeit eines Künstlers."

„Meine Damen und Herren, glauben Sie, man kann die Qualität – so sagte ich damals – des Berliner Philharmonischen Orchesters dadurch verbessern, daß man Karajan durch einen Ministerialdirigenten ersetzt?"

„Damals rief mich mein jetziger Nachfolger als Vorsitzender des Aufsichtsrates der Deutschen Bank, Ulrich, an: ‚Das ist ja wunderbar! Zu schade, daß mir das nicht eingefallen ist.' Worauf ich kühn erwiderte: ‚Das ist der Unterschied zwischen uns beiden.'"

Professor Herbert Giersch, Kiel, einer der diesjährigen Preisträger, beleuchtete das „Dilemma des Sozialen". Der Wirtschaftswissenschaftler sagte in dem Festakt in der Godesberger Redoute: „Die Marktwirtschaft der freiwerdenden und befreiten Märkte, für die Ludwig Erhard ein Symbol ist, bezog und bezieht ihren sozialen Gehalt aus ihrer Dynamik. Den Armen in der Nähe dynamischer Unternehmer geht es sichtbar besser als den Armen in der Egalität. Und die Armen in der Nähe der dynamischen Reichen haben mehr Zukunft als die Armen an der stationären Peripherie."

„Wie stark der Bürokratiestaat, den das Soziale bedingt, das Angebot an Unternehmer einschnürt, kann man daran sehen, daß sich so viele Unternehmeraktivitäten im Bereich des Kleingewerbes und der Dienstleistungen regen, hauptsächlich getragen von Ausländern, die sich keinen Schrecken von Gesetzen einjagen lassen, die sie nicht lesen, und von Vorschriften, die sie nicht verstehen können, und denen die Last des Sozialstaates wenig ausmacht, weil sie sich auf Familienangehörige stützen können."

Den Sozialstaat zurückzuschneiden, sei sehr schwierig, meinte Giersch: „Der Grund dafür liegt im Sozialneid. Dieser schafft populistischen Druck von der Basis, und zwar, wie man sieht, soviel davon, daß Politiker, die nach vorne drängen möchten, sich dann zum Schluß doch lieber für Brot aussprechen als für Saatgut und lieber für Brot und Spiele als für Anreize zum Innovationswettbewerb."

Giersch versuchte, eine Bilanz zu ziehen: „Ob es überhaupt möglich ist, dem Rad des Wohlfahrtsstaates in die Speichen zu greifen, bevor dieses Rad in den Abgrund rollt, ist ungewiß. Aber eins kann ich sagen: Ohne eine geistige Revolution wird ein solches Vorhaben wohl nicht gelingen. Denn zu mächtig ist der Sozialneid als Triebkraft des Kollektivismus. Und zu anfällig für den kurzfristigen Ruf nach dem Sozialen sind die Politiker im harten Parteienwettbewerb in der repräsentativen Demokratie."

Johannes Gross spießte in seiner Laudatio auf die Preisträger (Renate Merklein, „Der Spiegel", Herbert Giersch, Peter Gillies, DIE WELT) das Anspruchsdenken auf: „Anspruchsdenken ist ein merkwürdiges Wort. Das Denken spielt dabei nämlich nur eine geringe Rolle, wie übrigens beim Wunschdenken auch, aber auch mit dem Anspruch ist es nicht weit her. Die Vokabel ‚Anspruchsdenken', die, seit es uns ein wenig schlechter geht, vornehmlich von Politikern und Verbandsfunktionären gern gebraucht wird, ist eigentlich ein Heuchelbegriff, der all den vielen, die den politischen Gewalten und wirtschaftlichen Mächten untertan sind, ein schlechtes Gewissen machen soll für etwas, daran sie gar keine Schuld haben."

„Waren es die Rentner, die sich zusammengerottet hatten, um eine Dynamisierung ihrer Bezüge zu erzwingen? Hatten die Kranken und Kränklichen mit Dreistigkeit darauf bestanden, immer mehr Geld für Medikamente, ärztliche Leistungen, neue Krankenhäuser und Kurheime auszugeben? Ist es etwa die Arbeiterschaft gewesen, die im Generalstreik die Einführung der Lohnfortzahlung hätte erzwingen können? ... Hatten sich etwa Schüler, Eltern und Lehrer machtvoll verbündet, um eine Bildungsreform zu erzwingen, die die kostspielige Reform der Oberstufe, die wenig effiziente Gesamtschule, die Gründung immer neuer Universitäten und Lehrstühle und die Alimentierung der Studenten aus öffentlichen Kassen bewirkte?"

„Waren es die scheidungslüsternen Ehemänner, die emanzipiert-aggressiven Ehefrauen gewesen, die auf einem neuen Recht bestanden, das angeblich die Scheidung erleichtert? Nein, natürlich nichts von alledem. Das Anspruchsdenken ist gerade nicht die Erfindung derjenigen, denen es vorgeworfen wird, sondern derjenigen, die es als Vorwurf im Munde führen, nämlich der Volksbeglücker in Parlament und Parteien ... Daß jemand legal die öffentliche Hand ergreift, die sich ihm voller Banknoten entgegenstreckt, ist so wenig vorwerfbar wie die Ausnutzung jeder legalen Finesse im Steuerrecht."

Über die „verbreitete Übellaunigkeit, die Lust an Düsternis und Verzagtheit" klagte Peter Gillies. „Dieser offenbar organisierte Trübsinn hat einen fein kompostierten Nährboden: die Extrapolation der jeweils schlechtesten Nachricht. Wer die bestehenden Trends in aller Schlichtheit verlängert, statt sie zu deuten und zu gewichten, beweist einen schmerzlichen Mangel an Phantasie."

„Hätte Ludwig Erhard seine Energien darauf verwendet, die bedarfsorientierten Grammwerte für Fleisch- und Fettmarken lediglich zu variieren, statt sie abzuschaffen, würden wir mutmaßlich heute noch Lebensmittelkarten schneiden. Das Modell der sozialen Marktwirtschaft ist ein Modell der Phantasie, nicht des Etatismus oder der Extrapolation bestehender Mängel. Offenbar ist selbst ein so gewaltiger Erfolg wie der des Konzepts der sozialen Marktwirtschaft nur bedingt in Erfahrung für die Nachgeborenen umzusetzen, denn anders wäre die Energie nicht zu erklären, die hierzulande darauf verschwendet wird, den Mangel zu verteilen, statt ihn zu beseitigen."

„Wir sind", sagte Gillies, „in die Bewirtschaftung der Phantasie geglitten. Sie schweift nicht mehr, allenfalls bis zur Weitschweifigkeit von vermeintlich zukunftsorientierten Ministerien, Kommissionen, Arbeitsgruppen und Enqueten. Mutmaßlich verfügte eine Trümmerfrau 1947 über mehr von diesem verschütteten Produktionsfaktor ‚Phantasie' als manche Würdenträger in höchsten Positionen heute."

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Fiktion als Sündenbock

„Leserbrief: Fehleinschätzung"; WELT vom 10. Februar

Dr. Baum spricht in seinem Leserbrief von „die entscheidende Schuld der Konservativen" und: „Die sogenannte ‚Harzburger Front' signalisierte dem Reichspräsidenten das Einverständnis der Deutschnationalen mit den Nationalsozialisten."

Abgesehen von der Verwechslung von Rechtsparteien in Weimar mit „Konservativen", zu denen man wohl durchaus auch Reichspräsident Ebert rechnen darf, ist festzustellen, daß die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) bereits Mitte 1924 ihren Höhepunkt überschritten hatte und bis Juli 1932 von 106 auf 37 Sitze im Reichstag abgesunken war. Ihre Haltung blieb schwankend; zwischen 1922 und 1929/30 gab es drei Spaltungen, zuletzt unter Graf Westarp, Schlange-Schöningen und Düsterberg.

Hindenburg schrieb am 25. Februar 1932 in seinem Brief an Friedrich v. Berg, Markienen: „Es ergibt sich, daß die ‚Harzburger Front' nur eine Fiktion ist, richtiger gesagt, de facto nie bestanden hat. Die ihr angehörigen Gruppen sind zwar in der Ablehnung der Regierung Brüning einig, sie sind aber wegen ihrer Uneinigkeit in sich unfähig, selbst eine Regierung zu bilden. Sie haben es ja nicht einmal fertiggebracht, sich über den gemeinsamen Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl zu einigen. Nicht ich bin das Hindernis für eine Rechtsregierung, auch nicht der Reichskanzler Brüning, sondern lediglich die Uneinigkeit der Rechten, ihre Unfähigkeit, sich auch nur in den Hauptpunkten zusammenzufinden. Es ist nur tief zu bedauern, daß die Rechte – zerrissen wie sie ist – von einseitig parteiehrgeizigen Führern auf den Weg der Einflußlosigkeit und der Selbstzerstörung geführt wird."

Mit bestem Gruß
Joachim Engelmann,
Oldenburg / Oldb.

Prager Geschichtsretusche

Im Preßburger Verlag OBZOR ist eine MALA ENCYKLOPEDIA ZURNALISTIKY, eine „Kleine Enzyklopädie der Journalistik" erschienen. Der Redaktionsrat bestand aus 13 Publizisten, das Autorenkollektiv zählte 66 Mitglieder. Wie es im Vorwort heißt, geht es um eine wissenschaftliche Information über das Entstehen und die Entwicklung des Zeitungswesens auf dem gesamtstaatlichen Gebiet der CSSR.

Die Autoren kommen von der Journalistischen Fakultät der Karlsuniversität in Prag, wo 1348 von Karl IV. die älteste deutsche Universität gegründet wurde und bis 1945 bleiben konnte. Da ja auf dem Gebiet im Herzen Europas mehr als 3,25 Millionen Sudetendeutsche von 1918–1938 Staatsbürger der ersten Tschechoslowakei waren, und viele von ihnen noch etwas von der hohen journalistischen Tradition wissen, die in diesem Land zu Hause war, liest man interessiert nach. Hier gab es das „Prager Tagblatt", die „Deutsche Presse", den „Sozialdemokrat" und die zionistische „Selbstwehr", von den vielen Fachzeitschriften ganz zu schweigen.

Mit diesen Zeitungen sind die Namen Rainer Maria Rilke, Franz Werfel, Franz Kafka, Fritz Mauthner, Friedrich Torberg, Max Brod, Johannes Urzidil, Karl Hans Strobl und viele andere verbunden. Außenminister Edvard Benesch verfügte über die „Prager Presse", die den Standpunkt des Czernin-Palais über die Weltsprache Deutsch den anderen Staatskanzleien verständlicher machen konnte, als es mit dem Tschechischen möglich gewesen ist.

Erwähnt wird jedoch aus dieser Zeit nur der rasende Reporter Egon Erwin Kisch, weil er Kommunist war. Vergeblich sucht man auch die Namen bekannter tschechischer Publizisten wie Karel Capek oder Franz Peroutka, nicht einmal der Name des Staatsgründers Tomas Masaryk, der schon im alten Österreich als Journalist und Schriftsteller einen großen Namen hatte, wird erwähnt.

Aus der Bundesrepublik Deutschland erfahren nur zwei überregionale Tageszeitungen die Ehre erwähnt zu werden, und wie, kann man sich vorstellen: die Frankfurter Allgemeine und DIE WELT.

Es ist gewiß Sache eines jeden Volkes, wie es mit den Wahrheiten seiner Vergangenheit umgeht. Es gibt aber in der Bundesrepublik viele, die glauben, daß die Staaten des Ostblocks genau so gute Verhandlungs- und Vertragspartner sind, wie unsere westlichen Nachbarn. Ihnen muß man diese Dinge vor Augen halten.

Dr. Herbert Kutschera,
Hürth-Mitte

Kambodschanische Realität

„Kambodscha entlohnt Beamte in Naturalien"; WELT vom 25. Januar

Sehr geehrte Redaktion,
der Bericht vermittelt den Eindruck, die Lage in Kambodscha sei zur Zeit schon stabil und man braucht nur noch mehr Hilfe zu schicken, dann ginge alles wieder gut.

Diese sogenannte „unabhängige finnische Kommission" hat vergessen, daß Kambodscha von den kommunistischen vietnamesischen Aggressoren aus dem Norden besetzt ist, die sich daran machen, unser Khmer-Volk zu eliminieren. Diese kommunistischen Invasoren können auf die Hilfe der Sowjetunion (3 Millionen Dollar pro Tag), auf die Vergeßlichkeit der westlichen Öffentlichkeit und auf das Wort „Entspannung" hoffen.

In der Tat wünschte unser Volk sehnsüchtig die Befreiung vom kommunistischen Pol-Pot-Monsterregime, aber von Loyalität gegenüber den Besatzern, wie diese Kommission behauptet, kann nicht die Rede sein. Wie Ihre Zeitung in einem Artikel „Hanois härteste Feinde führen ein Doppelleben – der innere Widerstand" vom 27. September 1982 berichtet hat, leistet das Khmer-Volk überall sowohl an der Grenze als auch im Landesinneren Widerstand gegen die vietnamesischen Invasoren.

Ferner behauptet diese Kommission, daß 90 bis 95 Prozent der Hilfsgüter der internationalen humanitären Organisation, trotz Korruption im Land, ihren Bestimmungsort erreicht hätten. Man soll hier fragen, welchen Bestimmungsort? Hanoi? Es ist bekannt, daß ein großer Teil der Hilfsgüter von den Vietnamesen abgezweigt wurde, außerdem benützen die kommunistischen Vietnamesen und ihre Helfer in Phnom-Penh, wie der Titel ihres Artikels zutreffend formuliert hat „Kambodscha entlohnt Beamte in Naturalien" die Hilfsgüter als Druckmittel, um die Bevölkerung zur Mitarbeit zu zwingen, nach dem Motto „wer mit uns arbeitet, bekommt auch Reis zum Essen".

Dr. Kim Aun Yoeung,
Informationsbüro der Nationalen Befreiungsfront des Khmer-Volkes in der Bundesrepublik Deutschland,
Steinfurt

Wessen Nutzen?

„Tausende auf Trab gebracht: Was wurde aus dem Geld der Glücksspirale '82?"; WELT vom 11. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren,
ich scheine doch ein unvorstellbar naiver Bundesbürger zu sein: Bei der Glücksspirale heißt es doch immer: „Mit fünf Mark sind Sie dabei, fünf Mark für eine gute Tat!", oder so ähnlich. Und nun erfahre ich, daß aus diesem Geld in Hamburg die Gehälter zweier sehr ehrenwerter Herren gezahlt werden, die vom Hamburger Sportbund und vom Verein für Turnen und Freizeit angestellt irgendwelche Sportläufe oder Sportabzeichenaktionen organisieren.

Für dieses unser Geld und mein Geld lassen sich vielleicht doch bessere „gute Taten" finanzieren als die von Ihnen angegebenen! Und der Herr, der das höhere Gehalt bezieht, ist – wie Sie schreiben – Freizeitverantwortlicher beim HSV. Wenn dieser Herr bei denen sammeln würde, die Mitglieder seines Vereines sind und mehr als brutto 200 000 DM Einkommen haben, würde er wohl leicht sein derzeitiges Einkommen zusammenhaben.

Unter diesen Aspekten sollte man mit der Glücksspirale, gedacht als Sporthilfe zur Finanzierung der Olympiade 1972, aufhören oder rigoros zu anderen Konzepten kommen. Hier liegt entweder ein Mißverständnis oder ein Mißbrauch vor.

Mit freundlichen Grüßen
Hans Küser,
Hamburg 67

Abgedroschen

„Viva l'Italia"; WELT vom 7. Februar

Sicher bin ich nicht der einzige der „deutschen Italiener", der sich über Friedrich Meichsners Kommentar „Viva l'Italia" gefreut hat, ist er doch geeignet, das Italienbild deutscher Leser zu differenzieren und damit zu konkretisieren.

Befremdet hat es mich, daß auch hier das abgedroschene Schlagwort „neofaschistisch" wieder verwandt wurde. Muß das sein? Der MSI-DN hat seine nostalgischen Kinderkrankheiten längst vergessen. Als konstitutionale Rechte wirkt er auf allen Ebenen konstruktiv parlamentarisch mit.

Doch von diesem lapsus linguae abgesehen – unbeschadet der eigenen politischen Meinung liest man die sachlichen Berichte und abgewogenen Kommentare Friedrich Meichsners zu italienischen Themen immer wieder gern. Dafür einmal ein herzliches Dankeschön!

Bruno Zoratto,
Stuttgart 1

Kein Niedergang

„Pankraz, Mr. Kraft und die Baley-Maschine"; WELT vom 7. Februar

Sehr geehrte Herren,
hier irrt Pankraz (den ich Montag für Montag aufmerksam lese), wenn er in sein gedankliches Listenexperiment mit deutschen Institutionen und der daraus gezogenen Schlußfolgerung „Keine dieser Institutionen ist mittlerweile mehr unumstritten" auch Daimler-Benz miteinbezieht.

Sicher: die Parallele des Niedergangs zu den Amerikanern ist mitunter verblüffend. Aber wo sieht Pankraz Ansatzpunkte für einen Niedergang des Untertürkheimer Unternehmens? Sind nicht dort auch in Krisenzeiten alle Arbeitsplätze sicher geblieben, wurden nicht aus diesem Hause gerade in jüngster Zeit neue Impulse für eine hochwertige technische Weiterentwicklung gegeben, über die sich *die Fachpresse im In- und Ausland* einig ist? Hat Daimler-Benz je vergessen, daß hohe Investitionen die Grundlage für Fortschritt und Ausweitung des Arbeitsplatzes sind? Waren nicht die jährlichen Bilanzen des Hauses vorbildlich?

Mit freundlichen Grüßen
Armin Bledow,
Meersburg

Wort des Tages

„Gerechtigkeit ist ein leerer Name. Was jemand durch Fleiß und Gefahr erwirbt, ist das Seinige."

Thomas Hobbes, engl. Philosoph (1588–1679)

Personalien

ERNENNUNGEN

Dr. **Hans Joachim Hallier**, bisher deutscher Botschafter in Jakarta, Indonesien, kehrte in das Auswärtige Amt zurück. Hier übernahm er die Leitung der Zentralabteilung I und wurde damit neuer Personalschef des AA. Er trat die Nachfolge von **Horst Röding** an, der zum neuen Botschafter in Warschau ernannt wurde und Ende Februar die Bundesrepublik verlassen wird. Versetzt wird der deutsche Botschafter in Mauretanien, Dr. **Rudolf Rapke**. Er geht als Ständiger Vertreter des Botschafters an die deutsche Botschaft in Teheran. Dr. Rapke war früher Leiter der Ausbildung der Nachwuchsbeamten des Höheren Dienstes in der Bonner Diplomatenschule gewesen. Ständiger Vertreter des deutschen Botschafters in Bagdad wird Dr. **Helmut Arndt**. Er war bisher Generalkonsul in Bordeaux.

GEBURTSTAG

Die Verdienste von Dr. **Wolfgang Schier**, dem Präsidenten des Bayerischen Obersten Landesgerichts, hat Bayerns Ministerpräsident **Franz Josef Strauß** gewürdigt. Schier wird am 22. Februar 65 Jahre alt und wird in Kürze in den Ruhestand gehen. Wolfgang Schier, in Kassel geboren, in Berlin aufgewachsen, war während des Zweiten Weltkrieges Leutnant bei einer Flakartillerie und studierte nach dem Krieg in München Jura. Er trat in den bayerischen Justizdienst ein, wo er schnell Karriere machte. Von 1966 bis 1977 war er Leiter der Abteilung Bürgerliches Recht, ehe er 1977 Präsident des Bayerischen Obersten Landesgerichts wurde. Seit mehreren Jahren war er zudem stellvertretender Präsident des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes.

EHRUNGEN

Der mit 50 000 DM dotierte „Umweltschutzpreis 1982" der Friedrich-Flick-Förderungsstiftung wurde an die Professorin Dr. **Lore Steubing** ausgehändigt. Sie ist Leiterin des Instituts für Pflanzenökologie der Justus-Liebig-Universität Gießen. An Wild- und Kulturpflanzen wies die Wissenschaftlerin nach, wie Schäden durch Stickoxid, Ozon und Schwefeldioxid Veränderungen im Gewebe und in den Zellen der Pflanzen hervorrufen.

*

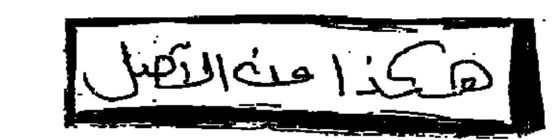
Margarete Brede, seit 1971 Vorsitzende des Sozialdienstes katholischer Frauen, erhielt von Dr. **Uwe Barschel**, dem schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten, die neu geschaffene Schleswig-Holstein-Medaille. Frau Brede ist seit 20 Jahren auch Landesvorsitzende des Sozialdienstes katholischer Frauen und aktiv in verschiedenen Gremien der Deutschen Caritas tätig.

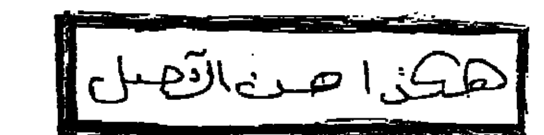
GESTORBEN

Prälat Albert Erdle, Apostolischer Protonotar, ist im 83. Lebensjahr gestorben. Von 1941 an war Albert Erdle Generalsekretär und von 1962 an geschäftsführender Vizepräsident und Leiter der Paderborner Zentrale des Bonifatius-Werkes der deutschen Katholiken. Seine besondere Aufmerksamkeit galt den Diasporagemeinden zwischen Elbe und Oder. Papst Paul VI. würdigte sein Bemühen um die Diasporaseelsorge 1971 mit der Ernennung zum Apostolischen Protonotar.

*

Elfriede Krauss, Mitbegründerin und lange Jahre Vorsitzende des 1950 entstandenen „Verbandes deutscher Anstaltshebammen", starb im Alter von 76 Jahren. Frau Krauss war jahrelang Hebammen-Oberin an der Universitätsfrauenklinik in Marburg. Während ihres mehr als 40jährigen Berufslebens verhalf sie an die 50 000 Kindern zum Licht der Welt.





RADSPORT

Thaler zum Abschluß auf Platz drei

sid, Birmingham

Zum dritten Mal nach 1980 und 1982 gewann der 25 Jahre alte Belgier Roland Liboton die Querfeldein-Weltmeisterschaft der Berufsfahrer. Im Sutton-Park von Birmingham gewann Liboton nach 22 Kilometern mit neun Sekunden Vorsprung vor dem Schweizer Albert Zweifel und Klaus-Peter Thaler (Gevelsberg), der damit seine siebte WM-Medaille innerhalb von zehn Jahren erringen konnte. Thaler beendete damit seine Karriere als aktiver Radrennfahrer. Er wird am Samstag in seiner Heimatstadt Gevelsberg noch ein Abschiedsrennen gegen die gesamte Weltspitze bestreiten, um dann als Bundestrainer in die Dienste des deutschen Verbandes zu treten.

Vor vierzehn Tagen, bei den deutschen Meisterschaften in Frankreich, war Thaler gestürzt. Er hatte sich nach einem Bruch der Vorderradfelge Hautabschürfungen und Prellungen zugezogen. „Danach fehlte mir bei den WM-Vorbereitungsrennen etwas der Mut", sagte er. Sein Ziel in Birmingham war ein Platz unter den ersten fünf – das gelang zum Abschluß.

Der 32 Jahre alte Milos Fisera aus Prag lächelte, als in Birmingham die Siegerehrung für den neuen Amateur-Weltmeister im Querfeldein-Fahren stattfand. Dort, wo er in den vergangenen beiden Jahren das Regenbogentrikot übergestreift bekam, stand jetzt sein Neffe Radomir Simunek. Der 20jährige Soldat in einer Sportkompanie, 1980 in Wetzikon (Schweiz) Junioren-Weltmeister und letztes Jahr in Lanarvily (Frankreich) Zweiter hinter Onkel Milos, war seiner Favoritenrolle gerecht geworden. Und damit war auch Teil eins des tschechoslowakischen Familienrennens erfolgreich ausgegangen.

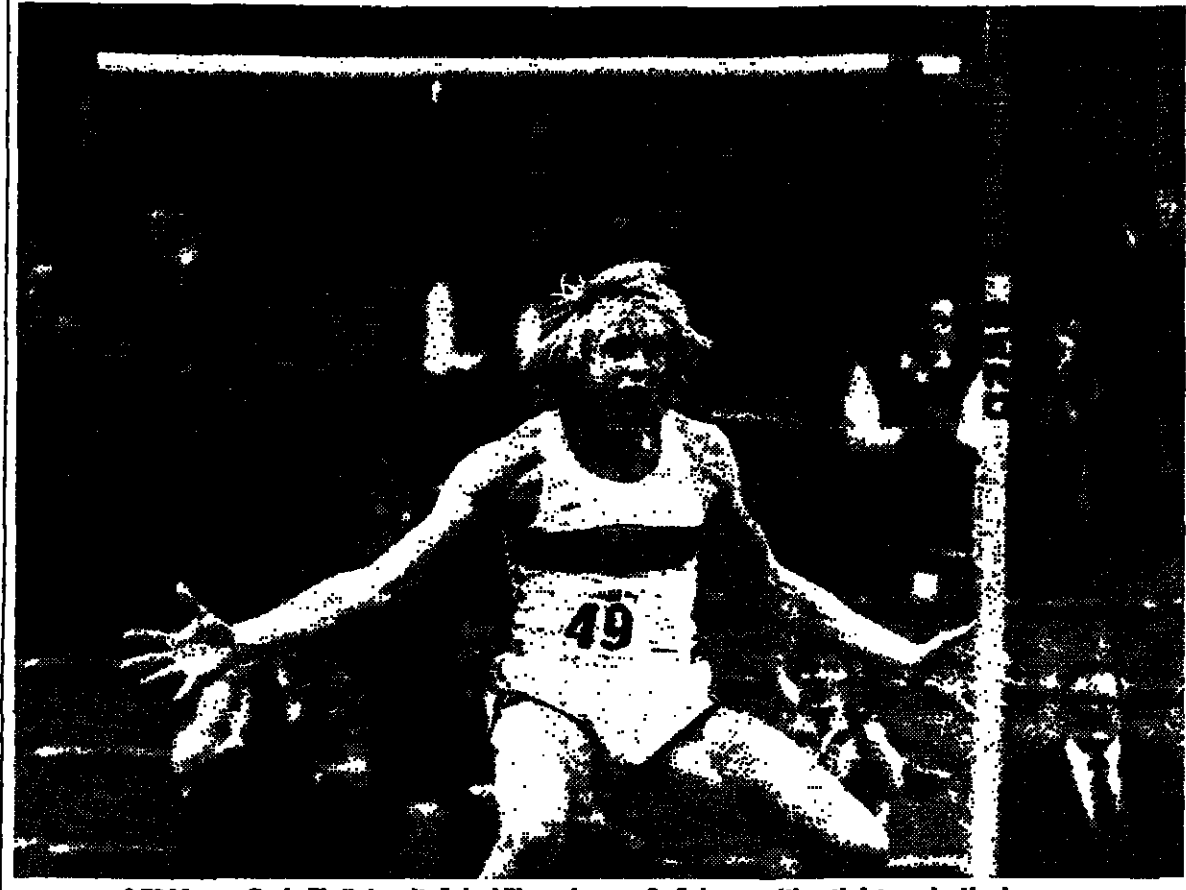
Im zweiten Teil spielten die Brüder Petr und Frantisek Kloucek die Hauptrollen. Der 26jährige Frantisek mußte den Hasen spielen. Nach einem Blitzstart führte der zu Hause auch als erfolgreicher Bahnfahrer bekannte Frantisek das Feld bis eingangs der letzten Drei-Kilometer-Runde mit zeitweise einer halben Minute Vorsprung an, ehe Bruder Petr, Milos Fisera, Radomir Simunek und der Jüngste im Bunde, CSSR-Meister Milan Kvasnikka, aufschlossen. Im Finale fehlte Frantisek die Kraft, und Bruder Petr rettete mit dem dritten Platz wenigstens noch Edelmetall für die Familie Kloucek. Nebenbei gewannen die tschechoslowakischen Fahrer überlegen die Nationenwertung.

Auch bei den Junioren gab es einen Sieg für das tschechoslowakische Team. Hinter dem neuen Weltmeister Roman Kreuziger belegte der Holländer Martin Hendriks den zweiten Platz vor einem weiteren Tschecholowaken, Petr Hric, und dem eigentlichen Favoriten Radovan Fort (CSSR). Bester deutscher Fahrer war der Kölner Jürgen Nösges, der nach einem Sturz den elften Platz belegte.

Bei den Amateuren wurde der deutsche Meister Frank Ommer (Unna) nur Dreizehnter. War es fehlende Erfahrung oder mangelnde Kondition und Konzentration, die zum schwachen Abschneiden der deutschen Fahrer führte? Fest steht, daß Rainer Paus (Bocholt) in der ersten Runde, Frank Ommer im Verlauf des Rennens dreimal und Heinz Weis (Mannheim) zweimal zu Boden mußten. Paus gab mit einer schmerzhaften Prellung das Rennen auf, Ommer und Weis fielen von Positionen unter den ersten zehn stets wieder zurück.

Daß man auch als Neuling im Vorderfeld mitmischen kann, bewiesen die Belgier. Werner van der Fraenen wurde, im Spurt von Simunek geschlagen, Zweiter, Ludo de Rey Fünfter.

LEICHTATHLETIK / Thränhardts Steigerung – ein wichtiger Zentimeter



2,32 Meter: Carlo Thränhardts Jubel über eine große Jahresweltbestleistung im Hochsprung
FOTO: BONGARTS

Weltrekordhöhe „mit dem letzten Wollfaden meiner Socke" gerissen

KLAUS BLUME, Bonn

Selbstverständlich drehte er eine Ehrenrunde – keine Frage. Warum sollte jemand Zurückhaltung üben, dem das Herz voll ist? 2,32 Meter hatte der Kölner Hochspringer Carlo Thränhardt in Dortmund übersprungen, beim Hallen-Länderkampf gegen England. 2,32 Meter – das war Hallen-Weltbestleistung für die Wintersaison 1982/83, zugleich Weltjahresbestleistung 1983 und auch persönlicher Rekord. Ein Zentimeter Zugewinn in knapp zwei Jahren und dann soviel Freude?

Thränhardt, 25 Jahre alt, kennt die Branche der Hochspringer wie kaum ein anderer seiner Zunft. Er weiß, in einem Zentimeter mehr oder weniger liegt ein gewaltiger Wertunterschied. 2,31 Meter hatten in diesem Jahr zuvor erst der Amerikaner Jerome Carter und dann der Frankfurter Gerd Nagel als deutscher Hallenmeister vor acht Tagen in Sindelfingen übersprungen. Thränhardt, in Hochform wie selten, war damals Zweiter geworden, was ihn zu der Bemerkung veranlaßt hatte: „Ich bin eben zu dusselig, Meister zu werden." Thränhardts lockerer Spruch zeigt auf, um was es geht: Wenn die Konkurrenz ein oder sogar zwei Zentimeter höher springt, steht er im Abseits. Bei der Qualität der hiesigen Hochspringer – Mögenburg, Nagel, Schneider, vielleicht künftig auch Surbeck – kann so etwas im Handumdrehen geschehen.

Deshalb hat Thränhardt in Dortmund die Latte auf die Weltrekordhöhe von 2,36 Meter legen lassen. Eine solche Marke verspricht längeren Bestand. Doch im ersten Versuch riß er „mit dem letzten Wollfaden meiner Socke" die Latte doch noch herunter. Aber Thränhardt hat gesagt: „Ich will es 1983 wissen." Eine Prognose mit tieferen Gründen.

Carlo Thränhardt, einst Lieblingsschüler von Bundestrainer Dragan Tancic, trennte sich im letzten Sommer ebenso wie sein Freund, Europameister Dietmar Mögenburg, von Tancic. 2,30 Meter hatte Thränhardt damals zu Buche stehen, gesprungen zu Pfingsten in Eberstadt. Doch zu den Europameisterschaften nach Athen durfte nicht er, sondern der Wattenscheider André Schneider (Jahresbestleistung 1982: 2,25 m) fahren. Thränhardt wertete das auch als Retourkutsche auf seinen Streit mit Tancic.

Als es Mitte August zu jenem Bruch gekommen war, trainierten Thränhardt und Mögenburg allein. Thränhardt sagte sich, irgendwann sei auch der beste Trainer mit seinem Wissen am Ende. Allenfalls kann er sich variantenreich wiederholen ...

So entwarf Thränhardt denn für diesen Winter sein eigenes Trainings- und Wettkampfprogramm. Als sein amerikanischer Freund, der frühere Weltrekordler Dwight Stones, dieser Tage anrief, um ihn zu Hallen-Wettkämpfen nach Amerika einzuladen, lehnte der sonst so reisefreudige Thränhardt ab. Das passe nicht in sein Aufbauprogramm für die Weltmeisterschaften im August in Helsinki.

Zweimal trainiert Thränhardt jeden Tag dafür, in Köln oder daheim in Rollesbroich. Vier Kilometer lange Waldläufe an jedem Vormittag gehören dazu, aber auch die Umstellung des Anlaufes bei dem der Kraftaufwand mehr als früher dosiert wird. Die Tips dafür gab Dwight Stones.

Und Tancic? Mit ihm müsse er schließlich leben, denn Tancic sei der Bundestrainer. Deshalb gibt es auch wieder Gespräche – von Fachmann zu Fachmann. So auch am Sonntagmorgen in Düsseldorf, als Thränhardt nach seinem großen Sprung von Dortmund schon wieder trainierte.

Fernwettkampf Göhr gegen Ashford

sid, Bukarest

Die rumänische Vize-Europameisterin Anisoara Cusmir kommt auch in der Halle der Sieben-Meter-Grenze im Weitsprung immer näher. In Bukarest erreichte die 21jährige 6,94 Meter und verbesserte damit ihre eigene, nur zwei Wochen alte Weltbestleistung um zwei Zentimeter. Anisoara Cusmir hatte am 1. August 1982 in Bukarest mit 7,15 Meter auch einen neuen Freiluft-Weltrekord aufgestellt, der jedoch im gleichen Wettkampf von ihrer Teamkameradin Valy Ionescu um fünf Zentimeter überboten wurde.

Ebenfalls der Frauen-Weitsprung geriet zu einem Höhepunkt der „DDR"-Meisterschaften in Senftenberg. Heike Daute siegte mit 6,86 m. Kurz zuvor hatte 100-m-Weltrekordlerin Marlies Göhr (Jena) im 60-m-Sprint die Hallen-Weltbestleistung in 7,09 Sekunden nur knapp verfehlt. Die Rostockerin Marita Koch hatte im Januar 7,08 Sekunden erzielt.

Die große Gegenspielerin von Marlies Göhr, die Amerikanerin Evelyn Ashford, sprintete in San Diego die 50 Yards (rund 47,50 m) erneut in Weltbestzeit, diesmal in 5,74 Sekunden. Die amerikanische Weltcup-Siegerin hatte erst vor vier Wochen die Bestleistung in Los Angeles auf 5,77 Sekunden verbessert. Über ihr Resultat zeigte sich Evelyn Ashford überrascht: „Ich war mit meinem Start gar nicht zufrieden, außerdem spürte ich vor dem Rennen leichte Schmerzen im Bein."

Weitspringer Carl Lewis (USA) sorgte mit 8,47 m im Weitsprung wieder für eine herausragende Leistung. Er blieb nur um neun Zentimeter unter seiner Bestleistung. Trotz 8,17 m mußte sich der Weltcup-Sieger von 1979, Lewis' Landsmann Larry Myricks, klar geschlagen geben.

In Portland verlor Europameister Thomas Wessinghage (Köln) erneut knapp. Über eine englische Meile (1609 m) unterlag er in 4:01,9 Minuten dem Amerikaner Doug Padilla (4:01,8).

In Dortmund gewann die stark ersatzgeschwächte deutsche Nationalmannschaft einen Hallen-Länderkampf gegen Englang sowohl bei den Männern (86:52 Punkten) als auch bei den Frauen (76,5:40,5 Punkten). Zwei neue deutsche Hallenbestleistungen gab es dabei: Der Fürther Christian Haas lief über 50 m 5,75 Sekunden (zuvor Hirscht und Haas: 5,79) und im Stabhochsprung überquerte Gerhard Schmidt (Zweibrücken) 5,55 m. Die Bestleistung zuvor hielt Winkler (Bonn) mit 5,51 m.

SPORT-NACHRICHTEN

Bester Sechstagefahrer

Mailand (sid) – Der Holländer Rene Pijnen erhöhte die Zahl seiner Siege bei Sechstage-Rennen in dieser Saison mit dem Erfolg in Mailand auf sechs und ist damit erfolgreichster Fahrer der europäischen Sechstage-Saison 1982/83.

Ungar zu SuS Oberaden

Düsseldorf (sid) – Der ungarische Handball-Nationaltorwart Bela Bartalos spielt in der nächsten Saison für den westdeutschen Verbandsligaklub SuS Oberaden. Dies versicherte Bartalos nach dem 28:23-Erfolg der ungarischen Nationalmannschaft in einem Freundschaftsspiel beim Zweitligaverein TuRa Bergkamen.

Laudas Start gefährdet

Wien (dpa) – Nach einem Sturz des früheren Formel-1-Weltmeisters Niki Lauda (Österreich) beim Ski-Langlauf in Faistenau bei Kufstein ist der Start des McLaren-Fahrers beim diesjährigen Saisonauftakt der Formel 1 in Rio de Janeiro gefährdet. Lauda verrenkte sich bei dem Sturz drei Halswirbel.

Schach: Remis für Karpow

Madrid (dpa) – In der sechsten Spielrunde (Spanien) kam Weltmeister Anatoli Karpow (UdSSR) gegen den in der Gesamtwertung führenden Tony Miles (Großbritannien) nur zu einem Remis.

Nur ein Tor Vorsprung

Leverkusen (dpa) – Der Deutsche Meister im Handball der Frauen, Bayer 04 Leverkusen, geht nach dem 17:16-Erfolg über Südstadt Wien im Europokal der Landesmeister mit nur einem Tor Vorsprung in das Rückspiel am nächsten Samstag.

Strafe bestätigt

Zürich (dpa) – Die Geldstrafe von 60 000 Schweizer Franken für den CF Barcelona bleibt bestehen. Die Berufungsinstanz der Europäischen Fußball-Union (UEFA) bestätigt die Strafe, die wegen der schweren Ausschreitungen beim Supercup-Spiel gegen Aston Villa verhängt worden war.

Welt- und Europarekord

Moskau (dpa) – Einen Welt- und Europarekord gab es bei den sowjetischen Meisterschaften der Schwimmer in Moskau. Über 400 Meter Freistil verbesserte Vladimir Salnikow (UdSSR) seinen eigenen Weltrekord um 1,25 Sekunden auf 3:48,32 Minuten. Wladimir Schemetow (UdSSR) unterbot über 200 Meter Rücken die europäische Bestzeit von Sandor Wladar (Ungarn) um 15 Hundertstelsekunden und schraubte den Europarekord damit auf 2:00,65 Minuten.

Connors gegen Mayer

Memphis (dpa) – Jimmy Connors und Gene Mayer (beide USA) bestreiten das Finale des internationalen Tennis-Turniers von Memphis (Tennessee).

Viertelfinale Endstation

Prievidze (sid) – Als letzte Teilnehmer des deutschen Aufgebots schieden Peter Stellwag (Reutlingen) und Georg Böhm (Saarbrükken) im Herren-Doppel bei den Internationalen Tischtennismeisterschaften der CSSR in Prievidze aus. Im Viertelfinale unterlagen sie den Schweden Jan-Ove Waldner und Erik Lindh mit 21:14, 18:21, 19:21.

Geld von Argentinien?

Buenos Aires (sid) – Nach Angaben des früheren argentinischen Fußball-Nationalspielers Enrique Wolff haben er und andere Mitglieder der Nationalmannschaft bei der WM-Endrunde 1974 in Deutschland Geld an Polen für einen Sieg über Italien gezahlt. In Buenos Aires erklärte Wolff, daß die Spieler 25 000 Dollar Belohnung aus der eigenen Tasche aufgebracht hätten, da die Polen mit ihrem 2:1-Sieg über Italien den Argentiniern den Sprung in die zweite Finalrunde gesichert hatten.

Golf: Langer Zweiter

Melbourne (sid) – Bernhard Langer (Augsburg) belegte mit 289 Schlägen beim Masters-Wettbewerb der Golfer in Melbourne den zweiten Platz. Mit vier Schlägen Vorsprung vor Langer wurde der Australier Greg Norman Turniersieger.

Nicht ins Halbfinale

Bonn (sid) – Die deutschen Tennisspieler Damir Keretic (Stuttgart), Bettina Bunge (Cuxhaven) und Eva Pfaff (Frankfurt) schieden bei internationalen Turnieren im Viertelfinale aus. In Vina del Mar (Chile) unterlag Keretic gegen Victor Pecci (Paraguay) mit 0:6, 6:0, 2:6. In Chikago schied Bunge mit 7:6, 1:6, 1:6 gegen Pam Shriver (USA) aus, und Pfaff verlor gegen Andrea Jäger (USA) mit 4:6, 4:6.

Lohhof ist wieder Meister, jetzt rütteln Kritiker am Modell

KAI STIEHL, Bonn

Die Idee wurde zum Modell, jetzt wächst die Kritik, in deren Mittelpunkt der Präsident eines deutschen Sportverbandes steht, der wie kein anderer zuvor seinen persönlichen Ehrgeiz so eng mit einem Verein verknüpft hat. Vor vier Jahren übernahm Roland Mader die Führung des Deutschen Volleyball-Verbandes (DVV). Seither gilt er als Wegbereiter und kompromißloser Verfechter des in der Bundesrepublik einmaligen „Modells Lohhof". Diese Damen-Mannschaft aus dem nördlich gelegenen Vorort Münchens, die so viel und so hart trainiert, wie keine andere, beherrscht seit zwei Jahren in Meisterschaft und Pokal alle Teams nach Belieben.

Doch obwohl das deutsche Damen-Volleyball erst über Lohhof den Anschluß an die internationale Spitze fand, reden die Konkurrenten – oder besser diejenigen, die es einmal werden wollen – bei der Verbindung Lohhof/Mader/DVV von einer „unheiligen Allianz".

Schwere Vorwürfe erhebt Peter Götz, der Trainer vom Zweitligaklub Viktoria Augsburg, gegen Mader und sein Modell. Augsburg steht bisher ungeschlagen unmittelbar vor dem Aufstieg in die Bundesliga und könnte einmal ein ernstzunehmender Gegner für den Meister aus Lohhof werden. Doch dazu müßte sich erst einiges ändern. Götz sagt: „Man sollte Lohhof aus dem Spielbetrieb herausnehmen und von vornherein zum Meister und Pokalsieger erklären. So würde man eine Menge Fahrtkosten sparen." Das Modell Lohhof nennt Götz „Modell Mader", denn, „was Mader sagt, das wird dort gemacht". Was seinen Unmut erregt, ist die „Wettbewerbsverzerrung", die durch Maders einseitiges Engagement entsteht.

So baute das Land Bayern in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Sportbund und dem DVV auf Drängen des Präsidenten in Lohhof eine Dreifach-Sporthalle, die der Verband zum Bundesleistungszentrum erklärte. Damit schaffte Mader optimale Trainingsbedingungen, denn ein Drittel dieser Halle steht dem SV Lohhof ständig zur Verfügung.

Fünf Spielerinnen des Meisters bilden zur Zeit den Stamm der Nationalmannschaft. Ihr Vereinstrainer betreut sie in Personalunion auch bei Länderspielen: der Pole Andrzej Niemczyk. Er und Mader sind ständig bemüht, Nationalspielerinnen, die noch nicht für Lohhof spielen, in den Münchner Vorort zu locken. Jüngstes Beispiel ist die Stuttgarterin Beate Bühler, die mit Lohhof in Verbindung gebracht wird. Als Anreiz bietet Mader seine Hilfe zum Beispiel bei der Arbeitsplatzbeschaffung an. Die Spielerinnen Regina Vossen und Marion Zeitler sind Angestellte bei seiner „Fernseh-System-Gesellschaft". Auch im eigenen Verein bekamen einige Mitglieder bereits Maders Ehrgeiz zu spüren. Götz weiß zu berichten, daß Manfred Utz vor zwei Jahren als Leiter der Volleyball-Abteilung abgewählt wurde, weil er sich gegen das Modell Lohhof in der von Mader vorgeschlagenen Form ausgesprochen hatte.

Im Oktober vergangenen Jahres trat der Schatzmeister des DVV, Klaus Widegreen, zurück. Er begründete seinen Schritt mit „persönlichen Differenzen zum Präsidenten". Widegreen war nicht mehr bereit, Maders Verbandspolitik weiter mitzutragen. Heute sagt Widegreen: „Lohhof, das ist gleich Mader und Mader, das ist gleich DVV." In Zahlen ausgedrückt sieht das so aus: Fast 50 Prozent der vom Innenministerium für ein Stützpunktkonzept bereitgestellten 100 000 Mark erhält der SV Lohhof. „Wenn diese Entwicklung so weitergeht, haben die anderen Vereine doch bald keine Lust mehr", sagt Widegreen, der Mader eine klare Benachteiligung des gesamten Männerbereichs vorwirft. Außerdem kritisiert er Maders „autoritären Führungsstil" im Verband.

Gerade in diesem Bereich scheinen der Präsident und sein Trainer, Andrzej Niemczyk, ein Herz und eine Seele zu sein. Als die Nationalspielerin Silvia Laug, damals noch unter ihrem Mädchennamen Meiertöns, den SV Lohhof verließ und in die zweite Liga zu Viktoria Augsburg wechselte, reagierte Niemczyk auf seine Art. Er bescheinigte der Rekordnationalspielerin (236 Länderspiele) „mangelnden Trainingseinsatz" und verbannte sie aus der Nationalmannschaft.

Silvia Laug, die im nächsten Monat eine Praktikantenstelle als Masseurin in Augsburg antritt, begründet ihren Weggang mit „unüberbrückbaren Differenzen zu Niemczyk". Sie sagt: „Sein Trainingskonzept verlangt die totale Unterordnung. Er will den Erfolg in einen hineinprügeln. Wenn man aber, so wie ich, zehn Jahre Spitzen-Volleyball betrieben hat, dann ist man nicht mehr bereit, übelste Beschimpfungen über sich ergehen zu lassen."

Mit ihrem Wechsel wollte Silvia Laug ein Signal setzen, „denn die Verantwortlichen dürfen solche Mißstände nicht tolerieren". Über Roland Mader hat sie versucht, mit Niemczyk wieder ins Gespräch zu kommen. Noch hofft sie auf eine Rückkehr in die Nationalmannschaft. Doch ihr neuer Trainer, Peter Götz, beschreibt Niemczyks Reaktion auf ihren Vorstoß so: „Eisiges Schweigen."

ERGEBNISSE

Schalke – Köln	1:4 (0:2)
Düsseldorf – M'gladbach	2:1 (1:0)
Karlsruhe – Hamburg	1:2 (0:1)
Leverkusen – München	1:1 (1:1)
Bielefeld – Bochum	1:1 (0:1)
Braunschweig – Frankf.	1:0 (1:0)
Dortmund – K'lautern	4:0 (2:0)
Nürnberg – Berlin	4:2 (1:1)
Bremen – Stuttgart	ausgef.

DIE SPIELE

Bielefeld – Bochum 1:1 (0:1)
Bielefeld: Diergardt – Pohl – Büscher, Hupe, Schnier – Schröder (65. Pagelsdorf), Riedl, Geils – Rautiainen, Grillemeier, Lienen. – **Bochum:** Zumdick – Bast – Storck (88. Zugcic), Woelk, Jakobs – Oswald, Knüwe, Patzke, Lameck – Pater (75. Krella), Schreier. – **Schiedsrichter:** Wippker (Stolberg). – **Tore:** 0:1 Schreier (54.), 1:1 Riedl (85.). – **Zuschauer:** 12 000. – **Gelbe Karten:** Riedl, Storck (4).

Braunschw. – Frankfurt 1:0 (1:0)
Braunschweig: Franke – Studzizba – Kindermann, Hollmann – Lux (70. Zavisic), Tripbacher, Borg, Geiger, Merkhoffer – Keute, Worm. – **Frankfurt:** Pahl – Pezzey – Sziedat, Körbel – Schreml, Kroth, Sievers (46. Müller), Trieb, Falkenmayer – Gulich, Tscha. – **Schiedsrichter:** Niebergall (Rammelsbach). – **Tor:** 1:0 Worm (45.) – **Zuschauer:** 10 500.

Dortmund – K'lautern 4:0 (2:0)
Dortmund: Immel – Rüßmann – Huber, Koch, Bönighausen – Keser, Abramczik, Burgsmüller, Zorc – Klotz, Eggeling. – **Kaiserslautern:** Reichel – Melzer – Wolf, Dusek (74. Brummer), Briegel – Brehme, Eilenfeldt, Geye, Bongartz – Nilsson, Allofs. – **Schiedsrichter:** Walz (Waiblingen). – **Tore:** 1:0 Geye (11., Eigentor), 2:0 Abramczik (43.), 3:0 Koch (69.), 4:0 Klotz (85.) – **Zuschauer:** 20 000 – **Gelbe Karten:** Brehme (3), Dusek (3).

Düsseldorf – M'gladbach 2:1 (1:0)
Düsseldorf: Kleff – Zewe – Kuczinski, Theis – Bockenfeld, Bommer, Fach (83. Gores), Dusend, Weikl – Edvaldsson, Wenzel. – **M'gladbach:** Sude – Schmider – Schäffer, Herlovsen – Ringels, Matthäus, Bruns, Rahn, Borowka – Mill, Reich. – **Schiedsrichter:** Wahmann (Recklinghausen) – **Tore:** 1:0 Edvaldsson (4.), 2:0 Bockenfeld (77.), 2:1 Ringels (85.). – **Zuschauer:** 16 500. – **Gelbe Karten:** Wenzel (3), Zewe, Herlovsen.

Karlsruhe – Hamburg 1:2 (0:1)
Karlsruhe: Fuhr – Theiss – Lazic, Boysen – Kleppinger, Zahn, Groß (78. Bühler), Bold – Dittus, Günther, Wiesner (68. Hagmayr). – **Hamburg:** Stein – Hieronymus – Kaltz, Groh, Wehmeyer – Hartwig, Rolff, von Heesen (36. Milewski), Magath – Hrubesch, Bastrup. – **Schiedsrichter:** Assenmacher (Fischenich). – **Tore:** 1:0 Bastrup (44.), 1:1 Zahn (71.), 1:2 Bastrup (74.) – **Zuschauer:** 30 000.

Leverkusen – München 1:1 (1:1)
Leverkusen: Greiner – Gelsdorf – Posner, Demuth, Winklhofer – Hörster, Bittorf, Röber, Vöge – Økland, Waas. – **München:** Pfaff – Augenthaler – Dremmler, Grobe, Horsmann – Kraus, Nachtweih, Breitner – Del'Haye, Hoeneß, Rummenigge. – **Schiedsrichter:** Engel (Reimsbach). – **Tore:** 1:0 Röber (18.), 1:1 Augenthaler (34.). – **Zuschauer:** 16 000.

Nürnberg – Berlin 4:2 (1:1)
Nürnberg: Kargus – Weyerich – Täuber, Reinhardt, Stocker – Eder, Botteron, Heidenreich – Brunner, Trunk, Dressel. – **Berlin:** Quasten – Gruler – Schneider, Rasmussen, Stöhr – Blau (69. Schmitz), Bonhof, Mohr. Ehrmanntraut (69. Mack) – Killmaier, Remark. – **Schiedsrichter:** Eschweiler (Euskirchen). – **Tore:** 1:0 Weyerich (27. Foulelfmeter), 1:1 Blau (34.), 2:1 Heidenreich (61.), 3:1 Trunk (65.), 3:2 Bonhof (76., *Foulelfmeter*), *4:2 Dressel (80.).* – **Zuschauer:** 12 000. – **Gelbe Karten:** Bonhof (2), Schneider (2).

Schalke – Köln 1:4 (0:2)
Schalke: Junghans – Dietz – Kruse, Drexler, Schipper – Bittcher, Opitz (76. Bücker), Lorant – Wuttke, Abel, Janzon (25. Tüfekci). – **Köln:** Schumacher – Steiner – Hönerbach, Prestin, Zimmermann – Hartmann, Willmer, Sljivo, Allofs – Littbarski, Fischer. – **Schiedsrichter:** Schmidhuber (Ottobrunn). – **Tore:** 0:1 Fischer (5.), 0:2 Steiner (16.), 1:2 Dietz (59.), 1:3 Littbarski (70.), 1:4 Zimmermann (77.). – **Zuschauer:** 25 000. – **Gelbe Karte:** Allofs (2).

VORSCHAU

Hamburg – Leverkusen	1:0)
M'gladbach – Karlsruhe	(0:2)
Stuttgart – Düsseldorf	(1:1)
Berlin – Bremen	(1:3)
Köln – Nürnberg	(1:2)
K'lautern – Schalke	(0:0)
Bochum – Frankfurt	(1:0)
München – Bielefeld	(4:2)
Dortmund – Braunschweig	(0:0)

In Klammern die Ergebnisse der Hinrunde.

FUSSBALL / Zum Beispiel Winkelhofer und Rüdiger Abramczik: Der Kampf um Verträge für die nächste Saison

Derwall bedauert, daß „Felix Magath laut nachgedacht hat"

Von ULRICH DOST

Udo Schulten (56), Vize-Präsident von Bayer Leverkusen, hatte schon vorher Schlimmes geahnt: „Ich bin wirklich gespannt, wie hoch er heute seine Ablösesumme spielen wird." Hinterher war Schulten schlauer, denn er hatte die Gewißheit: Ein paar Mark mehr werden es ganz bestimmt geworden sein. Immer wenn **Herbert Winkelhofer** (21) wie so oft in den letzten Wochen seine Klasse unter Beweis gestellt hat, betrachten das die Verantwortlichen in Leverkusen mit einem lachenden und einem weinenden Auge. Je besser der 1,74 Meter große Verteidiger spielt, um so teurer wird er.

Denn Winkelhofer wurde vor der Saison für eine Leihgebühr von 50 000 Mark vom FC Bayern ausgeliehen. Dort war er nur ein Kofferträger und sah keine Möglichkeit, sportlich weiterzukommen. Winkelhofer: „Trainer Pal Csernai hat mich doch nur links liegengelassen." In Leverkusen wurde er Stammspieler und machte am Samstag beim 1:1 gegen seinen alten Klub Bayern München dem Weltstar **Karl-Heinz Rummenigge** (27) das Leben schwer. Er setzte ihm sogar derart zu, daß Rummenigge zugab: „Es ist gut, daß die Führungsspitze des Vereins darüber nachdenkt, wie wir den Helmut bei uns wieder einbauen können."

Das wäre durchaus möglich, denn Ende der Saison läuft Winkelhofers Vertrag bei den Bayern aus, und Manager **Uli Hoeneß** (31) wird ihm ein neues Angebot unterbreiten müssen. Nur, je besser er spielt, um so lukrativer muß auch das Angebot sein. Das wiederum bedeutet für Leverkusen: Wenn man den Spieler behalten will, kann Bayern München die Ablösesumme kräftig nach oben drücken.

Bayerns Trainer **Pal Csernai** (51) jedenfalls ist immer noch nicht von der Klasse des Verteidigers überzeugt. Er sagt: „Von der Sorte haben wir noch einige." Das wiederum werden die Leverkusener gerne hören, denn für einen Spieler im Sonderangebot darf man auch nicht viel verlangen. Deshalb stellte auch Leverkusens Trainer **Dettmar Cramer** (57) fest: „Da sieht man es, der Csernai ist eben nicht so geschäftstüchtig wie der Uli Hoeneß, der hätte das nie gesagt."

Heute müssen die Bayern sogar damit rechnen, daß Winkelhofer gar nicht mehr nach München kommen will. Er sagt: „Hier habe ich einen Stammplatz, hier gefällt es mir, und Dettmar Cramer ist ein guter Trainer. Besonders meine Kopfballschwäche haben wir ausgemerzt. Ich glaube, ich habe schon Schwielen auf der Stirn." Im Leverkusener Präsidium jedenfalls ist man sich einig, daß Winkelhofer gehalten werden soll – auch wenn er immer besser spielt und teurer wird.

*

Rüdiger Abramczik (27), früherer Nationalspieler, spielt bei Borussia Dortmund derzeit auch um einen neuen Vertrag. Beim 4:0-Erfolg über den 1. FC Kaiserslautern war Abramczik jedenfalls kaum wiederzuerkennen. Er kämpfte und rannte wie in alten Zeiten, so daß Trainer **Karl-Heinz Feldkamp** (48) überrascht feststellte: „Ich wußte gar nicht, daß der Rüdiger auch einen Rückwärtsgang besitzt." Auch als Torschütze war der „Flankengott aus dem Kohlenpott", wie Abramczik früher genannt wurde, erfolgreich. Beim 1:0 spitzelte ihm **Rainer Geye** (33) den Ball vom Fuß ins eigene Netz, und das 2:0 besorgte Abramczik alleine.

Dennoch: Seine Chancen auf eine Weiterverpflichtung sind nicht gestiegen. Unabhängig von der Leistung gegen Kaiserslautern hat Dortmunds Präsident **Jürgen Vogt** (36) über Abramczik im internen Kreis gesagt: Wenn der Spieler eine Gehaltskürzung von 40–50 Prozent hinnähme, könne man über eine Vertragsverlängerung reden. So viel Einbuße in der Lohntüte will Abramczik nicht hinnehmen. Sein Jahresverdienst wird auf rund 300 000 Mark geschätzt.

Abramczik hat ohnehin schon auf stur geschaltet. Notfalls werde er ins Ausland gehen, hat er die Dortmunder schon wissen lassen. Jetzt hat er sich auch noch mit den Dortmunder Journalisten angelegt, die seine Leistungen kritisiert haben. „Nichts mehr mit Abi, für Sie ab heute wieder Herr Abramczik", hat er einigen Journalisten mitgeteilt.

Vernünftiger dagegen ist **Heinz-Werner Eggeling** (27), der ebenfalls um einen neuen Vertrag bangt. Er sagt: „Wenn ich mir die leeren Zuschauerränge ansehe, kann ich verstehen, daß der Verein sparen muß." Er jedenfalls wäre mit einer Gehaltskürzung einverstanden.

*

Wovon haben sie in Bielefeld nach Abschluß der Hinserie nicht alles geträumt. Sogar einen UEFA-Pokal-Platz hatten viele im Verein auf der Rechnung. Der jahrelange Kampf gegen den Abstieg sollte ein für allemal vorbei sein. *Mit Horst Köppel (34), so schien es* jedenfalls, war auch ein Trainer gefunden, dem eine erfolgreiche Arbeit zuzutrauen war. Doch es ist anders gekommen. Der Höhenflug ist erst einmal gestoppt, wenn es auch nicht direkt nach unten geht, so sind die Verhältnisse in Bielefeld doch wieder geradegerückt. Horst Köppel sagt: „Der Erwartungshorizont war immer zu hoch. Ich habe immer versucht zu bremsen. Sehr gut ist es, wenn wir Neunter werden, normal wäre der 12. Platz. Nur das können unsere Perspektiven sein."

Am Samstag gegen den VfL Bochum hat es nur zu einem 1:1 gereicht, obwohl, so Köppel, die Bochumer aus nur einer Chance ihr Tor erzielten. Auffällig in Bielefeld ist, daß der Schwung verlorengegangen ist, seit Horst Köppel angedeutet hat, er werde möglicherweise schon nach dieser Saison den Klub wieder verlassen. Das hat er sich in seinen Vertrag einbauen lassen, falls er dem Streß der Bundesliga nicht gewachsen sein sollte. Und nun grübelt der Trainer, ob er ein Angebot des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) annehmen sollte, Assistenztrainer von **Jupp Derwall** (53) zu werden und die „U16" zu betreuen. Bis Ende Februar wollte er sich entschieden haben, jetzt sagt Köppel aber: „Ich kann mir noch bis Ende März Zeit lassen. Dann kann ich noch die Kündigungsfrist einhalten." In dieser Woche aber wird es schon ernst für Köppel. Mit DFB-Präsident **Hermann Neuberger** (63) hat er einen Gesprächstermin vereinbart, um über die genaue Aufgabenstellung seiner neuen Tätigkeit zu reden. *Noch* sagt er: „Die Chancen stehen 70:30, daß ich in Bielefeld bleibe."

Stünde seine Mannschaft bereits in gesicherten Regionen, fiele ihm der Abschied wohl leichter. Doch jetzt muß Köppel beweisen, daß er eine Mannschaft leiten und motivieren kann, wenn es einmal nicht so gut läuft. Die Spieler glauben nicht, daß sich das Verhältnis zum Trainer verschlechtert hat, seit dessen Planspiele bekanntgeworden sind. Vorstopper **Dirk Hupe** (25) sagt: „Das ist doch alles Quatsch. Für den mißlungenen Rückrundenstart sind wir selbst verantwortlich, weil wir Bayer Leverkusen einfach unterschätzt haben. Da haben wir unser Selbstvertrauen verloren."

Bielefelds Präsident **Jörg Auf der Heyde** (48) jedenfalls sieht die unklaren Verhältnisse des Trainers nicht gerne. Er fliegt heute mit der Nationalmannschaft nach Lissabon zum Länderspiel gegen Portugal und will auf dieser Reise Hermann Neuberger bitten, möglichst schnell die Angelegenheit mit Horst Köppel zu klären.

*

Kehrt er nun in die Nationalelf, die er freiwillig verlassen hat, zurück oder nicht? Es war weder Fisch noch Fleisch, zu dem sich **Felix Magath** (29) in den letzten Tagen bekannte. Seine Andeutungen waren vielsagend, doch konkret geäußert hat sich der Hamburger Spielmacher dazu bislang noch nicht. Jetzt wurde auch bekannt warum. Magath führte schon vor längerer Zeit ein Gespräch mit Bundestrainer Jupp Derwall über ein mögliches Comeback. Beide hatten jedoch abgemacht, nichts über Inhalt und Ausgang des Gesprächs an die Öffentlichkeit dringen zu lassen. Der Hamburger hat sich jedenfalls nicht daran gehalten. Der Bundestrainer bedauert sehr, „daß der Felix laut nachgedacht hat". Inzwischen sei ihm nämlich schon der Vorwurf gemacht worden, daß er sich nicht um Magath bemüht habe. Und, so Derwall, das sei ja nun wirklich nicht der Fall gewesen.

Fußball-Kulisse
Zahlen. Fakten. Hintergründe aus der Bundesliga

LÄNDERSPIEL

Debüt für Otten und Rolff im Team ohne Zukunft

DW. Frankfurt

Was als Generalprobe gedacht war, wird zur Reifeprüfung. Weil Schuster, Stielike (keine Freigabe aus Spanien), Strack, Hannes (noch verletzt) und Hansi Müller (nicht in Form) für das Fußball-Länderspiel am Mittwoch in Lissabon gegen Portugal (22 Uhr) nicht zur Verfügung stehen, werden die beiden Neulinge Rolff (Hamburger SV) und Otten (Werder Bremen) voraussichtlich in die Mannschaft kommen. Nachdem auch der Kölner Engels Jupp Derwall wegen einer Grippe absagen mußte, änderte der Bundestrainer seine Zielsetzung: „Zunächst sollte sich die Stamm-Mannschaft für die folgenden EM-Qualifikationsspiele einspielen. Das ist nicht möglich. Jetzt geht es vor allem um mögliche personelle Alternativen."

In Lissabon werden also Spieler aus dem zweiten Glied ihre Chance erhalten – in einer Mannschaft ohne Zukunft. „Denn wie auch immer die Mannschaft aussieht, in dieser Besetzung wird sie kein zweites Mal spielen", sagt Kapitän Karl-Heinz Rummenigge.

Jupp Derwall hat schon sehr konkrete Vorstellungen von der Aufstellung für Mittwoch. Außer den beiden Neulingen soll auch der Bremer Völler erstmals von Beginn an eingesetzt werden. Unwahrscheinlich ist dagegen der Einsatz des Hamburger Hieronymus geworden. Die Position des Liberos will der Bundestrainer wohl doch lieber dem erfahreneren Bernd Förster (Stuttgart) übertragen. *Bernd Förster hatte diese Position* auch beim letzten Länderspiel gegen Portugal, am 17. Februar 1982 in Hannover (3:1), übernommen. Derwall: „Diese Möglichkeit überdenke ich. Ich habe Hieronymus am Samstag beobachten können." Offensichtlich fiel die Vorstellung des Hamburgers beim 2:1-Sieg in Karlsruhe nicht überzeugend aus.

Der Bundestrainer, der Rummenigge je nach Spielverlauf als Spielmacher oder Sturmspitze spielen lassen will, versucht die Erwartungen vor dem Spiel zu dämpfen: „Unter den besonderen *Umständen kommt es diesmal* nicht auf das Resultat an."

So sieht die voraussichtliche Mannschaftsaufstellung für Lissabon aus: Schumacher – Bernd Förster – Kaltz, Karl-Heinz Förster, Otten – Matthäus, Rolff, Briegel, Rummenigge – Littbarski, Völler.

Folgende Spieler umfaßt das Aufgebot, das die Reise nach Portugal antritt: Tor: Schumacher, Immel, Abwehr: Briegel, Bernd Förster, Karl-Heinz Förster, Hieronymus, Kaltz, Otten, Mittelfeld: Dremmler, Matthäus, Rolff, Angriff: Klaus Allofs, Littbarski, Rummenigge, Meier, Völler.



Der Luftsprung vor der Fernsehkamera

Die Fernsehkamera schaut zu, und daheim über die Bildschirme hüpft ein Mann – es ist nicht Rumpelstielzchen –, den bisher *keiner kannte: Lothar Strehlau ist* es, seit acht Tagen Cheftrainer des Karlsruher SC. Mit diesem Luftsprung (Foto oben) vor der Kamera, den er zweimal wiederholte, feierte er den Ausgleich seiner Mannschaft gegen den Hamburger SV, um am Ende, nach der Niederlage, doch wieder Rückzugsgefechte in Worten zu üben. Die Kamera, das ist eine alte Erfahrung, spornt eben an zu den schönsten *Gesten. Und mitunter sieht* es dann aus, als wollten zwei Freunde zum Boxkampf antreten. Oder will Trainer Jürgen Sundermann (unten, rechts) nur verhindern, daß sein Manager Rudi Assauer aufs Spielfeld läuft und seine Schalker mit Fäusten traktiert?

FOTOS: WEREK/HARTUNG

MÖNCHENGLADBACH / Interview mit dem Präsidenten Helmut Beyer

„Wir halten zu Trainer Heynckes, und daran wird sich nichts ändern"

B. WEBER, **Mönchengladbach**

Borussia Mönchengladbach, fünfmal deutscher Meister, hat aus den letzten sechs Spielen nur einen Punkt geholt. Jetzt verlor es in Düsseldorf (1:2) gegen eine Mannschaft, die ebenfalls gegen den Abstieg kämpft. Präsident Helmut Beyer sieht in der nächsten Begegnung – mit dem Tabellenletzten Karlsruher SC – ein Schicksalsspiel. In einem Interview mit der WELT nimmt Beyer auch Stellung zur Kritik an Trainer Jupp Heynckes.

WELT: Sie sind jetzt 22 Jahre lang Vorsitzender von Borussia. Hat Ihr Verein in der Zeit schon einmal so tief in der Klemme gesessen?

Beyer: In den ersten Jahren meiner Amtszeit hangelten wir mehrfach über dem Abgrund. Ganz so neu, wie viele jetzt tun, ist die Situation für mich also nicht.

WELT: Was sind die Gründe für die derzeitige Talfahrt?

Beyer: Da befinden wir uns alle, ehrich gestanden, auf einem Rätselflug.

WELT: Ist der Trainer schuld?

Beyer: Er steht nach wie vor außer jeder Diskussion. Er trainiert die Mannschaft wie er sie immer trainiert hat. Sein Engagement hat nicht einmal um Nuancen nachgelassen. Wir vom Vorstand halten zu ihm, daran wird sich nichts ändern.

WELT: Auch nicht, wenn der Druck von draußen noch größer wird?

Beyer: Wir werden uns auch dagegen zu wehren wissen. Aber ich möchte zum Druck von draußen noch etwas anmerken. Das perfide an der derzeitigen Situation ist, daß ausgerechnet die Leute, die vor drei Jahren eine regelrechte Kampagne für eine langfristige Verpflichtung von Heynckes inszeniert haben, nun hergehen und den Trainer am meisten madig machen. Das ärgert mich ungemein.

WELT: Ist Heynckes nicht selbst schuld daran? Er hat schließlich davon gesprochen, daß seine Mannschaft nach spätestens dreijähriger Amtszeit wieder ganz oben mitspielen würde ...

Beyer: Ich verbürge mich dafür, daß er dies in der Form nie behauptet hat. Er, wir alle, hatten – das kann ich nicht leugnen – die Erwartung, daß wir in dieser Saison wieder ernsthaft um die UEFA-Cup-Teilnahme kämpfen würden.

WELT: Es gibt Kritiker, die meinen, in der Mannschaft herrsche keine Harmonie und keine Disziplin mehr.

Beyer: Diese Aussage ist falsch – und beinhaltet dennoch richtige Ansatzpunkte. Auf dem Spielfeld ist die Harmonie in der Tat erheblich verlorengegangen. Als Ursache habe ich dafür ganz eindeutig unser übergroßes Verletzungspech ausgemacht. Wichtige Leistungsträger wie Fleer und Hannes waren oder sind lange verletzt. Heynckes konnte in dieser Saison noch keine drei Mal hintereinander die gleiche Aufstellung bringen. Darunter leidet naturgemäß die Harmonie.

WELT: Jahrelang hat Borussia die besten Spieler verkauft. Vor anderthalb Jahren folgte plötzlich der Gewaltakt mit der Verpflichtung von Wuttke, Mill und Pinkall für insgesamt drei Millionen Mark. Würden Sie heute von Fehlinvestitionen sprechen?

Beyer: Mill hat in der vergangenen Saison 15 Treffer gemacht, hat also zunächst einmal voll eingeschlagen. Jetzt steht er mit vier Toren zu Buche. Pinkall hat in dieser Saison erst einmal getroffen, in der letzten Saison 14 mal. Warum die beiden so erfolglos sind, weiß im Grunde kein Mensch. Und es konnte auch niemand ahnen, daß es so kommen könnte.

WELT: Wuttke ist nach Schalke zurückgegangen. Im Zorn ...

Beyer: Es war eine Fehleinschätzung zu glauben, wir könnten ihm profihaftes Verhalten beibringen. Und noch in einem Punkt haben wir uns wohl massiv geirrt. Wir hatten angenommen, unsere jungen Kräfte wie Rahn, oder Borowka zum Beispiel, brauchten zwei Jahre, um gestandene Profis zu werden. Heute ist uns klar, daß die Lehrzeit einfach länger dauert.

WELT: Gab oder gibt es ein Torwartproblem bei Borussia?

Beyer: Wolfgang Sude hat uns aus falschverstandenem Ehrgeiz, aus Angst um seine Position, lange Zeit eine schwere Handverletzung verschwiegen. Das hat natürlich Punkte gekostet. Aber der Fall ist ausgestanden, und in Düsseldorf hat er auch gut gespielt.

WELT: Wie schätzen Sie denn die Stimmungslage Ihrer Fans ein?

Beyer: Ich spüre überall, daß der Name Mönchengladbach noch immer mit außerordentlich viel Liebe gehandelt wird. Das wird uns helfen, die kritische Phase zu überstehen. Wir werden, davon bin ich felsenfest überzeugt, nicht absteigen.

WELT: Mönchengladbach hatte seine stärkste Zeit als überwiegend Gladbacher im Team standen. Haben Sie volles Vertrauen zu den Legionären, die Sie heute beschäftigen?

Beyer: Ja. Aber ich will nicht abstreiten, daß echte Heimatverbundenheit in kritischen Phasen noch ein paar Kräfte zusätzlich freimachen könnten.

KARLSRUHE / Die merkwürdigen Sprüche des neuen Trainers Strehlau

„Schluckspechte" und eine harte Hand

MARTIN HÄGELE, **Karlsruhe**

Die Lampen waren angeknipst, die Mikrofone richteten sich auf die Trainer. Ernst Happel mußte als erster zum Spiel reden. Also: Seine Leute seien wie auf rohen Eiern gelaufen. In Hamburg läge Schnee, die Umstellung auf gute Bodenverhältnisse sei der Mannschaft deshalb schwergefallen. Mit dem Resultat sei er zufrieden. Der wortkarge Meister kam mit 30 Sekunden Redezeit aus. Er läßt lieber Erfolge sprechen.

2:1 hatten die Hamburger beim Tabellenletzten in Karlsruhe gewonnen. Zweimal traf Bastrup, das Gegentor erzielte Helmut Zahn. Aber obwohl sich auf der Haupttribüne des Wildparks Fuchs, Luchs und Nerz grüß Gott sagten, so viel Glück, um den HSV zu schlagen, konnten die Badener gar nicht haben.

Neben Ernst Happel hockte Lothar Strehlau (38). Nach dem Abschuß von Trainer Horst Franz war der bisherige Assistent, ein Lehrer, eine Treppe nach oben gefallen.

Strehlau bemühte sich, neben dem Meistertrainer nicht wie ein Lehrling zu wirken. Das Vorhaben mißlang. Strehlau machte den Fehler, den viele begehen, die ein plötzlicher Umsturz nach oben schwemmt – er versuchte zu dozieren.

Daß er nach dem Ausgleichstor auf dem Platz herumgehüpft war, daß er im Jubel HB-Männchen, Hampelmann und Indianer gleichzeitig gespielt hatte, das muß für einen wie ihn eine normale Reaktion sein. Er konnte sich in diesem Augenblick schließlich als Held fühlen. Manches, was Strehlau dann erzählte, war auch gar nicht so aus der Welt. Erst als er seinem Libero Klaus Theiss öffentlich die Haare zu waschen versuchte, wurden die Aussagen des Trainers hanebüchen. „Wenn wir im Ballbesitz sind, dann muß der Libero vor der Abwehr stehen, sonst sind wir totes Kapital", erklärte Strehlau.

Schon mal was von Franz Bekkenbauer gehört? Der erfand den Job des freien Mannes. Als Bekkenbauer einst nach vorne marschierte, übernahm Schwarzenbeck oder ein anderer Beckenbauers Posten. Den Hochmut, diese letzte Sicherung freiwillig aufzugeben, besaßen nicht einmal die Bayern in ihren besten Zeiten. Und heute würde jeder Bundesligatrainer toben, wenn der Chef seiner Abwehr sich nach vorne orientiert, ohne hinten einen Stellvertreter zurückzulassen.

Bis auf Strehlau. Ausgerechnet im Abstiegskampf, wo die Nerven mehr denn je Streiche spielen, und ausgerechnet gegen den Meister wollte er die Notbremse wegwerfen. Das grenzt schon an taktischen Selbstmord.

Doch Fehler sind in Karlsruhe an der Tagesordnung. Am Donnerstag hatte Strehlau seinen besten Stürmer, Erhard Hofeditz, beim Training vom Platz geschickt. Er wollte seiner Truppe offensichtlich die harte Hand zeigen. Präsident Schmider, der den Vorfall beobachtet hatte, setzte sich darauf ins Auto, entzog sich der Entscheidung in dieser schwierigen Situation. Der Präsident hätte den aufmüpfigen Hofeditz mit einer Geldstrafe belegen können. Dann hätte Hofeditz gegen den HSV zumindest als Ersatzspieler zur Verfügung gestanden. Nach vielen Telefonaten wurde der Spieler aber erstmal zu einer vereinsinternen Sperre bis einschließlich Montag verdonnert. Nach dem neuesten Stand der Dinge darf Hofeditz schon heute wieder zum Training antreten.

Es sind die Spieler, die inzwischen kapiert haben, daß das ständige Theater rund um den Wildpark das Ende ihrer Bundesliga-Herrlichkeit bedeuten könnte. Deshalb muß Präsident Schmider den sogenannten „Schluckspechten", die am Tag nach der Ablösung von Trainer Franz angeblich den Zapfenstreich verpaßt hatten, die volle Absolution erteilen.

Ursprünglich wollte Schmider die Affäre ganz anders bereinigen. Für die Zeitungen und die Öffentlichkeit hätte der Präsident den Spielern Gross, Wiesner, Boysen, Trenkel und Fantz eine Geldbuße von 2000 Mark pro Mann aufgebrummt. In Wirklichkeit hätte aber keiner zahlen müssen ...

Die Profis lehnten den Vorschlag ihres Chefs ab, „weil das ein Eingeständnis unserer Schuld gewesen wäre". Sie weigerten sich auch, mit dem Lokaljournalisten, der diese Story verfaßt hatte, zu reden. Nachdem Schmider lange genug im Fall „Linie 8", so heißt das entsprechende Lokal, als Detektiv recherchiert hatte und immer wieder auf unterschiedliche Aussagen stieß, wurde die Akte eben so geschlossen ...

Tabelle und Statistik des 21. Spieltages

							Heim:		Auswärts:	
1. Hamburg	20	11	8	1	49:21	30:10	27:9	16:4	22:12	14:6
2. München	21	12	6	3	49:18	30:12	28:6	17:5	21:12	13:7
3. Stuttgart	20	12	4	4	47:24	28:12	28:11	16:4	19:13	12:8
4. Dortmund	21	12	4	5	49:29	28:14	30:10	16:4	19:19	12:10
5. Köln	21	11	5	5	43:26	27:15	23:10	16:4	20:16	11:11
6. Bremen	19	11	4	4	35:22	26:12	24:6	17:1	11:16	9:11
7. K'lautern	21	8	9	4	31:29	25:17	24:12	17:3	7:17	8:14
8. Braunschw.	21	7	6	8	24:32	20:22	16:8	15:5	8:24	5:17
9. Nürnberg	21	8	4	9	27:39	20:22	19:15	15:5	8:24	5:17
10. Bielefeld	21	7	5	9	32:44	19:23	24:18	14:8	8:26	5:15
11. Bochum	20	5	7	8	22:27	17:23	15:10	11:9	7:17	6:14
12. Frankfurt	21	7	3	11	29:29	17:25	24:7	16:6	5:22	1:19
13. Düsseldorf	20	5	6	9	35:51	16:24	21:26	11:9	14:25	5:15
14. Gladbach	20	6	2	12	32:38	14:26	19:15	10:10	13:23	4:16
15. Leverkusen	20	4	6	10	18:37	14:26	9:12	10:12	9:25	4:14
16. Hertha	21	3	7	11	24:38	13:29	15:16	10:12	9:22	3:17
17. Schalke	21	4	5	12	28:45	13:29	15:19	8:12	13:26	5:17
18. Karlsruhe	21	4	5	12	26:51	13:29	14:15	11:11	12:36	2:18

● **Zuschauer:** Nur 139 350 Zuschauer sahen die acht Begegnungen des 21. Bundesliga-Spieltages. Das entspricht einem Schnitt von 17 412 pro Spiel. Die meisten Fans sahen das Spiel des Karlsruher SC gegen den Hamburger SV (30 000).

● **Tore:** Das 600. Saisontor erzielte der Bielefelder Hannes Riedl zum 1:1-Endstand gegen den VfL Bochum. Die Gesamtzahl der Tore erhöhte sich auf 602.

● **Verwarnungen:** Nur zehn gelbe Karten verteilten die Schiedsrichter am Wochenende. In drei der acht Spiele wurde keine einzige Verwarnung ausgesprochen. Der Bochumer Storck erhielt die vierte gelbe Karte und muß beim nächsten Spiel pausieren.

● **Torschützen:** In der Torschützen-Liste gab es auf den ersten vier Plätzen keine Veränderungen. Es führt weiterhin Rummenigge (14) vor Allgöwer, Burgsmüller und Völler (alle 12)

● **Serien:** Nach 14 Spielen ohne Niederlage wurde die Erfolgsserie des 1. FC Kaiserslautern durch die 0:4-Niederlage bei Borussia Dortmund beendet. Die schlechteste Bilanz weist zur Zeit die Mannschaft von Borussia Mönchengladbach auf, die aus den letzten sechs Spielen nur einen Punkt holte.

● **Premiere:** Der Norweger Erik Herlovsen kam bei der 1:2-Niederlage in Düsseldorf das erste Mal für Borussia Mönchengladbach zum Einsatz.

EISSCHNELLAUF / Die „DDR" blamiert die größten Verbände der Welt

Ehemalige Eiskunstläuferin ist so schnell wie einst der große Ard Schenk

K. MORGENSTERN, Chemnitz

Die größten Eisschnellauf-Verbände der Welt sind ein Jahr vor den Olympischen Winterspielen von der „DDR" zur Zweitklassigkeit degradiert worden, jedenfalls bei den Damen. Die 41. Vierkampf-Weltmeisterschaft in Karl-Marx-Stadt (Chemnitz), die erste Eisschnellauf-WM in der „DDR", wurde zum sportlichen Offenbarungseid für alle Trainer der Welt, die nicht aus der „DDR" kommen.

Die Zahlen sprechen für sich: Der sowjetische Eisschnellauf-Verband, der in den 40er, 50er und 60er Jahren 16mal alle drei Medaillengewinnerinnen bei Weltmeisterschaften stellte, ist mit über 300 000 Aktiven der größte Verband der Welt. Der Königliche Niederländische Eisschnellauf-Verband, der in den späten 60er und frühen 70er Jahren die Damen-Szenerie beherrschte, ist auf rund 70 000 registrierte Eisschnelläufer, die vielen Freizeitläufer nicht mitgerechnet, sehr stolz.

Die sowjetische Föderation aber hat vor der „DDR"-Sportwissenschaft kapitulieren müssen: Ihre Mädchen laufen hinterher. Die Holländerinnen sind gut, aber von Medaillen dürfen sie nicht mehr träumen. Karl-Marx-Stadt wurde zum Beweis: Ein Verband von nur 1000 Aktiven beherrscht den Damen-Eisschnellaufsport der Welt. Jede Medaille, die die „DDR" nicht gewinnt, hellt die Szene etwas auf. Selten genug kommt es vor.

Und es steht fest: Sportwissenschaft ersetzt Massensport. Nirgendwo ist es deutlicher demonstriert worden als im Damen-Eisschnellauf. Der David hat die Goliaths Sowjetunion und Holland systematisch aus dem Feld geschlagen.

Völlig im Abseits, qualitativ und quantitativ, steht die Deutsche Eisschnellauf-Gemeinschaft (DESG). Weltklasse-Athleten gibt es in der Bundesrepublik nicht. Die Zahl der Aktiven beträgt auch nur rund 450. Dabei hatte ein schöner Glücksfall einst solche Ausnahmetalente wie Monika Pflug, Erhard Keller, Gerd Zimmermann und Günter Traub beschert.

Doch zurück zur Überlegenheit der „DDR": Allein an der Spartakiade, jenem großen Talentsieb, nehmen ab heute in Karl-Marx-Stadt 300 Jugendliche und Kinder teil. Ausgesuchte Nachwuchs-Athleten, von denen die meisten bei Eisschnellauf-Titelkämpfen des hiesigen Verbandes schon medaillenreif wären. Sie sind die Schönes und Enkes von morgen.

Denn die 22 Jahre alte Dresdner Krankenschwester Andrea Schöne und ihre ein Jahr jüngere Klubkameradin Karin Enke haben die Weltmeisterschaft von Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) Halbzeit in ein „DDR"-Championat umfunktioniert. Die beiden früheren Eiskunstläuferinnen – Schöne gewann vor Enke – waren so überlegen, daß Sprint-Weltmeisterin Natalja Petrussewa (UdSSR) bereits vor dem Start kapituliert hat. Die Lehrerin aus Moskau glaubte gegen das Duo vom SC Einheit Dresden ohne Chance zu sein und verzichtete deshalb auf eine Reise nach Karl-Marx-Stadt. Und Natalja Petrussewa gehört immerhin zu den erfolgreichsten Eisschnelläuferinnen aller Zeiten ...

Aber was besagt das schon angesichts der Leistungen von Andrea Schöne, die über 5000 Meter mit 7:40,97 Minuten den Weltrekord hält und damit bereits schneller als die legendären Holländer Ard Schenk und Kees Verkerk bei ihren Herren-Weltrekorden vor zwanzig Jahren ist. Über 3000 Meter lief Andrea Schöne mit 4:30,33 Minuten denn auch die international wertvollste Zeit des ersten Tages.

1976, bei den Olympischen Winterspielen in Innsbruck, hatte Andrea Schöne bereits die Silbermedaille über 3000 Meter gewonnen. Nachdem sie zwischen Dezember 1980 und Mai 1981 wegen der Geburt ihres Sohnes aussetzte, sagte sie: „Einige, auch mein Trainer, waren sich nicht einig, ob ich wieder den Anschluß an die Weltspitze finden würde. Als sie merkten, daß es mir ernst war, halfen sie mir. Wichtig für mich war, daß mich mein Mann und meine Schwiegereltern in meiner Absicht bestärkten."

Parallelen zu Monika Holzner-Pflug, aber keine zu den jetzt besten Eisschnelläuferinnen deer Bundesrepublik. Sigrid Smuda (Ottobrunn) konnte sich in Karl-Marx-Stadt nicht für das Finale qualifizieren. (dpa)

Sport in Zahlen... Sport in Zahlen... Sport in Zahlen

FUSSBALL

„DDR"-Oberliga, 14. Spieltag: Dresden – Aue 2:0, Leipzig – Erfurt 1:1, Union Berlin – Magdeburg 1:1, Rostock – Halle 4:4, Zwickau – Dynamo Berlin 0:1, Jena – Böhlen 3:1, Frankfurt – Karl-Marx-Stadt 3:0. – Tabellenspitze: 1. Dynamo Berlin 35:12/23:5, 2. Leipzig 24:11/19:9, 3. Jena 24:18/19:9, 4. Frankfurt 29:17/18:10.

Englischer Pokal, 5. Hauptrunde: Everton – Tottenham 2:0, Crystal – Burnley 0:0, Derby – Manchester United 0:1, Middlesbrough – Arsenal 1:1, Aston – Watford 4:1, Norwich – Ipswich 1:0, Cambridge – Sheffield 1:2. – **Erste Division,** 28. Spieltag: Manchester City – Notts 0:1, Nottingham – Bromwich 0:0, Southampton – Sunderland 2:0.

BASKETBALL

Bundesliga, Herren, Endrunde, 6. Spieltag: Berlin – Leverkusen 50:68, Bayreuth – Köln 78:80 n. V., Göttingen – Hagen 92:64.

1. Köln	24	21	3	2096:1784	42:6
2. Göttingen	24	15	9	1985:1796	30:18
3. Leverkusen	24	14	10	1969:1779	28:20
4. Bayreuth	24	14	10	1882:1874	28:20
5. Hagen	24	12	12	1945:1840	24:24
6. Berlin	24	12	12	1889:1892	24:24

Bundesliga, Damen, Endrunde, 3. Spieltag: Köln – Leimen 65:48, München – Düsseldorf 71:90.

1. Düsseldorf	2	2	0	196:113	4:0
2. München	2	1	1	143:146	2:2
3. Köln	2	1	1	107:154	2:2
4. Leimen	2	0	2	104:137	0:4

HANDBALL

Freundschaftsspiel: Bergkamen – Ungarische Nationalmannschaft 28:28. – **Bundesliga,** Damen, 11. Spieltag: Gruppe Nord: Jarplund-Weding – Union Hamburg 16:11, Engelskirchen – Herzhorn 21:16, Greven – Kiel abgebrochen, 40. Minute 6:11, Südwest Berlin – Oldenburg 14:15. – Gruppe Süd: Frankfurt – Lützellinden 13:15, Würzburg – Auerbach 14:14, Reinickendorf – Gießen 15:12.

Europapokal der Damen, Landesmeister, Viertelfinal-Hinspiel: Leverkusen – Wien 17:16. Spartakus Budapest – Vasas Budapest 16:14. – IHF-Pokal, Damen, Viertelfinal-Hinspiel: Bakory Vegyesz – Amsterdam 20:16.

BOB

Zweierbob-Weltmeisterschaft in Lake Placid, Stand nach zwei von vier Läufen: 1. Pichler/Leuthold (Schweiz) 2:00,39 Min., 2. Schärer/Rüegg (Schweiz) 2:01,54, 3. Hoppe/Schauerhammer („DDR") 2:01,79, 4. Kopp/Metzler 2:02,30, ... 6. Weikenstorfer/Hartmann (alle Deutschland) 2:02,45.

TISCHTENNIS

Europäischer Messepokal, Herren, Viertelfinale: Grenzau – Stockholm 5:1, damit Grenzau im Halbfinale.

VOLLEYBALL

Bundesliga, Herren, 15. Spieltag: Passau – Hamburg 3:2, Leverkusen – SSF Bonn 3:2, Paderborn – Gießen 1:3, München – Sindelfingen 3:1, Fort. Bonn – Celle 3:2. – Bundesliga, Damen, 15. Spieltag: Münster – Feuerbach 3:0, Rüsselsheim – Lohhof 0:3, Oythe – Godesberg 3:0, Wiesbaden – Schwerte 1:3.

EISHOCKEY

Bundesliga, Play-off-Spiele, Halbfinale, erstes Spiel: Landshut – Köln 5:2, Mannheim – Rosenheim 5:3.

REITEN

Internationales Turnier in Neumünster, Dressurprüfung „Intermediaire" Klasse S, Damen: 1. Linsenhoff (Frankfurt) Vallauris 524 Punkte, 2. Rehbein (Hamburg) Flair 506, 3. Tempelmann (Schuir) Paquito 499. – **Dressurprüfung** „Intermediaire" Klasse S, Herren: 1. Meyer zu Erpen (Werther) Tristan 519, 2. Faßbender (Volkardey) Förster 514, 3. Husenbeth (Oberneuland) Sando Can 512. – **Springprüfung** Klasse S, Mächtigkeitsspringen: 1. van Tuyl (Holland) Radetzki, 2. Bettinger (Deutschland) Windy, 3. Hansen (Dänemark) Nighttimes Playboy, ... 6. Ligges (Deutschland) Ramiros Girl. – **Qualifikation** für den „Großen Preis der Stadt Neumüster", Springprüfung der Klasse S: 1. Wiltfang (Thedinghausen) Picadilly 0 Fehler/49,22 Sek., 2. Simon (Österreich) Landgräfin 0/49,87, 3. Becker (Großostheim) Golden Gate 0/50,63.

RADSPORT

Querfeldein-Weltmeisterschaft der Amateure in Birmingham: 1. Simunek (CSSR) 47:11 Min., 2. van der Fraenen (Belgien) gleiche Zeit, 3. Kloucek (CSSR) 2 Sek. zur., 4. Makowski (Polen) 14, 5. de Rey (Belgien) 20, 6. Fiseral (CSSR) 25, ... 13. Ommer 1:07 Min., ... 20. Weis 1:33, ... 25. Furrer (alle Deutschland) 2:13.

SKI ALPIN

Internationale Deutsche Meisterschaften in Sudelfeld: Slalom Damen: 1. M. Epple (Seeg) 1:46,34, 2. Wiesler (Staufen) 1:47,74, 3. Gerg (Lenggries) 1:48,37, 4. Lazac (Eschenlohe) 1:49,08, 5. I. Epple (Seeg) 1:49,89, 6. Stotz (Wildbad) 1:50,93.

Deutsche Meisterschaft im Slalom der Herren: 1. Worndl (Sonthofen) 1:31,16 (44,69+46,47) Min., 2. Beck (Gunzesried) 1:31,38 (45,16+46,22), 3. Eder (Bischofswiesen) 1:33,54 (45,71+47,83), 4. Roth (Königssee) 1:33,93 (46,43+47,50), 5. Fuchs (Münsterthal) 1:34,02 (45,60+48,42), 6. Hirt (Neustadt) 1:34,12 (46,13+47,99), 7. Schick (Berchtesgaden) 1:34,40 (46,09+48,31), 8. Stuffer (Samerberg) 1:35,10 (46,22+48,88), 9. Pistor (Weißenbrunn) 1:35,78 (47,58+48,20), 10. Steinberger (Bayrischzell) 1:36,34 (47,08+49,26).

SKI NORDISCH

50-km-Weltcup-Langlauf in Leningrad: 1. Lindvall 2:26,23 Std., 2. Aaland (beide Norwegen) 2:27,09, 3. Burlakow (UdSSR) 2:27:53, 4. Koch (USA) 2:29:28, 5. Zimjatow 2:29:36. – Stand im Weltcup nach fünf Rennen: 1. Koch 82 Punkte, 2. Burlakow 56, 3. Mikkelsplass 49, 4. Lindvall 39, 5. Wassberg und Zawjalow je 38, ... 11. Dotzler 29, ... 21. Behle (beide Deutschland) 19.

LEICHTATHLETIK

Hallen-Länderkampf in Dortmund, Deutschland – England, Endstand Männer 86:52, Frauen 76,5:40,5. – Männer: 50 m (außerhalb der Länderkampfwertung): 1. Haas (Fürth) 5,75 – 60 m: 2. Lauf: 1. Haas 6,67. – 200 m: 1. Skamrahl (Groß-Ilsede) 21,06. – 1500 m: 1. Becker (Wolfsburg) 3:42,38. – 60 m Hürden: 2. Lauf: 1. Holtom 7,69. – Hochsprung: Thränhardt (Köln) 2,32, 2. Surbeck (Sindelfingen) 2,23. – Stabhoch: Außer Wertung: Schmidt (Zweibrücken) 5,55, Vollmer (Wattenscheid) 5,50. – Weitsprung: 1. Knipphals (Wolfsburg) 7,93. – Frauen: 400 m: 1. Wagner (Göggingen) 53,96. – 800 m: 1. Krott (Uerdingen-Dormagen) 2:01,94. – 1500 m: 1. Kraus (Köln) 4:10,81, 2. Friedmann (Frankfurt) 4:12,72. – 60 m Hürden: 1. Lauf: 1. Denk (Köln) 8,11. – Hochsprung: 1. Holzapfel (Leverkusen) 1,89.

TENNIS

Hallenturnier in Memphis, Halbfinale: Connors (USA) – McNamara (Australien) 7:6, 7:6, G. Mayer – Gottfried (beide USA) 7:5, 6:1. – Grand-Prix-Turnier in Vina del Mar, Halbfinale: Fillol (Chile) – Arraya (Peru) 6:3, 7:6, Pecci (Paraguay) – Acuna (Chile) 6:3, 6:3. – Damenturnier in Chicago, Halbfinale: Einzel: Navratilova – Shriver (beide USA) 6:1, 6:3, Jäger – Austin (beide USA) 6:3, 6:0. – Halbfinale Doppel: Navratilova/Shriver – Kohde/Pfaff (Deutschland) 6:4, 6:1.

GALOPP

Rennen in Mülheim: 1. Rennen: 1. Topasia (O. Schick), 2. Georgie's Milan, 3. Prinz Beauty, Toto: 24, Pl. 12, 10, ZW: 60, DW: 296; 2. R.: 1. Black Forest (J. Orihuel), 2. True Girl, 3. Frechdachs, Toto: 32, Pl. 14, 30, 22, ZW: 360, DW: 764; 3. R.: 1. Virginia Jane (Frl. H. Kuhse), 2. Schlesierruf o. W., Fliegender Vogel und Dornfee, Toto: 28, Pl. 15, 12, ZW: 40, DW: 76; 4. R.: 1. Prins Rudolf (Frl. D. Risters), 2. Steinklee, 3. Weinprinzess, Toto: 24, Pl. 13, 22, 20, ZW: 152, DW: 528; 5. R.: 1. I'm a lad (J. Orihuel), 2. Senussi, 3. Ormelino, Toto: 28, Pl. 12, 15, 12, ZW: 264, DW: 1056; 6. R.: 1. Nestor (E. Schindler), 2. Video, 3. Adrastos, Toto: 32, Pl. 17, 17, ZW: 92, DW: 244, 7. R.: 1. Sica's Ribot (P. Kallai), 2. Fittipaldi, 3. Durga, Toto: 24, Pl. 12, 12, ZW: 48, DW: 148; 8. R.: 1. Weinbrand (K. Woodburn), 2. Prinsess Katarina, 3. Cellina, Toto: 64, Pl. 21, 54, 74, ZW: 400, DW: 8324; 9. R.: 1. Hard Blow (R. Malinowski), 2. Niobo, 3. Fango, Toto: 48, Pl. 19, 16, 42, ZW: 224, DW: 7028.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 3, 12, 22, 26, 29, 39, Zusatzzahl: 23. – Spiel 77: 9 2 3 2 6 4 7. – **Toto, Elferwette:** 2, 1, 1, 2, 0, 0, 1, 1, 1, 1, 0. – **Rennquintett:** Pferdetoto: 1, 17, 8, Pferdelotto: 1, 14, 17, 18.

(Ohne Gewähr)

ZWEITE LIGA

Kassel schafft den Anschluß

DW. Bonn

Die Erfolgsserie von Hessen Kassel in der zweiten Liga dauert an. Durch den 3:1-Sieg über die SpVgg Fürth wurde der Anschluß zu den beiden führenden Mannschaften aus Mannheim und Offenbach geschafft. Weiter zurückgefallen sind dagegen Fortuna Köln und der SC Freiburg. Beide Mannschaften kamen bei ihren Heimspielen über ein Unentschieden nicht hinaus. Durch seinen Treffer zum 2:2-Endstand gegen Essen baute der Kölner Dieter Schatzschneider die Führung in der Torschützenliste auf fünf Treffer vor Heinz Traser (Kassel) aus, der 15mal traf.

DIE ERGEBNISSE

Kassel – Fürth	3:1	(0:1)
Augsburg – Schl. Neuhaus	2:1	(0:1)
Freiburg – Darmstadt	1:1	(1:0)
Köln – Essen	2:2	(1:0)
Frankfurt – Offenbach	1:3	(1:2)
Hannover – Wattenscheid	2:0	(0:0)
Stuttgart – Duisburg	ausgef.	
Lüttringhausen – Solingen	ausgef.	
Uerdingen – Mannheim	ausgef.	
Aachen – Osnabrück	ausgef.	

DIE TABELLE

1. Mannheim	24	14	7	3	52:19	35:13
2. Offenbach	24	15	4	5	51:26	34:14
3. Kassel	25	14	4	7	51:33	32:18
4. Uerdingen	23	12	6	5	41:27	30:16
5. Köln	25	10	9	6	52:36	29:21
6. Freiburg	24	10	8	6	36:32	28:20
7. Darmstadt	24	10	6	8	38:36	26:22
8. Duisburg	23	10	5	8	33:27	25:21
9. Aachen	23	9	7	7	32:29	25:21
10. Stuttgart	24	10	5	9	45:34	25:23
11. Fürth	25	8	7	10	41:51	23:27
12. Osnabrück	23	10	2	11	42:40	22:24
13. Essen	25	8	6	11	34:38	22:28
14. Solingen	23	6	8	9	34:44	20:26
15. Hannover	22	6	7	9	41:42	19:25
16. Augsburg	24	7	5	12	17:33	19:29
17. Lüttringh.	24	7	5	12	36:57	19:29
18. Wattensch.	24	6	5	13	33:46	17:31
19. Frankfurt	24	5	6	13	33:61	16:32
20. Neuhaus	25	4	4	17	28:59	12:38

DIE VORSCHAU

Freitag, 25. Februar, 19.30 Uhr: Wattenscheid – Darmstadt; 20.00 Uhr: Offenbach – Augsburg; **Samstag, 26. Februar,** 14.30 Uhr: Schloß Neuhaus – Lüttringhausen, Frankfurt – Freiburg; 15.30 Uhr: Duisburg – Köln, Essen – Kassel; **Sonntag, 27. Februar,** 14.30 Uhr: Mannheim – Aachen, Fürth – Hannover; 15.00 Uhr: Osnabrück – Stuttgart.

SKI ALPIN

Kinshofer fehlt in USA

dpa, Bayrischzell

Bei den deutschen alpinen Ski-Meisterschaften auf dem Sudelfeld bei Bayrischzell haben sich die Etablierten behauptet. Erfolgreichste Teilnehmerin war die 23jährige Allgäuerin Maria Epple (Seeg), die ihre Titel im Slalom und Riesentorlauf verteidigte. Auf das Siegespodest kehrte der 23jährige Sonthofener Frank Wörndl als Meister im Slalom zurück. Er hatte 1979 und 1980 bereits den Titel gewonnen. Nur im Riesentorlauf gelangte mit Hans Stuffer (22) vom WSV Samerberg ein Läufer der zweiten Garnitur auf den Meisterthron.

Stuffer entpuppte sich bei den Titelkämpfen als eines der größten Talente, und so startete er nach seinem Sieg im Europacup-Riesentorlauf vor zwei Wochen in Leermoos in Bayrischzell auch mit viel Selbstbewußtsein. Für den Titel im Riesentorlauf und den achten Rang im Slalom erhielt er den „Goldenen Ski", die Auszeichnung für den erfolgreichsten Meisterschaftsteilnehmer.

Vor drei Jahren noch gefeierte Medaillengewinnerin bei den Olympischen Spielen in Lake Placid, ist Christa Kinshofer (Miesbach) nun zum Problemfall des Deutschen Ski-Verbandes (DSV) geworden. Die technische Kommission des Verbandes hat in Bayrischzell eine acht Läuferinnen umfassende Mannschaft für die Weltcup-Rennen in den USA und Kanada nominiert – ohne die frühere Weltklasse-Läuferin Christa Kinshofer (22).

„Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen", erklärte Christa Kinshofer zu dem für sie deprimierenden Beschluß. Sie wird nochmals eine Aussprache mit dem alpinen Sportwart Kuno Messmann (Straubing) führen, ehe sie möglicherweise noch den DSV-Vorstand anruft. Christa Kinshofer: „Die sieben Rennen in den USA im Slalom und Riesenslalom wären meine letzte Chance gewesen, mir noch FIS-Punkte zu holen, um wieder in die erste Gruppe zu kommen." In den Europacup-Rennen müsse sie gewinnen, um sich in der Rangliste zu verbessern. Das aber ist angesichts der Leistungsdichte schwerer.

Sportkongreß der CSU in München

Zimmermann: Steuerliche Erleichterungen für Vereine

sid/dpa, München

Olympische Winterspiele 1992 in Berchtesgaden oder Garmisch-Partenkirchen könnten nach Ansicht von Willi Daume, dem Präsidenten des Nationalen Olympischen Komitees (NOK), ganz aus dem Verkauf der weltweiten Fernsehrechte finanziert werden. Falls die Bundesrepublik vom Internationalen Olympischen Komitee (IOC) den Zuschlag erhalte, sei mit rund 250 Millionen Mark an Fernsehgeldern zu rechnen. Dies erklärte Daume auf dem zweiten Sportkongreß der CSU in München.

Daume wies darauf hin, daß die öffentliche Hand von der Finanzierung der Spiele völlig entlastet sei. Bereits die Ausgaben der Winterspiele in Sarajewo seien durch die Einnahme aus Fernsehrechten (rund 150 Millionen Mark) fast gedeckt. Auch für die Umwelt sei die Durchführung der Olympischen Spiele in der Bundesrepublik keine Belastung. Die Sommerspiele in München hätten gezeigt, daß es möglich sei, Wettkampfstätten ohne Probleme in ein Städte- oder Landschaftsbild zu integrieren.

Gegen einen Wettlauf der Systeme im Sport sprach sich Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann in München aus. Zimmermann: „Die Bundesrepublik hat es nicht nötig, ihre Leistungskraft an den Erfolgen von Spitzensportlern zu demonstrieren." Mit Platz vier im Weltmaßstab könne die Bundesrepublik hochzufrieden sein. Zimmermann betonte, er werde sich für eine besondere Förderung des Breitensports einsetzen. Dafür seien steuerliche Erleichterungen für die Vereine notwendig. In diesem Zusammenhang nannte Zimmermann die Erhöhung des Steuerfreibetrages für ehrenamtliche Übungsleiter auf 3600 Mark, die Gewerbesteuer-Befreiung für Einnahmen-Überschüsse und die Spendenbescheinigungskompetenz bis zu einer Obergrenze von 600 Mark. Auch die Ablösesummen für Sportler bis zu einer Obergrenze von 20 000 Mark und Werbeverträge sollen nicht zum Verlust der Gemeinnützigkeit führen.

Blüm setzt Priorität bei Arbeitszeit

gba. Bonn

In der Diskussion um die Arbeitszeitverkürzung muß nach Ansicht von Sozialminister Norbert Blüm der Begrenzung der Lebensarbeitszeit Priorität gegeben werden. Blüm sagte gestern abend im ZDF, er wolle „keine Sozialpolitik gegen den Mittelstand machen" und nur auf die Verkürzung der Wochenarbeitszeit setzen. Schließlich arbeiteten zwei Drittel der Arbeitnehmer in kleinen und mittleren Betrieben. Den von der SPD vorgelegten und von den Koalitionsparteien abgelehnten Gesetzentwurf zur Änderung der gültigen Arbeitszeitordnung in Richtung auf die 40-Stunden-Woche bezeichnete der Minister als überflüssig.

Erfolge durch Krebs-Vorsorge

dpa, Bonn

Verstärkte Früherkennung und Behandlung haben offenkundig dazu geführt, daß die Sterberate bei Frauen, die an Krebs der Geschlechtsorgane erkrankten, zurückgegangen ist. Bei der Vorlage der ersten beiden Bände über die Krebssterblichkeit in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1970 bis 1978 sprach Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) gestern von einer erheblichen Abnahme bei dieser Krebsart in der Höhe von 16 Prozent.

Genscher: Die „infamste Anzeige"

hey, Bonn

Als „infamste Anzeige des Jahres" hat der FDP-Vorsitzende Hans-Dietrich Genscher ein neues SPD-Wahlkampf-Inserat verurteilt. In ihm stellen die Sozialdemokraten die Behauptung auf: „Wer Kohl wählt, bekommt automatisch neue Raketen. Auf Großveranstaltungen am Wochenende verwahrte sich Genscher nachdrücklich gegen SPD-Kritik an der Friedens- und Sicherheitspolitik der Bundesregierung.

Möllemann: PLO soll Israel anerkennen

AFP, Beirut

Der Staatsminister im Bundesaußenministerium, Jürgen Möllemann (FDP), hat die PLO aufgefordert, den Staat Israel anzuerkennen. Möllemann betonte in einem Interview mit der libanesischen Wochenzeitung „Monday Morning", sollte die PLO sich bereit erklären, mit Israel in Frieden zu leben, so würden zahlreiche amerikanische Politiker nicht mehr zögern, mit der PLO zu verhandeln.

Mehr Kredite aufgenommen

AFP, Paris

Frankreich ist neben den USA im Januar zum größten Kreditnehmer auf den internationalen Finanzmärkten aufgerückt. Nach Angaben der OECD nahmen die Amerikaner im vergangenen Monat 1,67 und die Franzosen 1,64 Milliarden Dollar auf.

„Der Terrorismus ist noch nicht besiegt"

● Fortsetzung von Seite 1

WELT: Welche konkreten Hinweise auf die Täter hat man in der konspirativen Wohnung in Frankfurt gefunden?

Zimmermann: Jedenfalls so viel an Erkenntnissen, daß die aufwendige Beobachtung eingeleitet und über längere Zeit durchgehalten wurde. Auf Einzelheiten will ich nicht eingehen; aber es ist schon von Bedeutung, daß drei Tage nach den Festnahmen in Frankfurt der Zugriff in England erfolgte.

WELT: Der hessische Innenminister hat sich wegen der vorzeitigen Bekanntgabe von Einzelheiten der Verhaftung beklagt. Ist irgendein Schaden für die Sicherheit entstanden?

Zimmermann: Ich gehe davon aus, daß die Bekanntgabe wohlüberlegt war. Aber natürlich verstehe ich meinen hessischen Amtskollegen, der zu Recht darauf hinweist, daß auch die Polizei seines Landes erfolgreich tätig war. Mir persönlich ist es gleich, welcher Beamter von Bund oder Land zugreift, wenn wir nur im Kampf gegen den Terror Erfolg haben.

WELT: Der SPD-Kanzlerkandidat Vogel wirft der Union, insbesondere der CSU, vor, sie sei zu lange auf dem rechten Auge blind gewesen. Er greift namentlich den früheren bayerischen Innenminister Tandler an, dieser habe die „Wehrsportgruppe Hoffmann" erst sehr spät verboten. Gibt es hier Versäumnisse?

Zimmermann: Die CDU/CSU hat gegen den Terrorismus – ob von rechts, ob von links – stets eine klare Frontstellung eingenommen. Nachdem die Voraussetzungen vorlagen, wurde die „Wehrsportgruppe Hoffmann" vom bayerischen Innenminister unverzüglich verboten. Hier sind irgendwelche Vorwürfe weder angebracht, noch selbst im Wahlkampf vertretbar. Bisher ist Herr Vogel nur mit Forderungen nach einer weiteren Aufweichung des Strafrechts im Kampf gegen Radikale und Terroristen aufgefallen. Ich freue mich, daß er neuerdings für ein härteres Vorgehen plädiert. Daran wede ich ihn bei kommenden Gesetzesinitiativen der CDU/CSU erinnern.

WELT: Wie ist der Rechtsterrorismus im Vergleich zum Linksterrorismus politisch einzuordnen?

Zimmermann: Die Terroristen sind bei uns isolierte Einzelakteure geworden, deren ideologische Bindungen sich mehr und mehr auflösen. Der Terrorismus verselbständigt sich. Diejenigen Terroristen, die ursprünglich aus der linksradikalen Szene kamen, gerieten bei *ihren Gesinnungsfreunden in die* Isolierung, weil ihre Terrorakte auch für Linksradikale irrational waren. Ähnliches gilt sicher auch für den Terror von rechts. Ein rechtsradikaler Terrorist, der sich in einem Palästinenserlager militärisch ausbilden läßt, der hat sich nicht nur räumlich von den rechtsradikalen Zirkeln in Deutschland abgesetzt.

WELT: Wie werden Sie als Bundesinnenminister in Zukunft bei der Bekämpfung des Terrorismus vorgehen?

Zimmermann: Weiterhin mit aller Entschlossenheit. Gegen Gewalttäter, welcher Richtung oder welcher Nationalität auch immer, werde ich die bestehenden Gesetze konsequent anwenden, und wo ich Lücken entdecke, neue Gesetzesinitiativen einbringen. Ich sehe einen herausragenden Schwerpunkt meiner Sicherheitspolitik im Einsatz für eine wehrhafte Demokratie und eine gesicherte Freiheit für die Bürger der Bundesrepublik Deutschland.

WELT: Für viele überraschend stellen Sie schon morgen den Verfassungsschutzbericht des Vorjahres vor, der früher immer erst im Sommer erschien. Können Sie Schwerpunkte des Berichtes nennen?

Zimmermann: Ich bin zwar für diesen Bericht verantwortlich, aber nur für die Maßnahmen und Erkenntnisse im letzten Viertel des Berichtsjahres 1982. Schon aus diesem Grund kann die umfangreiche Jahresbilanz des Verfassungsschutzes nur in der politischen Bewertung meine Handschrift tragen. Wesentlich aber ist die gleichbleibende Bedrohung des Links- und Rechtsradikalismus sowie die Gefahren des Terrorismus. Die hohe Ausländerquote bei uns trägt auch die Probleme gewalttätiger oder radikaler ausländischer Gruppen in unser Land. Ein besonderes Kapitel ist der Spionage aus dem Osten gewidmet. Ich halte den Verfassungsschutzbericht 1982 für ein wichtiges Dokument, das den Bürger objektiv über die vielfältigen Bedrohungen der inneren Sicherheit informiert. Gleichzeitig wird der Bürger aufgefordert, sich positiv für die demokratische Ordnung unseres Vaterlandes einzusetzen. Unsere Demokratie lebt vom Engagement des gesamten Volkes.

Kampf gegen Opposition

Ostblock-Staaten tauschten ihre Erfahrungen aus

dpa/AFP, Warschau

In Warschau ist am Wochenende an der Parteihochschule eine „Internationale wissenschaftliche Konferenz" über die Bekämpfung von Oppositionellen im Ostblock zu Ende gegangen.

Nach einer Meldung der amtlichen Nachrichtenagentur PAP hätten die Polen mit Vertretern der Sowjetunion, Tschechoslowakei, „DDR", Bulgariens, Ungarns und Vietnams Erfahrungen über den „Kampf gegen Kräfte, die den Aufbau des Sozialismus stören", ausgetauscht. Die Konferenz habe „überraschend umfangreiche Ergebnisse" gebracht.

Die polnische Armeezeitung „Zolnierz Wolnosci" berichtete, daß ein wichtiger Mitarbeiter des Untergrundsenders „Radio Solidarnosc" den Behörden bisher habe entkommen können. Dieser noch gesuchte Mitarbeiter, Janousz Klekowski, sei vor allem für die technische Koordination der Sendungen zuständig gewesen.

Vogel setzt weiterhin auf Grüne

Außerdem Hoffnung auf Wählerstimmen durch „Friedensdiskussion"

STEFAN HEYDECK, Bonn

Der Spitzenkandidat der SPD, Hans-Jochen Vogel, hat erneut bekundet, daß er sich mit den Stimmen der Grünen zum Bundeskanzler wählen lassen würde.

In einem Interview des Deutschlandfunks drückte er allerdings auch seine Zweifel aus, daß die Grünen am 6. März die Fünf-Prozent-Hürde überspringen werden. Wenn sie dieses Ziel dennoch erreichen würden, stünden die Grünen dann „vor der Frage, ob sie einen geschäftsführenden Bundeskanzler Kohl im Amt halten wollen". Er jedenfalls habe nicht abzulehnen, „daß mich die Mehrheit derer, die das Volk dort in das Parlament schickt, zum Kanzler wählt".

Gleichzeitig signalisierte Vogel ein gewisses Entgegenkommen gegenüber den Grünen. Er habe deren Fragen „immer ernst genommen" und „auch geraten", deren Kritik an den etablierten Parteien „nicht einfach mit einer Handbewegung wegzuwischen".

Vogel, der sich eindeutig gegegen eine große Koalition aussprach, zeigte sich optimistisch für den Fall, daß „es nur zwei Fraktionen im Bundestag gibt". Dann werde „die Entscheidung über die absolute Mehrheit der Sitze in der Gegend von 46,5 Prozent" fallen – und da seien „die Sozialdemokraten schon einmal vier Jahre lang die stärkste Fraktion gewesen". Er rechne mit einem wechselnden Wahlverhalten zugunsten der SPD aufgrund der Bedeutung der Themen Friedensdiskussion, soziale Gerechtigkeit und BAföG.

Zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts über die Rechtmäßigkeit der Bundestags-Auflösung meinte der SPD-Spitzenkandidat, nach der Neuwahl müsse darüber diskutiert werden, ob das „weite Auflösungsrecht des Bundeskanzlers" eingegrenzt werden müsse. Er trat für einen sogenannten Minderheitenschutz ein. Denn der Zeitpunkt von Neuwahlen dürfe „nicht mit einfacher Mehrheit" bestimmt werden.

Vogel bemängelte, daß es nach seiner Meinung auf Grund der Karlsruher Entscheidung dem Regierungschef „sehr freigestellt" sei in der „Handhabung der Herbeiführung" von vorgezogenen Neuwahlen. Es komme „eigentlich nur auf seine Prognose der möglichen politischen Entwicklung" an.

Unter diesem Aspekt müsse über eine Verfassungsänderung zum Selbstauflösungsrecht des Parlaments diskutiert werden. Denn es gehe darum, daß „diese weite Auslegung" durch eine ausdrückliche Regelung wieder eingefangen werde. Der FDP hielt er vor, das Bundesverfassungsgericht habe ihr „den Bruch eines Wahlversprechens" bestätigt.

„DDR" verweigert Ausreise zu Abrüstungstagung

DW. Berlin

Mit der verweigerten Ausreise für zwei Abrüstungsexperten der evangelischen Kirche in der „DDR" hat die SED-Führung jetzt ein weiteres „Warnsignal" gegenüber jeder staatsunabhängigen Friedensbewegung gesetzt.

Die Ostberliner Behörden verweigerten überraschend Oberkirchenrätin Christa Lewek (Ost-Berlin) und Generalsuperintendenten Günter Krusche die Ausreise zu einer Abrüstungstagung der evangelischen Akademie Nordelbien am Wochenende in Bad Segeberg (Schleswig-Holstein). Dort sollte an den Ergebnissen einer Zusammenkunft vom November 1981 weitergearbeitet werden, die vom Ökumenischen Weltrat der Kirchen in Amsterdam veranstaltet worden war. Auch eine Intervention des Bundes der Evangelischen Kirchen in der „DDR" blieb ohne Erfolg. Frau Lewek sprach gegenüber der Akademie die Hoffnung aus, daß es sich hier um eine „einmalige Fehlentscheidung" handele, die nicht als generelle Verhärtung des Staates gegenüber dem ökumenischen Engagement der Kirchen zu verstehen sei.

Der thüringische Landesbischof Werner Leich – zugleich Vorsitzender des kirchlichen Luther-Komitees – sagte jetzt in Eisleben, die kritische Beschwerde junger Protestanten aus Thüringen gegen das Schweigen der Kirche über die Jenaer Verhaftungswelle sei bisher nicht eingetroffen. Leich wandte sich strikt dagegen, in derartigen Fällen „den Umweg über westliche Medien" zu nehmen. Die Kirche trete „für diejenigen ein, die in Bedrängnis sind, auch dann, wenn wir deren Motivation und Überzeugung nicht teilen".

Die Nachrichtenagentur ADN hatte in einer in der „DDR" selbst verschwiegenen Meldung die Verhaftung Jugendlicher, die sich in der christlichen Friedensbewegung engagierten, abgeleugnet.

Khadhafi streitet Putschpläne im Sudan ab

dpa/AP, Tripolis

Die Lage in Sudan, wo der libysche Staatschef Khadhafi nach amerikanischen Geheimdienstberichten einen Staatsstreich geplant haben soll, hat sich entschärft.

Die zur Beobachtung libyscher Truppenbewegungen nach Ägypten entsandten vier Awacs-Flugzeuge sollen wieder abgezogen werden. Gleichzeitig soll auch der vor Libyen kreuzende Flugzeugträger „Nimitz" wieder Kurs auf Libanon nehmen.

Nach den in Washington zitierten Geheimdienstberichten sollten von Libyen bewaffnete Aufständische den sudanesischen Staatspräsidenten Numeiri und seine engsten Mitarbeiter in ihre Gewalt bringen und den Flughafen der Hauptstadt Khartum besetzen, wo dann die Landung libyscher Kampftruppen geplant gewesen sei. US-Präsident Reagan und der ägyptische Staatspräsident Mubarak sollen angesichts dieser Bedrohung die Entsendung der amerikanischen Aufklärungsflugzeuge vereinbart haben.

Der libysche Staatspräsident Khadhafi hat inzwischen jede feindliche Absicht gegen Sudan und andere Nachbarstaaten abgestritten. Er dementierte auch Berichte über einen Aufmarsch seiner Truppen in der Oase Kufra im Süden des Landes. In einem amerikanischen Fernseh-Interview erklärte Khadhafi, er hege keinerlei kriegerische Absicht und sei für „künftige Revolutionen", etwa in Sudan, „nicht verantwortlich".

Nach US-Berichten sollen libysche Maschinen sich in den vergangenen Tagen auch der „Nimitz" genähert haben. Doch habe es zwischen den US-Flugzeugen und den libyschen Flugzeugen keine Begegnung gegeben. Die staatliche Nachrichtenagentur Jana meldete demgegenüber in Tripolis, daß eine fremde Maschine über der Großen Syrte zum Abdrehen gezwungen worden sei.

FDP besteht auf Genscher als Außenminister

hy/DW. Krefeld/Hamburg

Die FDP wird ihre Koalition mit der Union nach dem 6. März nur dann fortsetzen, wenn der FDP-Vorsitzende Hans-Dietrich Genscher Außenminister bleibt.

In einem Interview mit dem „Spiegel" machte Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff deutlich, daß dies „eine personelle Forderung" sei, „die gleichzeitig eine sachliche Positionsbeschreibung ist". Wenn die CDU/CSU nicht die absolute Mehrheit erreiche, müsse Genscher Außenminister bleiben.

Übereinstimmend sicherten Lambsdorff und der FDP-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Wolfgang Mischnick, den Wählern zu, daß im Fall einer Fortführung der Koalition die Ergänzungsabgabe zurückgezahlt werde. Bei der „Coprayer Runde", einem jährlichen Treffen der FDP-Prominenz mit Journalisten, gab Mischnick auf Burg Linn bei Seefeld ausdrücklich sein Wort dafür. „Denn das ist Gesetz." Für eine Gesetzesänderung „steht die FDP nicht zur Verfügung". Im übrigen werde immer deutlicher, sagte Mischnick, daß sich die Liberalen mit dem Koalitionswechsel im Herbst kein anderes Programm gegeben hätten. Diese Kontinuität werde jetzt von den Bürgern honoriert, „ihr Vertrauen ist wieder größer geworden". Die FDP habe ihre Grundsätze weder in der Wirtschafts-, Finanz-, Rechts- noch Außenpolitik aufgegeben.

Ganz anders sei es bei den Sozialdemokraten: „Wenn die SPD die Solidarität, wie sie jetzt Hans-Jochen Vogel zeigt, Helmut Schmidt gegeben hätte, dann wäre die alte Koalition nicht zerbrochen."

Eine veränderte Haltung warf Mischnick allerdings auch dem CSU-Vorsitzenden Strauß vor: „Er tritt lautstark auf, und jeder glaubt, der widerspricht sich nicht – doch er widerspricht sich dreimal in einer Rede."

Palme unter Zeitdruck

■ Fortsetzung von Seite 1

sem Treffen das Außenministerium am 1. Dezember zur „Express-Behandlung" aufgefordert haben. Grundlage soll unter anderem der von Bahr selbst verfaßte Entwurf gewesen sein, in dem Bahr vorgeschlagen habe, die Empfänger-Länder der diplomatischen Note zu fragen, ob sie zu „einleitenden untersuchenden Gesprächen für Verhandlungen über einen kernwaffenfreien Korridor in Zentraleuropa" bereit seien.

Um keine neue Abrüstungskonferenz zu initiieren, hätten die schwedischen Abrüstungsexperten jedoch die schwächere Form der „Sondierungen" vorgeschlagen. Das Außenamt habe dabei lediglich 24 Stunden Zeit gehabt, „den Vorschlag der Staatsministerkanzlei zu kommentieren".

Als Olof Palme am 4. Dezember aus Hamburg zurückkehrte, habe er offiziell das Startzeichen zur diplomatischen Offensive gegeben, obwohl der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt, so „Dagens Nyheter", „höchstwahrscheinlich eindeutig" gegen die Idee der atomwaffenfreien Zone gewesen sei. Am 6. Dezember ging die schwedische Note über die Botschaften an die Empfänger-Länder. Am 10. Dezember wollte Palme sie in Stockholm veröffentlichen – am 8. Dezember war sie bereits der Öffentlichkeit bekannt.

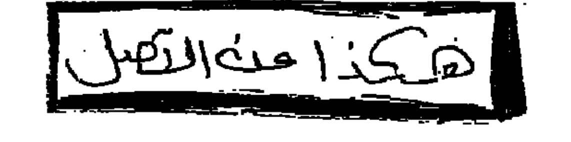
Die schwedische Zeitung schreibt: „In einer Situation, in der Egon Bahr Druck ausübte, beugte sich Palme offenbar dem Enthusiasmus Bahrs." Er habe dem Druck ohne vollständige Durchdenkung aller Details nachgegeben. „Er erkannte nicht deutlich genug, daß Bahr teilweise sein eigenes Spiel spielte."

Die Gründe dafür lägen „teilweise in Bahrs Sonderstellung in Westdeutschland und in der SPD sowie teilweise in Palmes Verhältnis zu Bahr". Der SPD-Abgeordnete sei derjenige, der seinem Mißtrauen gegenüber den amerikanischen Absichten in der Abrüstungsfrage immer wieder am stärksten Ausdruck gebe. Außerdem habe Bahr einmal geäußert, daß er ein wiedervereinigtes Deutschland einem vereinten Westeuropa vorziehe. Palme habe großen Respekt vor Bahr – sowohl dem Abrüstungsexperten als auch dem „deutschen Patrioten" und selbständigen Denker.

Gesagt

» Wenn man die Seelen unserer Kinder und Jugendlichen fotografieren könnte, bekämen wir Bilder zu sehen, die eine seelische Not offenbaren, welche hinter der Hungersnot in der Dritten Welt nicht zurücksteht. «

Der Erzbischof von München und Freising, Friedrich Wetter, während eines Pontifikalamtes in Freising.



Sorgen um das Viertele

nl. – Der Viertelesschlotzer, wie der *Weintrinker Württembergs* aufgrund der von ihm bevorzugten Weinglas-Maßeinheit und seinem Hang zu bedächtig genüßlichem Trinkritual genannt wird, darf offenbar aufatmen. Ihm wäre in den letzten beiden Jahren Zunge, Gaumen und Kehle ziemlich trockengelegt worden. Die Weinherbste der Jahre 1980 und 1981 hatten nämlich jeweils nur die halbe Menge gegenüber dem letzten „Normaljahr" 1979 gebracht. Die Ursache für die mengenmäßig *miserablen Ernten*, die freilich der Qualität nach kaum Wünsche offenließen, waren Frost- und Hagelschäden in den Weinbergen. Sie spielten vor allem den favorisier*ten schwäbischen Rotweinen* übel mit.

In der Folge kletterten nicht nur die Preise mit ungewöhnlicher Rasanz und machten das heißgeliebte *Viertele für manchen Normal*verbraucher immer unerschwinglicher. Der württembergische Weinfreund mußte überdies, wollte er an das begehrte Rotwein*tröpfchen heran, wohl oder übel in* Koppelgeschäfte einwilligen. Dies bedeutete, daß der Kunde für jede Flasche Rotwein mindestens auch eine Flasche Weißwein ab*nehmen mußte. So konnte es denn* nicht ausbleiben, daß immer mehr Weintrinker ihr Heil in ausländischen Gewächsen suchten.

Der Rekordweinherbst 1982, der *von der Menge* her alles bisher Dagewesene in den Schatten stellt und sich von der Qualität her auch nicht zu verstecken braucht, hat die Rotwein-Engpaßlage mit einem Schlag beseitigt. Die Weinpreise tun sich aber einigermaßen schwer, von dem einmal erreichten Niveau wieder etwas herunterzukommen. Die da und dort schon aufkeimende Sorge, wie man wohl eine weitere große Ernte unterbringen könne, würde verfliegen, wenn ...

Made in France

J. Sch. (Paris) – Nationale Erzeugnisse scheinen bei den Franzosen in keinem besonders hohen Ansehen zu stehen. Dies ergibt sich schon daraus, daß die Franzosen, stärker als in anderen Ländern üblich, ausländische Artikel bevorzugen, und zwar selbst dann, wenn diese etwas teurer sind als einheimische. Das spricht für das Qualitätsbewußtsein des französischen Verbrauchers. Vielleicht *gibt er aber auch sein Geld etwas* leichter aus als etwa der Deutsche. Dazu mag ein gewisser Snob-Appeal kommen, von dem bisher nicht zuletzt die deutschen Auto*mobile profitiert haben. Aber das* staatliche französische Fernsehen wollte es noch genauer wissen. Es konfrontierte den „Mann auf der Straße" mit der Frage, was er von *Artikeln mit dem Aufdruck „Made* in France" halte. Die Antworten waren zum Teil verblüffend. So schlug sich ein Patriot mit der Hand auf die Brust und erklärte, *solche fremdländischen Artikel* würde er natürlich niemals kaufen. Damit erhebt sich die Frage, ob die französische Regierung den Importboom nicht schon dadurch etwas eindämmen könnte, daß sie den Bürgern die englische Sprache näher bringt.

Unruhe am Urlaubsmarkt

Von GERD BRÜGGEMANN

Die Manager der deutschen Reisebranche sehen dem Urlaubssommer in diesem Jahr mit sehr *gemischten Gefühlen entgegen*. Die Buchungen für Pauschalreisen sind bisher weit hinter den ohnehin nicht eben hochgespannten Erwartungen zurückgeblieben. In *Gerüchten ist von zweistelligem* Nachfragerückgang bei manchen Großveranstaltern die Rede, mit der Folge, daß in erheblichem Umfang Kapazität storniert worden sein soll. Ist dies – sofern die Gerüchte denn zutreffen – die nervöse Überreaktion von Managern, die bislang vom Erfolg allzusehr verwöhnt waren, oder hat die lang anhaltende Rezession der Wirtschaft nun auch die Reisebranche erreicht?

Es wäre falsch anzunehmen, die schlechte Buchungslage der ersten Monate dieses Jahres hätte nur Ursachen, die außerhalb des Einflußbereiches der Branche liegen. Die Zurückhaltung der potentiellen Kunden resultiert nicht zuletzt aus Preis-Aktionen der beiden Marktführer Touristik Union International (TUI) und Neckermann, die in den vergangenen Wochen und Monaten Wettbewerber und Kunden verunsicherten.

Die Auseinandersetzung begann Ende vergangenen Jahres, als in den Katalogen der Karstadt-Tochter Neckermann rund tausend Positionen niedriger ausgezeichnet waren als zuvor. Rund ein Drittel davon betraf Hotels, in denen auch die Branchenerste Kontingente hatte. Um, wie TUI-Chef Paul Lepach später erklärte, die eigenen Kunden „nicht vorführen zu lassen", senkte die TUI ihre Preise, und zwar unter das Niveau von Neckermann, was dieses Unternehmen wiederum veranlaßte, die eigenen Preise noch einmal zurückzunehmen.

Obwohl die TUI versuchte, ihre Maßnahmen geräuschlos über die Bühne zu bringen, was natürlich mißlingen mußte, erreichte die Sache ein Übermaß an Publizität, mehr jedenfalls, als die zugrunde liegenden Ereignisse rechtfertigen. Dem interessierten Publikum blieb dies natürlich weitgehend verborgen. Es reagierte preissensibel und hielt sich zurück in der Hoffnung, daß es im Laufe des Jahres noch zu weiteren Preisnachlässen kommen werde.

War solche Entwicklung mit den eher nachteiligen Folgen für das Buchungsverhalten nicht abzusehen? Die Neckermann-Geschäftsleitung weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß ihr Tun eigentlich niemanden habe überraschen können. Die verheerenden Ergebnisse eines im Gefolge der Übernahme durch Karstadt vorgenommenen Trading up waren mit zweistelligen Millionenverlusten unübersehbar. Der Wettbewerb mußte mithin damit rechnen, daß Neckermann alles tun würde, um den einstmals so erfolgreichen Ruf, ein preiswerter Anbieter von Urlaubsreisen zu sein, wieder zurückzuerobern. Man mag darüber streiten, ob der Zeitpunkt der Neckermann-Operationen glücklich gewählt war, daß sie aus betriebswirtschaftlicher wie aus marktpolitischer Sicht vorteilhaft waren, kann nicht übersehen werden. Dies gilt um so mehr, als die Charterfluggesellschaften durch zum Teil erhebliche Preissenkungen das Feld bereitet hatten.

Die TUI jedoch wurde von der Änderung der Neckermann-Preispolitik völlig überrascht. Darin liegt der eigentliche Fehler des Reiseriesen aus Hannover. Die folgenden Aktionen waren wohl mehr oder weniger unvermeidlich, wobei allerdings offen bleibt, ob sie in einer Weise erfolgen mußten, die mit Sicherheit die Glaubwürdigkeit der Anbieter von Urlaubsreisen gefährden mußte.

Dies kann dazu führen, daß sich ein Trend im Urlaubsverhalten weiter verstärkt, der der Reiseindustrie nicht gefallen kann, der Trend zur selbstorganisierten Reise. Damit muß in diesem Jahr ganz besonders gerechnet werden. Das hängt mit der Nachfrage nach Automobilen zusammen, die in den vergangenen Monaten deutlich zugenommen hat. Es gehört zu den sicheren Erkenntnissen der Reisemanager, daß in Jahren, in denen viele neue Autos gekauft werden, das Geschäft mit der Pauschalreise eher schlecht ist.

Ohnehin ist davor zu warnen, das Reise- und Urlaubsverhalten der Bevölkerung aus dem Blickwinkel des Reiseveranstalters zu beurteilen, deren Anteil am gesamten Reisemarkt doch recht bescheiden ist. Bisher gibt es Anlaß zu der Annahme, daß sich der Urlaubsmarkt insgesamt auch künftig anders verhalten wird als der allgemeine Konsumtrend. Der Begriff der gesättigten Märkte gilt für die Reisebranche nur bedingt.

Aus solcher Situation kann auch der organisierte Tourismus seine Vorteile ziehen, wenn er Markt und Kunden sorgfältig pflegt. Dazu gehört freilich bei aller Wettbewerbsbereitschaft Stetigkeit und Glaubwürdigkeit.

US-BANKEN / Anhäufung von Länderrisiken soll durch Auflagen vermieden werden

Der Kongreß fordert eine strengere Kontrolle der Auslandskredite

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Die Tätigkeit amerikanischer Privatbanken im Ausland wird strenger überwacht. Das steht nach den ersten Hearings im Kongreß fest. *Offen ist nur noch das Wie.* Die Vorschläge reichen von neuen gesetzlichen Eingriffen, die das internationale Kreditgeschäft erheblich beeinträchtigen würden, bis zu weniger weitreichenden Maßnahmen der US-Bankenaufsicht. Gestoppt werden soll die „*Darlehensvergabe mit der leichten Hand*".

In Washington ist man sich darüber einig, daß die Institute für die Verschuldungskrise im Ostblock sowie in Mexiko, Argentinien, Brasilien und anderen Staaten mitverantwortlich sind. Die zusätzlichen Kontrollen sind der Preis, den sie für die Bereitstellung von 8,4 Milliarden Dollar für den Internationalen Währungsfonds (US-Anteil an der Aufstockung der Quoten und Allgemeinen Kreditvereinbarung) zahlen müssen. Ohne Bankauflagen gibt der Kongreß keinen Cent.

Diskutiert werden diese Maßnahmen:

- Einführung formaler Ausleihlimite für einzelne Länder; festgelegt werden sie, wie in einem Gesetzentwurf der Senatoren Heinz und Proxmire vorgesehen, vom Federal Reserve Board.
- Statt vierteljährlich müssen die Banken in Zukunft jeden Monat Bericht über ihre Auslandskredite erstatten.
- Die Veröffentlichungen müssen detailliertere Angaben als bisher über das Engagement der Institute in einzelnen Ländern enthalten.
- Zur Pflicht gemacht werden höhere Rückstellungen, um Verluste durch faule Kredite auszugleichen.
- Die bei Umschuldungen fälligen Gebühren werden nicht mehr einmal ausgewiesen, sondern auf die gesamte Laufzeit der Darlehen verteilt.

Im Kongreß haben Paul Volcker (Federal Reserve Board), C. T. Conover (Comptroller of the Currency) und William Isaac (Federal Deposit Insurance Corporation) – die drei Behörden stellen in den USA die Bankenaufsicht dar – „eine laxe Überwachung der Auslandsgeschäfte der Banken" zugegeben. Das habe in verschiedenen Entwicklungsländern zu übermäßigen Risiken geführt.

Dennoch warnte besonders Volcker die Legislative vor zu scharfen Bankkontrollen per Gesetz. Sie sollten vielmehr den Aufsichtsorganen überlassen bleiben. Vorsicht sei deshalb geboten, weil sonst eine Überreaktion seitens der Institute drohe. Volcker: „Je härter wir die Banken anfassen, desto größer ist die Gefahr, daß sie sich aus dem internationalen Bereich zurückziehen. Eine solche Entwicklung kann zu einem plötzlichen Abbau der Auslandskredite führen. Nicht auszuschließen ist dann ein Zusammenbruch des westlichen Finanzsystems."

Volcker wehrte sich auch gegen formale Ausleihlimite. Sie würden zwar zur Diversifizierung der Auslandsengagements der Banken beitragen; die Festsetzung sei jedoch willkürlich, weil das Ausleihpotential der einzelnen Banken und die Aufnahmefähigkeit der ausländischen Kreditnehmer nur schwer abzuschätzen seien. Unterschiedliche Ausleihlimite für jedes Land seien kontrovers und belasteten die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den USA und den betroffenen Regierungen. Es sei nicht Sache der Vereinigten Staaten, wirtschaftspolitische Urteile über andere Nationen zu fällen.

Der „Fed"-Chef empfiehlt überdies eine Verbesserung der Buchhaltungsvorschriften, Abschreibungspraktiken und Kapitalverhältnisse, vor allem bei Instituten mit hohem Auslandsrisiko. Für vielversprechend, weil der Marktdisziplin förderlich, hält er die Offenlegung aller Risiken, die sich aus der Konzentration der Ausleihungen auf wenige Länder ergeben. Volcker plädiert zudem für eine enge Zusammenarbeit mit den Bankenaufsichtsbehörden in den anderen Industriestaaten.

Laut Volcker denkt die US-Bankenaufsicht auch an eine strengere Anwendung des 1979 geschaffenen „Systems der Bewertung von Länderrisiken" durch das Interagency Country Exposure Review Committee. Es besteht aus diesen vier Elementen: Genaue statistische Erfassung der Länderengagements der einzelnen Institute, *um schneller Alarm schlagen zu* können; Überprüfung der Fähigkeit der Banken, mit den Länderrisiken selbst fertig zu werden; Klassifizierung der Schuldnerstaaten und ein Vergleich der Auslandskredite, um für eine bessere Diversifizierung zu sorgen.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Schwierige Verhandlungen über Athens Sonderwünsche

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Über eine Anpassung der Beitrittsbedingungen für Griechenland hat der irische EG-Kommissar Richard Burke bei einem dreitägigen Besuch in Athen verhandelt. Dabei wurde erneut deutlich, daß die Griechen ihren Status als Vollmitglied der Gemeinschaft nicht in *Frage stellen* möchten.

Burke, der am Samstag auch mit Premierminister Andreas Papandreou zusammentraf, bemühte sich um eine möglichst weitgehende Klärung der im März 1982 unterbreiteten Sonderwünsche Athens. Die Kommission hofft, daß die „Neuverhandlungen" noch während der deutschen Präsidentschaft beendet werden können. Sie will dem Ministerrat im kommenden Monat einen Bericht vorlegen.

Das EG-Protokoll verlangt nämlich, daß im Juli die Griechen selbst für ein halbes Jahr den Vorsitz in den Ratsgremien übernehmen. Dies würde die Chancen für Kompromisse in eigener Sache nicht gerade erhöhen. Andererseits verlangt die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in Griechenland möglichst schnelle politische Lösungen. Sie setzt nach Meinung der Kommission auch gewisse finanzielle Opfer der übrigen EG-Partner voraus.

In ihrem „Memorandum" hatte die Regierung Papandreou die Ansicht vertreten, daß die von ihrer Vorgängerin ausgehandelten Beitrittsbedingungen mit der EG den Besonderheiten der griechischen Wirtschaft nicht gerecht würden. Sie verlangte deshalb zusätzliche Hilfsmaßnahmen im Bereich der Landwirtschaft, des Sozialwesens und der Regionalpolitik sowie eine gewisse Anzahl von Sonderregelungen oder befristete Ausnahmen zum Schutz der eigenen Wirtschaft.

In einer ersten Antwort hatte die Kommission im Juni zwar Verständnis für die griechischen Wünsche geäußert, zugleich aber keinen *Zweifel* daran *gelassen*, daß die Gemeinschaft zur Lösung der spezifischen griechischen Probleme „nur im Zuge der Anwendung ihrer Politik" beitragen könne, „nicht jedoch durch Abweichung von den Verträgen". Ein einmal erreichtes Niveau an Liberalisierung und Integration dürfe nicht mehr rückgängig gemacht werden. Bei der Bereitstellung von Haushaltsmitteln rechtfertige sich eine „besondere Geste" zugunsten Athens, doch müßten diese Gelder jeweils „der Abstützung einer Gemeinschaftspolitik dienen".

In mehreren Verhandlungsrunden auf Expertenebene konnten seither die griechischen Forderungen präzisiert werden. Zum Teil soll ihnen im Rahmen der von der Kommission angeregten „integrierten Programme" zur Entwicklung der Mittelmeerregionen begegnet werden. Über die *Wünsche* nach Sonderregelungen im Bereich der Besteuerung von Importen, der Devisenbestimmungen, des Zugangs zu öffentlichen *Aufträgen und der Importrestriktionen* stehen noch schwierige Verhandlungen bevor. Zunächst einmal braucht die Kommission dafür ein formelles Verhandlungsmandat. Gespräche *könnten* also durchaus noch unter Zeitdruck kommen.

AUF EIN WORT

„Ich kann nicht der Gewerkschaftsansicht folgen, daß niedrigere Lohnabschlüsse zu einem weiteren Nachfragerückgang führen müssen. Es ist vielmehr damit zu rechnen, daß der größere Teil einer Lohnerhöhung wiederum zur privaten Rücklagebildung benutzt wird."

Friedrich W. Brinkmann, Vorsitzender des Verbandes der Herrenbekleidungsindustrie FOTO: DIE WELT

Belgien: Gehälter werden gekürzt

rtr, **Brüssel**

Die 890 000 Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Belgien und die Regierung haben sich vorläufig auf ein neues Tarifabkommen geeinigt. Darin ist eine Senkung der Gehälter um 2,5 Prozent und eine Kürzung der Wochenarbeitszeit um eine auf 37 Stunden vorgesehen. Die Regierung will dafür 10 000 neue Arbeitsplätze schaffen. Nach Ansicht politischer Kreise werden sowohl das Kabinett als auch die Gewerkschaften dieser Übereinkunft zustimmen. Das Abkommen habe für die Regierung unter Premierminister Wilfried Martens besondere Bedeutung, da sie auch die privaten Arbeitgeber und die Gewerkschaften zu ähnlichen Tarifabschlüssen bewegen wolle. Sie erhoffe sich dadurch einen Abbau der hohen Arbeitslosigkeit.

IFO-STUDIE

Öffentliche Verkehrsmittel spüren die Konjunkturflaute

AP, **München**

Die flaue Konjunktur hat vor allem in der zweiten Jahreshälfte 1982 die Verkehrsnachfrage in der Bundesrepublik stärker als erwartet gedämpft. Nach einer am Sonntag in München veröffentlichten Konjunkturanalyse des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung wurden im vergangenen Jahr fünf Prozent weniger Güter *im gewerblichen* Güterverkehr transportiert. Öffentliche Verkehrsmittel wie Bahn oder Flugzeug wurden von 2,8 Prozent Fahrgästen weniger be*nutzt. Dagegen sei – begünstigt* durch relativ stabile Benzinpreise und schönes Sommerwetter – die Benutzung des Privatautos mit 2,7 Prozent deutlich stärker gestiegen als erwartet.

Für 1983 erwarten die Münchener Konjunkturforscher ein weiteres Sinken der Verkehrsnachfrage, auch wenn es im späteren Verlauf des Jahres zu den erwarteten Aufschwungstendenzen kommen sollte. Im Gütertransport und im öffentlichen Personenverkehr wird mit einem Rückgang des Beförderungsaufkommens um mehr als ein Prozent gerechnet. Im Individualverkehr sei jedoch eine weitere leichte Zunahme zu erwarten.

Trotz der verstärkten Nutzung von Autos haben sich nach den Angaben des Ifo-Instituts die Hoffnungen der Industrie auf eine Trendwende im Inlandsgeschäft nicht erfüllt. 1982 seien in der Bundesrepublik 7,5 Prozent fabrikneue Autos weniger zugelassen worden als im Vorjahr. Für dieses Jahr erwartet das Institut eine Nachfragebelebung.

Ein besonders schlechtes Zeugnis stellen die Münchener Wirtschaftsforscher der Deutschen Bundesbahn aus. Diese habe 1982 beim Personenfernverkehr ein Minus von 8,3 Prozent, beim Nahverkehr dagegen nur von 1,7 Prozent hinnehmen müssen.

US-AKTIENMÄRKTE

Wall Street richtet sich auf eine fällige Korrektur ein

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Die Hausse an den US-Aktienmärkten, die den Dow-Jones-Industrie-Index um mehr als 320 Punkte in die Höhe trieb, dauert nun schon sechs Monate. Es wundert also nicht, daß sich die Wall Street auf die zu diesem Zeitpunkt fällige Korrekturphase einrichtet. Für Robert Farrell, Chefanalyst bei Merill Lynch, beginnt sie, nachdem das populärste Börsenbarometer die 1100-Marke durchbrochen hat. Am vergangenen *Montag* stieg es bereits auf 1097 Punkte.

Farrell glaubt, daß der „Dow" zehn bis 15 Prozent verlieren wird. Nach seiner Ansicht haben die Investoren *das Ausmaß des langer*warteten Konjunkturaufschwungs überschätzt. Noch stärkere Einbrüche sagt Steven Einhorn, stellvertretender Vorstandsvorsitzender bei Goldman, Sachs & Co., für den Fall voraus, daß die US-Notenbank den Diskont (immer noch 8,5 Prozent) nicht weiter senkt.

Für eine Pause spricht nach Einhorn auch, daß „der Markt die enormen Gewinne verdauen muß". Weitgehend wird das Klima jedoch von den Zinserwartungen bestimmt. Das zeigte am Donnerstag und Freitag die positive Reaktion auf die im Prinzip pragmatische Geldpolitik des Federal Reserve Board. Trotz einer neuen Geldmengen-Explosion gaben die Zinsen auf breiter Front nach; Notenbanktagegeld verbilligte sich von 8,67 auf 8,38, dreimonatige Treasury Bills von 8,08 auf 7,95 Prozent.

Im Wochenverlauf stieg der „Dow" um 6,32 (Freitag: 3,91) auf 1092,82, der mehr als 1500 Werte umfassende Nyse-Index um 0,26 (0,31) auf 85,44 Punkte. Als ein Dämpfer wirkt zweifellos die Prognose von Martin Feldstein, wonach sich in den USA in den nächsten Monaten „die langfristigen Zinsen kaum bewegen werden".

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Dugena-Sanierung erfordert weitere Opfer

Frankfurt (dpa/VWD) – Die angeschlagene Dugena Uhren und *Schmuck eG, Darmstadt*, wird jetzt von der DG-Bank, dem Spitzeninstitut der Genossenschaftsbanken, „unter die Fittiche genommen". Wie Dugena und DG-Bank mitteilen, haben sich die bei der Einkaufszentrale des genossenschaftlichen Uhren- und Schmuck-Fachhandels engagierten Banken grundsätzlich bereit erklärt, ihre Forderungen gegenüber Dugena auf die DG-Bank zu übertragen. Die Übereinkunft schließt einen „angemessenen" Beitrag der Banken zu den bei der Dugena im Frühjahr 1982 eingeleiteten Sanierungsmaßnahmen ein. Dem Vernehmen nach beliefen sich die Bankenforderungen zuletzt auf insgesamt rund 145 Millionen Mark, wobei die DG-Bank eine Quote von elf Prozent hielt.

Weg der Kurse

	18. 2. 83	11. 2. 83
Boeing	35,50	37,25
Chrysler	16	16,25
Citicorp	38,25	35,875
Coca-Cola	48,25	47,875
Exxon	29,375	29,875
Ford Motors	40,625	40,75
IBM	98,375	96,50
PanAm	4,875	4,625
US Steel	22,375	22,50
Woolworth	27,25	27

VW-Anleihe

Frankfurt (DW.) – Durch ihre hundertprozentige niederländische Finanzierungstocher will der Volkswagen-Konzern eine öffentliche DM-Auslandsanleihe in Höhe von 200 Millionen DM über ein internationales Konsortium unter Federführung der Dresdner Bank begeben. Bei einer Laufzeit von zehn Jahren ist ein Jahreskupon von 7¼ Prozent und ein Ausgabekurs von 99 Prozent festgelegt worden. Die Anleihe wird von der Volkswagenwerk Aktiengesellschaft garantiert. Die Börseneinführung ist in Frankfurt vorgesehen.

Weltbank-Kredite

Washington (Sbt.) – Die Weltbank und die Internationale Entwicklungsgesellschaft (IDA) haben sieben Ländern Darlehen über insgesamt 222,5 Millionen Dollar (rund 534 Millionen Mark) eingeräumt. Uruguay erhält 45 (Straßen- und Brückenbau), *Zaire 13* (Agrarprojekte im Nordosten), Zimbabwe 70,6 (Rohstoffimporte), Somalia 23 (Ausbau der Afgoi-Baidoa-Straße), Kenia 12 (Ausweitung des geothermischen *Olkaria-Feldes*), Senegal 9,5 (Erdölexploration) und Indonesien 49,4 Millionen Dollar (Abwässer in Djakarta, Malariabekämpfung).

Nachfrage schrumpft

Paris (J. Sch) – Für die französische Industrie hat das neue Jahr noch schlechter begonnen, als das alte geendet hat. Nachdem der Produktionsindex im Dezember saisonbereinigt gegenüber dem Vormonat um 0,8 Prozent und gegenüber Dezember 1981 um 3,1 Prozent zurückgegangen war, ließ der Verbrauch der privaten Haushalte an industriellen Erzeugnissen von Dezember auf Januar um real 5,1 Prozent nach. Damit hat sich zum ersten Mal der durch die verschärfte französische Einkommenspolitik herbeigeführte Kaufkraftschwund auf die Nachfrage vor allem nach Konsumgütern empfindlich ausgewirkt. So schrumpften die Autokäufe von 200 000 im Dezember auf 150 000 Zulassungen im Januar.

Bessere Gewinnaussichten

Tokio (VWD) – Die Gewinnaussichten japanischer Unternehmen haben sich verbessert. Das Wirtschaftsforschungsinstitut Okasan hat seine Gewinnprognose für 363 an der Tokioter Effektenbörse notierte Unternehmen deutlich erhöht. Der Gewinn vor Steuern dieser Unternehmen dürfte im Halbjahr zum 31. März um vier Prozent höher liegen als zur entsprechenden Vorjahreszeit. Noch im Dezember war Okasan von einer 1,5prozentigen Steigerung ausgegangen.

Londoner Kassapreise

	18. 2. 83	11. 2. 83
Kupfer (£/t)	1092	1063,5
Blei (£/t)	301,5	289
Zink (£/t)	444,25	436,5
Zinn (£/t)	8532,5	8450,5
Gold ($/Unze)	503,5	503
Silber (p/Unze)	935,30	921,90
Kakao [1] (£/t)	1321	1349,5
Kaffee [1] (£/t)	1635,5	1647,5
Zucker (£/t)	105	111
Kautschuk (p/kg)	66	61
Wolle (p/kg)	402	402
Baumwolle [2] (cts/lb)	74,30	73,90

[1] Abladung Mai
[2] A-Index-Preis Liverpool

FRANKREICH

Japans Exportbeschränkung reicht Paris nicht aus

JOACHIM SCHAUFUSS, **Paris**

Ob die französische Regierung auf der heutigen Sitzung des Brüsseler Ministerrats die von den EG-Kommissaren Davignon und Haferkamp kürzlich in Tokio getroffenen Absprachen *zur Mäßigung* der japanischen Exporte insbesondere von Videorecordern billigt, ist keineswegs sicher. Denn die Kommission habe sich möglicherweise nicht voll an das ihr erteilte Regierungsmandat gehalten, heißt es in Paris.

Ausdrücklich wird beim hiesigen Außenministerium darauf hingewiesen, daß die Absprachen zwischen Brüssel und Tokio die französische Regierung nicht verpflichten, die Verzollungsformali*täten von Poitiers aufzuheben*. Auf dieses völlig unzureichend besetzte Provinzzollamt war die Abfertigung der gesamten Einfuhr japanischer Videorecorder verwiesen worden. *Offensichtlich möchte* sich die französische Regierung die in Poitiers blockierten rund 200 000 Geräte auf das diesjährige Einfuhrkontingent an japanischen Videorecordern anrechnen lassen. Für die Japaner dagegen handelt es sich um illegal zurückgehaltene Importe aus dem letzten Jahr.

Dazu heißt es in Paris, daß ohne Poitiers das Abkommen zwischen Brüssel und Tokio nicht zustande gekommen wäre. Darüber dürften auch die Proteste der EG-Kommission gegen angeblich illegale französische Einfuhrbeschränkungen nicht hinwegtäuschen.

Noch ungeklärt ist nach Pariser Angaben auch die *Frage*, was geschieht, wenn Japan seine Videorecorder-Produktion in den EG-Ländern über die 600 000 Geräte hinaus erhöht, die für 1983 in dem auf insgesamt 4,55 Millionen Geräte bemessenen Einfuhrkontingent mitberücksichtigt worden sind. Ursprünglich wollte sich Frank*reich mit einem EG-Kontingent* von nur 3,5 Millionen Geräten einverstanden erklären.

STELLENANZEIGEN / Deutliches Spiegelbild der konjunkturellen Entwicklung

Wende am Markt für Führungskräfte?

J. BRECH, **Hamburg**

Die Stellenanzeigen in den großen deutschen überregionalen Tageszeitungen, die nach einem über drei Jahre reichenden Vergleich der Hamburger Unternehmensberater-Firma SCS Scientific Control *Systems GmbH ein deutliches* Spiegelbild der konjunkturellen Entwicklung sind, haben im vierten Quartal 1982 mit knapp 6500 Angeboten den seit Jahren tiefsten Stand erreicht.

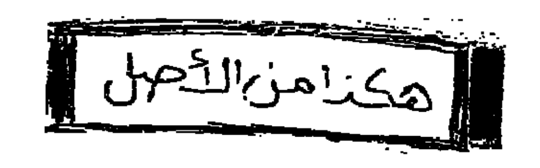
Die Nachfrage nach Führungs- und Fachkräften lag im letzten Quartal 1982 um 15 Prozent unter der im vierten Quartal 1981 und um 33 Prozent unter der von 1980. Der Niedergang der wirtschaftlichen Aktivitäten zeigt sich in einer Ver*ringerung der insgesamt* ausgeschriebenen Stellen von 50 000 Angeboten im Jahr 1980 auf 40 000 in 1981 und nur noch 30 000 im vergangenen Jahr.

Die SCS-Untersuchung enthält jedoch auch einen Lichtblick. Der übliche deutliche Rückgang von Stellenangeboten in den letzten drei Jahresmonaten gegenüber *dem dritten Quartal blieb 1982 aus.* Diese Tendenz hat sich im Januar dieses Jahres fortgesetzt und wird von SCS als erstes Anzeichen einer Wende am Stellenmarkt gewertet.

Die Einbrüche der letzten drei Jahre haben sich mit erheblichen Unterschieden innerhalb der Branchen vollzogen. Der Maschinen- und Apparatebau verlor an den gesamten ausgeschriebenen Stellen wesentlich an Bedeutung, ebenso die Branchen Stahl- und Metallbau, Chemie und Mineralöl sowie Feinmechanik und Optik. Die Anteile der Führungskräfte, die die Computerhersteller, die pharmazeutische Industrie sowie das Kredit- und Versicherungswesen *suchten*, sind dagegen gestiegen.

Gemessen an den Ausbildungserfordernissen können die Inge*nieurwissenschaftler nach* wie vor mit der stärksten Nachfrage rechnen. Jede vierte angebotene Stelle richtet sich an einen Ingenieur. Diplom-Kaufleute und Betriebswirte liegen mit einem Anteil von 12,7 *Prozent an zweiter* Stelle. An Juristen wenden sich dagegen nur noch 1,5 Prozent aller Anzeigen, an Volkswirte 1,8, an Diplom-Physiker 0,5 und an Diplom-Mathematiker 0,1 Prozent.

Unabhängig von Branchen und Ausbildung wächst unter den Stellenangeboten der Anteil von Positionen für das Top-Management. Auf Angebote für Vorstand und Geschäftsführung entfielen 1980 erst 3,7 Prozent aller Anzeigen, 1982 waren es bereits 6,3 Prozent. Verstärkt über Anzeigen werden auch Stellen im mittleren Management besetzt. Dieser Anteil stieg von 41,5 auf 48,9 Prozent. Lücken auf den unteren Stufen des Managements schließen die Unternehmen in schwierigen Zeiten dagegen bevorzugt aus den eigenen Reihen. Auch bei der Suche nach *Fachkräften gehen die Unternehmen* immer seltener den Weg über die Tageszeitungen.



FRANKREICH

Bekenntnis zum freien Handel

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Nachdem Außenhandelsminister Michel Jobert mit deutlich protektionistischen Untertönen die französische Wirtschaft immer wieder zur „Rückeroberung des Binnenmarktes“ aufgefordert hatte, appellierte er in letzter Zeit an das „Unterscheidungsvermögen“ der Franzosen. Dies beweise, daß er nicht die Absicht habe, (neue) protektionistische *Maßnahmen zu ergreifen*, sagte der Minister dazu jetzt in einem Interview mit der Pariser Wirtschaftszeitung „Les Echos“.

Von seinem liberalen Bekenntnis ausgenommen hat Jobert allerdings den Fall der „illoyalen Auslandskonkurrenz“, womit er hauptsächlich die Fernorst-Konkurrenz meinte, und den der „schweren Krise“ einzelner Industriezweige. Hier will sich Frankreich aber grundsätzlich auf gemeinsame Maßnahmen im Rahmen der EG stützen.

Der Minister beklagte, daß die Franzosen gegenüber der Notwendigkeit, ihre Industrie zu unterstützen, weniger sensibel seien als etwa die Deutschen. Dort würde von den Gewerkschaften – nach Jobert die „protektionistischsten der Welt“ – das Schutzbedürfnis der Arbeitsplätze besonders gut begriffen. Ähnliches gelte von den amerikanischen Syndikaten, was der US-Regierung erlaube, sich einen sehr liberalen Anstrich zu geben.

Auf jeden Fall aber könne Frankreich, wie der Minister *meint*, sein hohes Außenhandelsdefizit nur durch verstärkte Exportbemühungen überwinden. Es sei deshalb vordringlich, daß das (inzwischen weitgehend verstaatlichte) französische Bankensystem den kleinen und mittleren Unternehmen bei der Erschließung von Auslandsmärkten *hilft*. Auch dürften die Banken für die Finanzierung von Exportgeschäften nicht mehr geringere Kommissionen als für die von Importgeschäften erhalten.

ARBEITSMARKT / Modellrechnungen des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarktforschung bis zum Jahr 2000

Die Hoffnung bleibt ein hohes Wachstum

GISELA REINERS, Bonn

Werden wir zum Jahr 2000 schon mit 55 in den Ruhestand gehen *müssen? Werden wir allen Ausländern* die Grenzen versperren? Werden alle Frauen zu Heim und Herd zurückkehren? Wie begegnen wir der hohen Arbeitslosigkeit, mit der bis gegen Ende des Jahrtausends zu rechnen ist? Wird es gelingen, ein so hohes Wachstum zu erreichen, daß alle wieder Lohn und Brot finden? Das sind die Fragen, die beantwortet werden müssen. Aufgeworfen werden sie durch Modellrechnungen – keine Prognosen! – des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg, die Wolfgang Klauder in der Februar-Ausgabe der Zeitschrift „Die Angestellten-Versicherung“ aufbereitet hat.

Die drei wichtigsten Faktoren, die in die Rechnung Eingang gefunden haben, sind die Bevölkerungsentwicklung, damit zusammenhängend die Zahl ausländischer Arbeitnehmer und das Wachstum. Klauder kommt dabei zu dem Schluß, daß es bis zum Jahr 2000 kaum weniger Erwerbspersonen (deutsche und ausländische) geben wird als 1980. Seiner *Ansicht nach* wird das *Maximum* beim Angebot an Arbeitskräften erst 1990 überschritten sein. Dabei unberücksichtigt sind die Zuwanderungen aus Ländern der 1990 erweiterten EG und das Hineinwachsen der zweiten Ausländergeneration ins Erwerbsalter. Klauder glaubt also nicht, daß es allein von der Bevölkerungsentwicklung her eine spürbare Entlastung auf dem Arbeitsmarkt her geben kann.

Was den Abbau der Arbeitslosigkeit weiter erschwert, ist eine relativ hohe Beschäftigungsschwelle. Auf Grund von IAB-Berechnungen nimmt Klauder folgende Faustgröße an: Bei einem längerfristigen Wachstum von drei bis 3,5 Prozent bleibt der Bedarf an Arbeitskräften tendenziell konstant. Dafür sorgen sektoraler Produktivitätsfortschritt und sektoraler Strukturwandel.

Durch eine Verlagerung des Wachstumsschwerpunkts auf den Dienstleistungsbereich verlangsamt sich zwar global der Produktivitätsfortschritt. Doch der Siegeszug der Mikroelektronik kompensiert diese *Entwicklung* wieder. Aus diesen Zusammenhängen läßt sich nach Klauder eine weitere Faustformel ableiten: Ein Prozent mehr oder weniger Wachstum als die angenommenen drei bis 3,5 Prozent fließen zur Hälfte in die Produktivität, zur Hälfte in die Beschäftigung. Das würde bedeuten, daß in zehn Jahren eine Million (oder jährlich 100 000) Arbeitsplätze mehr oder weniger zur Verfügung stünden. Gleichzeitig wurde bei dieser Rechnung unterstellt, daß die Arbeitszeit entsprechend einem langfristigen Trend pro Jahr um 0,9 Prozent verkürzt wird.

Nach diesen Rechnungen müßte das Wirtschaftswachstum der kommenden Jahre schon sehr hoch sein, wenn dadurch nicht nur die vorhandene Arbeitslosigkeit abgebaut, sondern auch die nachdrängenden Jahrgänge und Zuzügler untergebracht werden sollten. Bei einem längerfristigen Wachstumstempo, so Klauder, von deutlich unter drei Prozent „wären noch zusätzliche Freisetzungen möglich“. Wächst die Wirtschaft jedoch *längerfristig nur um drei bis 2,5* Prozent – was zur Zeit für realistisch gehalten wird –, so könnte sich im schlechtesten Falle die Differenz zwischen Angebot und Nachfrage von Arbeitskräften noch bis Mitte der neunziger Jahre vergrößern auf 4,3 Millionen Menschen, die Arbeit suchen. Selbst wenn man unterstellt, daß davon ein Drittel in die stille Reserve geht, so bleiben im Jahresdurchschnitt noch drei Millionen Menschen übrig, die keinen Job finden.

Der Arbeitsmarkt muß also entlastet werden, aber wie? Eine von der Regierung geplante Vorruhestandsregelung hofft auf eine halbe Million Abgänger, die mit 58 Jahren ausscheiden; das zehnte Schuljahr ist bis 1985 überall eingeführt und bringt kaum Erleichterung; die „Erwerbsneigung“ der Frauen ist ungebrochen, schon auf Grund ihrer zunehmenden Qualifikation. Die Hoffnung bleibt ein hohes Wirtschaftswachstum.

OSTBLOCK / Wirtschaftsgipfel im Mai?

Polen-Krise Hauptthema

D. SCHMIDT, Hannover

Die im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) zusammengeschlossenen Länder sind nach wie vor weit davon entfernt, als festgefügter Block nach dem Muster der Europäischen Gemeinschaft außenwirtschaftliche Ziele zu formulieren oder gar zu verwirklichen. Diese Ansicht vertritt Heinrich Machowski vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, der als Kenner des RGW gilt.

Neben den hohen Niveau-Unterschieden der Wirtschaftsleistung zwischen den einzelnen Ostblockländern wird die Zusammenarbeit vor allem von der wirtschaftlichen Stärke der UdSSR bestimmt. Von dem ursprünglichen Ziel einer gemeinsamen Planung, so Machowski, ist lediglich ein „theoretischer Anspruch auf Koordinierung“ übriggeblieben. Die Bemühungen der UdSSR, die Kompetenzen der RGW-Organe zu erweitern, sind bislang gescheitert.

Der *Kompetenzmangel*, an dem einige Länder durchaus intere[ss]iert sind, findet seinen Ausdruc[k] in der Tatsache, daß der seit Jahre[n] diskutierte Wirtschafts-Gipfel d[er] RGW-Länder bisher nicht zusta[n]de kam. Das jüngste Treffen d[er] zuständigen Generalkommissa[re] gibt nach Machowskis Worten ke[i]nen Aufschluß über einen endgü[l]tigen Termin und die zu beha[n]delnden Themen. Beobachter ve[r]muten aber, daß es im Mai zu[m] RGW-Gipfeltreffen kommen wir[d].

Die Probleme nämlich werde[n] immer drängender. Die Polen-Kri[]se dürfte dabei im Vordergrun[d] stehen. Aber auch die nach d[er] Kürzung der russischen Öllief[e]rungen um zehn Prozent in eine[n] Engpaß geratene Energieverso[r]gung, die Währungsproblemat[ik] und die kaum lösbaren Transpo[rt]schwierigkeiten sind Punkte, d[ie] zur Sprache kommen werden.

Trotz aller Probleme und Mäng[el] sei das vor allem außenpolitis[ch] motivierte Interesse der UdSS[R] am Wirtschaftspakt unverkennba[r]. Für seine Existenz nehme d[ie] UdSSR *erhebliche Opfer auf sich*

IMMOBILIEN / In Essen wird für Auslandsanlagen geworben

Stark gefragt sind USA und Kanada

HANS BAUMANN, Essen

„Die Zeiten waren noch nie so günstig, um in den USA oder in Kanada in Liegenschaften aller Art oder in landwirtschaftliche Güter krisensicher und mit guter Rendite zu investieren.“ Der Anlagenberater Unifeller wirbt mit diesem Satz auf der 8. Internationalen Immobilienmesse in Essen. Unifeller sitzt in Montreal, hat aber Niederlassungen in der Bundesrepublik, in der Schweiz und in Österreich.

Und Unifeller ist nicht allein, Kilkenny aus Winnipeg könnte aufgeführt werden oder Cal-Vista Realty, deren Präsident Kurt E. Schulze vor 30 Jahren nach Kalifornien auswanderte und 1974 vom seinerzeitigen Gouverneur Ronald Reagan nach Deutschland geschickt wurde, um Investoren ins Land zu holen.

Aber nicht nur nordamerikanishe Firmen versuchen in Essen für Kapitalanlage in Nordamerika zu werben. Die Großbanken sind ebenso auf der Messe wie der große Hamburger Spezialist Lehndorff Vermögensverwaltung. Und weil Nordamerika offensichtlich deutsches Kapital wert ist, standen am Samstag und am Sonntag Sondertagungen über *Kapitalanlage in* Nordamerika im Mittelpunkt der Messe, auf der 90 Firmen aus sieben Nationen Objekte aller Art bis zum 21. Februar anbieten.

Es sind in Kanada die Wachstumsregionen, in denen sich die Anlage besonders lohnt, vornehmlich die Provinzen Ontario, Alberta und British Columbien. In den USA bietet die größte Attraktion der sogenannte Sunbelt-Gürtel bis hin nach Kalifornien. Das Preisniveau in Nordamerika ist durchweg niedriger als das in der Bundesrepublik.

Renditen für erstklassigen Grundbesitz liegen in Nordamerika bei sechs bis acht Prozent. Die höheren Abschreibungen führen oft dazu, daß die Erträge steuerlich weitgehend neutralisiert werden können. Immerhin werden in den USA Gebäude innerhalb von 15 Jahren abgeschrieben, in der Bundesrepublik *laufen die Fristen 50* Jahre.

Auf der Messe-Tagung wurde darauf hingewiesen, daß eine Kapitalanlage in Nordamerika nur über 50 000 Mark sinnvoll ist. Für solche Anlagen werden Kommanditgesellschaften nordamerikanischen oder deutschen Rechts gegründet, die in der Regel zwischen 20 und 50 Millionen Dollar Vermögensanlage verwalten. In diesen Fonds werden Immobilien gemischt, um das Risiko auszugleichen. Es gibt aber auch die Möglichkeit, sich an einer KG zu beteiligen, die nur ein Objekt verwaltet.

Billiger Strom für Pechiney

J. Sch. Paris

Die verstaatlichte französische Pechiney-Ugine-Kuhlmann (PUK), Europas größter Aluminiumproduzent, soll vom 1. Mai an in den Genuß stark reduzierter Strompreise kommen, um seine Absatzkrise zu überwinden. *Gegenwärtig hat PUK 16* Centime je Kilowattstunde an die Electricité de France (EDF) zu bezahlen. Der neue Tarif würde in der Nähe des Selbstkostenpreises der EDF liegen, erklärte jetzt Energieminister Edmond Hervé. Dies wäre das erste Mal, daß die EDF – auf Anweisung der Regierung – Vorzugstarife einräumt, um einem notleidenden Großverbraucher wieder auf die Beine zu helfen. Angesichts *der weltweiten Aluminiumkrise ist* PUK tief in die roten Zahlen gerutscht. Ihr konsolidierter Verlust dürfte im letzten Jahr rund 3 Mrd. Franc erreicht haben. Die PUK-Verwaltung beantragte daraufhin eine Halbierung des Stromtarifs für die Aluminiumerzeugung.

SIEMENS / Technologie-Kooperation

Vertrag mit der TU Berlin

PETER WEERTZ, Berlin

Mit einem neuen Kooperationsvertrag in der grafischen Datenverarbeitung will die Siemens AG ihren Kontakt zur Technischen Universität Berlin erweitern. Es sei wichtig, in den innovativen Zweigen der Schlüsseltechnologien zusammenzuarbeiten, unterstrich Prof. Karl Heinz Beckurts, Vorstandsmitglied für den Zentralbereich Technik von Siemens. Bisher haben Siemens und die TU Berlin schon in der Mikroelektronik, der integrierten Optik und der Automationstechnik kooperiert.

Von dem neuen Kooperationsvertrag *erwarten die Partner eine* bessere Nutzung der grafischen Datenverarbeitung an den Arbeitsplätzen der Ingenieure, wie der Präsident der TU Berlin, Prof. Jürgen Starnick, hervorhob. „Die Zukunft eines Industriestaates wird auch von der Qualität seiner Hochschulen bestimmt“, sagte Vo[r]standsmitglied Werner Pochenri[e]der. Es komme darauf an, die F[ä]higkeiten zum kreativen Handel[n] schon *während des Studiums* [zu] fördern.

In Berlin arbeitet Siemens an [..] Forschungsobjekten mit wisse[n]schaftlichen Instituten zusamme[n], darunter mit dem Hahn-Meitne[r]-Institut, dem Heinrich-Hertz-Inst[i]tut und der Fraunhofer Gesel[l]schaft zur Förderung angewandt[er] Forschung. Die Zusammenarbe[it] von Wissenschaft und Industr[ie] soll den Praxisbezug der Fo[r]schung fördern.

In der Schlüsseltechnologie M[i]kroelektronik konnte nach Ang[a]ben von H. Günter Bohle vom Si[e]mens-Unternehmensbereich Ba[u]elemente Westeuropa zwar d[ie] technologische Lücke gegenüb[er] den USA schließen, in der Anwe[n]dung seien aber USA und Japa[n] nach wie vor führend.

RIZZOLI / Verhaftung des Verlegers ebnet Weg zur Neuordnung des Konzerns

Für 50 Millionen Mark fehlen Belege

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Mit der Verhaftung des Präsidenten des größten italienischen Zeitungsverlages, Angelo Rizzoli, seines Bruders Alberto und des vor wenigen Tagen von seinem Posten zurückgetretenen langjährigen Generaldirektors Bruno Tassan Din ist am Freitag der Untergang des einst mächtigen Verlegerclans Rizzoli-Tassan Din in seine letzte Phase getreten. Der Verhaftung vorausgegangen war vor wenigen Wochen bereits die gerichtlich kontrollierte Verwaltung des Konzerns, mit der die Gläubiger des hochverschuldeten Verlags einen Konkurs abzuwenden hoffen.

Die drei Verlagsrepräsentanten werden eines Bilanzfehlbetrages von 29 Milliarden Lire (rund 50 Millionen Mark) beschuldigt, der den Ermittlungen des gerichtlichen Verwaltungskommissars zufolge in den Jahren zwischen 1976 und 1979 entstanden ist und wofür betriebswirtschaftliche Aktivposten bis heute fehlen. Vermutet wird, daß sich dahinter Bestechungs- und Vermittlungsgelder verbergen, die Angelo Rizzoli und Bruno Tassan Din für „*Dienstleistungen*“ und Kredite gezahlt haben. Als besonders verdächtig gelten in diesem Zusammenhang die Beziehungen, die der Generaldirektor des Verlagskonzerns mit dem flüchtigen Großmeister der verbotenen Geheimloge P 2, Licio Gelli, und dem im vergangenen Jahr an der Londoner Blackfires Bridge erhängt aufgefundenen Präsidenten des Mailänder Kreditinstituts Banco Ambrosiano, Roberto Calvi, unterhielt.

Die Verhaftung der Verlagsspitze ebnet den Weg für eine personelle Bereinigung des Konzernmanagements. Schon am heutigen Montag tritt der Restvorstand des Konzerns zusammen, um eine Neubesetzung der Führungsposten zu beschließen. Für den 3. März ist die Hauptversammlung der Verlagsgesellschaft einberufen, die dem neuen Vorstand ihre Genehmigung erteilen wird. Schon jetzt steht fest, *daß darin die Männer von Rizzole* und Tassan Din keinen Platz mehr haben werden.

Ohnehin stehen der 40-Prozent-Anteil von Angelo Rizzoli und der *Zehn-Prozent-Anteil* von Tassan ein schon lange nur noch auf dem Papier. Wahrer Eigentümer des Verlags ist seit geraumer Zeit die inzwischen in Nuovo Banco Ambrosiano umgetaufte Hauptgläubiger-Bank, die über ihre Finanzgesellschaft La Centrale weitere 40 Prozent des Verlagskapitals in Händen hält. Für Ambrosiano-Chef Pierre Schlesinger „erleichtert“ das Abtreten der alten Verlagsmanager jetzt die Pläne, den überdimensionierten Verlag zu entflechten und Käufer für die lebensfähigen Teile zu finden.

Die beabsichtigte Entflechtung wird nicht ohne Opfer abgehen. Das betrifft vor allem das wichtigste Verlagsobjekt, die größte italienische Tageszeitung „Il Corriere della Sera“, bei der Entlassungen und frühzeitige Pensionierungen wohl kaum zu umgehen sein werden. Ein Sanierungsentwurf, der allerdings noch mit den Gewerkschaften ausgehandelt werden muß, sieht den Abbau von 1500 Beschäftigten vor, fast einem Zehntel der Gesamtbelegschaft des Konzerns.

Indien überdenkt Einfuhrpolitik

dpa/VWD, Neu-Delhi

Die indische Regierung will offenbar nach einem Jahr relativ liberaler *Einfuhrpolitik jetzt den Import* aus der westlichen Welt wieder beschränken. Handelsminister Vishwanath Pratap Singh sagte vor Journalisten, sein Land müsse seine „Politik überdenken“, wenn die entwickelten Länder ihre Einfuhrzölle und andere Einfuhrbehinderungen für indische Proudukte beibehielten.

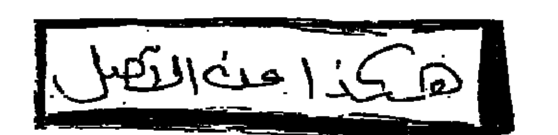
Wirtschaftsexperten in Neu-Delhi sehen hinter Singhs Einwänden aber rein interne wirtschaftliche Gründe. Denn die Handelsbilanz Indiens hat sich stark verschlechtert und die Devisenreserven sind erheblich geschrumpft. Im Finanzjahr 1981/82 beliefen sich die Exporte auf 75,6 Milliarden Rupien (19 Milliarden Mark), während die Importe 132,7 Milliarden Rupien betrugen. Offiziell werden die Devisenreserven Indiens zur Zeit auf 39 Milliarden Rupien (9,8 Milliarden Mark) beziffert. Davon müssen aber die 1,8 Milliarden Sonderziehungsrechte (rund 4,9 Milliarden Mark) abgezogen werden, die Indien im Rahmen eines Kredites vom Internationalen Währungsfonds (IWF) erhalten hat.

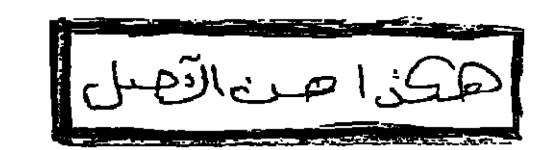
RENTENMARKT / Ruhiges Geschäft

Stimmung blieb freundlich

Die Stimmung am Rentenmarkt ist bei *ruhigem* Geschäft freundlich. Die Renditen sinken weiter, wenn auch nur zögernd, weil die Nachfrage nicht sonderlich stark ist. Immerhin gelang es aber der Bundesbank im Rahmen der Kursregulierung, zu steigenden Kursen Material in den Markt zu schleusen. Ein Indiz für die insgesamt gute Verfassung des Marktes ist auch die Tatsache, daß der Kurs der kürzlich zu 99¾ Prozent em[it]tierten Postanleihe inzwischen a[uf] 100,30 gestiegen ist. Anders als a[m] Aktienmarkt ist bei Renten n[ur] sporadisch ausländisches Kauf[in]teresse zu beobachten. Und me[ist] beschränken sich die Aktivitä[ten] ausländischer Anleger zur Zeit a[uf] den Tausch ganz kurzfristiger Ti[tel] in Papiere mit mittleren Laufzeit[en] und höherer Rendite. Dies ist e[in] Zeichen der Zuversicht. (c[...]

Emissionen	18. 2. 83	11. 2. 83	30. 12. 82	30. 12. 81	30. 12. 80
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,16	7,17	7,45	10,05	9,30
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	6,97	7,02	7,04	10,55	9,88
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	7,46	7,51	7,61	10,26	9,43
Schuldverschreibungen der Industrie	7,76	7,81	8,24	11,52	8,35
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	7,36	7,44	7,65	10,12	9,37
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7.05	7,11	7,43	10,50	9,70
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,83	7,93	8,94	8,75	9,05
Inländische Emittenten insgesamt	7,36	7,43	7,63	10,19	9,41
DM-Auslandsanleihen	8,44	8,54	8,45	10,32	8,32





REINHOLD & MAHLA / Neustrukturierung angekündigt

:npassung an Marktsituation

INGE ADHAM, Frankfurt

Als letzten Schritt zur Sanierung r Reinhold & Mahla GmbH, annheim, die seit 1974 zum Bay-Konzern gehört, sieht Wilhelm rkel, Vorsitzender der Gehäftsführung, die jetzt angekünte Neustrukturierung des Unnehmens. Danach werden vom Mai dieses Jahres an drei voneinder unabhängige, selbständige chtergesellschaften der Bayer-G das Reinhold&Mahla-Geschäft hren. Der Firmensitz Mannheim rd aufgegeben. Mit diesen Maßhmen will man sich an die geandelte Marktsituation sowie die nterschiedlichen Anforderunn an die Einzelgeschäfte" anpasn.

Das Montagegeschäft, in dem ei Viertel der Reinhold & Mahlaschäftigten arbeiten, wird künf- durch die R & M Dämmtechnik inhold & Mahla GmbH mit Sitz München geführt. Auf das Mongegeschäft entfallen rund zwei ittel des Umsatzes des bisherin Unternehmens; es sei gelunn, diesen Bereich in die Gewinnne zu führen, heißt es.

Das Hartschaumgeschäft (rund) Mitarbeiter) wird durch die Correcta GmbH, Bad Wildungen, weitergeführt. Mit Sitz in Düsseldorf übernimmt künftig die Reinhold & Mahla Dämmstoffe GmbH das Geschäft im Bereich Mineralwolle und Exruderschaum mit rund 320 Mitarbeitern. Zwar sollen etwa 50 bis 60 Mitarbeiter aus Mannheim nach München übernommen werden, insgesamt 160 Arbeitsplätze (davon 95 in Mannheim) „ließen sich nicht mehr aufrechterhalten".

Ende 1982 beschäftigte Reinhold & Mahla insgesamt rund 3700 Mitarbeiter in der Bundesrepublik. Zur Geschäftsentwicklung sagte Forkel, daß man die „einschneidenden" Auswirkungen der Bauflaute gespürt habe. Der Umsatz des Vorjahres sei nicht ganz erreicht worden, vor allem wegen des schwachen Dämmstoffgeschäftes. Für 1981 hatte das Unternehmen 528 Mill. DM Umsatz ausgewiesen, dazu kommen unverändert 120 Mill. DM Umsatz bei den Auslandstöchtern.

Die Ertragssituation (1981 11,3 Mill. DM Verlust) habe sich weiter verschärft, erklärte Forkel, der – künftig in Düsseldorf tätig – für dieses Jahr mit einer leichten Besserung rechnet.

UPONT / Der Konzern schnitt schlechter ab

:rtrag deutlich verbessert

HARALD POSNY, Düsseldorf

n weitgehend ungünstigem tschaftlichen Umfeld des In- l Auslands hat die DuPont de mours (Deutschland) GmbH, sseldorf, 1982 nicht nur ihren nsatz um 4,1 (9) Prozent auf 1,92 d. DM gesteigert, sondern auch ı Ertrag nach den Worten des rsitzenden der Geschäftsfühg, Werner Riedner, „deutlich bessert". Im letzten Jahr hatte : Unternehmen einen Jahreserschuß von 46,9 Mill. DM ausviesen.

iut abgeschnitten hat der Beh Chemikalien-Kunststoffezialerzeugnisse, während im erbereich die Inlandsverkäufe l bei Fotoprodukten das Extgeschäft leicht rückläufig wa. Das positive Ergebnis führt dner auf die erfolgreiche Marktführung von Produkten zurück, in den letzten Jahren mit erhebı finanziellem Aufwand ercht und entwickelt worden sei. Für 1983 rechnet Riedner mit em „noch akzeptablen" Geäft. Ein besseres Ergebnis sei auch dann nicht zu erwarten, wenn sich im Jahresverlauf die Konjunktur beleben sollte, wofür es erste Anzeichen gebe. Das Unternehmen sei für den Inlandsmarkt gut gerüstet. Besondere Aufmerksamkeit müsse jedoch dem Exportgeschäft gelten, das durch Währungsunsicherheiten beeinträchtigt werde.

Der Konzernumsatz der amerikanischen DuPont Co. stieg 1982 von 33 auf 33,3 Mrd. Dollar, der Gewinn reduzierte sich von 1,54 auf 0,89 Mrd. Dollar. Der Gewinn je Stammaktie sank auf 3,75 (4,88) Dollar. Die traditionellen DuPont-Geschäftsbereiche (ohne Conoco) schlossen mit einem Umsatzrückgang von 9 Prozent und einer Ertragsverringerung um 42 Prozent ab. Ölexploration und -produktion, Ölraffinerie und -transport sowie Kohle weisen zum Teil erheblich höhere Betriebsergebnisse aus. Ertragsrückgänge wurden bei biomedizinischen Produkten, Fasern, Polymerprodukten sowie Agrar- und Industriechemikalien verzeichnet. Die Energiebereiche trugen 57 (39) Prozent zum Ertrag bei.

GENOSSENSCHAFTSBANKEN / Nur 579 von 1700 Instituten übriggeblieben

Die Fusionswelle ebbt nun deutlich ab

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Die große Verschmelzungswelle bei den Bankinstituten des genossenschaftlichen Lagers in Württemberg, das in dieser Region ein überdurchschnittliches Gewicht hat, klingt ab. Ausgehend von fast 1700 Volksbanken und Raiffeisenbanken zu Mitte der fünfziger Jahre schrumpfte ihre Zahl durch Konzentration bis zum Jahre 1970 auf 1059 Banken. Jenes Jahr markiert das Zusammengehen der bis dahin getrennt aufgetretenen Raiffeisen- und Schulze-Delitzsch-Organisationen zum Württembergischen Genossenschaftsverband, der auf diese Weise bundesweit die Schrittmacher-Rolle übernahm.

Die organisatorische Straffung und das inzwischen vorgeschriebene Vier-Augen-Prinzip bei den vielfach mit nur einem Alleinvorstand aufgetretenen kleinen Raiffeisenbanken sorgten für eine deutliche Beschleunigung des Fusionstempos, das nunmehr abebbt. Im Jahre 1982 kam es noch zu 20 Verschmelzungen (nach 85 im Jahr davor), so daß die Organisation in Württemberg nunmehr 579 Banken (mit insgesamt 2590 Bankstellen) zählt. Bei etwa 60 der verbliebenen Banken sei nach Angaben des Verbandspräsidenten Hermann Hohner das Vier-Augen-Prinzip noch nicht verwirklicht. Dabei seien aber in 50 Fällen neue Vorstände in Ausbildung. Hohner rechnet deshalb für die nächste Zeit nurmehr noch mit etwa 10 weiteren Banken-Verschmelzungon.

Die genossenschaftlichen Kreditinstitute in Württemberg, die in diesem Landesteil Marktanteile von 20 bis 30 Prozent (gegenüber 10 bis 13 Prozent auf Bundesebene) vorweisen können und in den letzten 25 Jahren insbesondere den Sparkassen ständig Marktanteile abjagten, verbuchten in 1982 ein erstaunlich starkes Wachstum der langfristigen Kredite um 7,8 Prozent auf 17,6 Milliarden DM. Obwohl die Wohnbaufinanzierungen allgemein um 4,9 Prozent zurückgingen, wurde in Württemberg eine Steigerung erzielt. Im langfristigen Kreditbereich entfallen bei diesen Instituten knapp ein Drittel auf Wohnbaufinanzierungen.

Ein grundlegend verändertes Anlageverhalten der Kundschaft ließ die Spareinlagen kräftig um 8,7 Prozent auf 19,8 Mrd. DM ansteigen. Dabei nahmen insbesondere Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist um 13,4 Prozent zu. Der Jahresüberschuß der Banken, die ihr gesamtes Bilanzvolumen um 7,4 Prozent auf 47 Mrd. DM ausweiteten, bewegte sich wie im Jahr davor bei etwa 0,4 Prozent des Geschäftsvolumens.

Die guten Ernten des vergangenen Jahres und die gestiegenen Erlöse der Bauern für Milch und Schlachtvieh schlugen sich bei den 423 Raiffeisen-Warengenossenschaften und den 428 württembergischen Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr in einem Umsatzanstieg von 5,7 Prozent auf 7,8 Mrd. DM nieder. Bei Milch gab es ein Plus von 11 Prozent auf 3,1 Mrd. DM. Weiter gestiegen sind die Milchexporte aus Württemberg nach Italien.

In der württembergischen genossenschaftlichen Weinwirtschaft (sie umfaßt über 80 Prozent des Weinbaus in diesem Landesteil) zogen die ertragsschwachen Weinherbste 1980 und 1981 einen Umsatzrückgang von 15 Prozent auf 342 Mill. DM nach sich. Der Rekordherbst 1982 mit 155,6 (Vorjahr: 41,4) Mill. Liter wird dagegen im laufenden Jahr den Umsatz kräftig steigen lassen.

Landis Gyr schreibt rot

VWP, Frankfurt

Trotz einer Umsatzsteigerung um 6,4 Prozent auf 254 Mill. DM ist die Deutsche Landis u. Gyr GmbH, Frankfurt, im Geschäftsjahr 1981/82 (30. 9.) in die roten Zahlen geraten. Nach Angaben von Geschäftsführer Knut Kempenich entstand nach einem Vorjahresgewinn von 5,1 Mill. DM im Berichtsjahr ein Verlust von 1,4 Mill. DM, um den sich der vorgetragene Bilanzverlust auf nunmehr 5,9 Mill. DM erhöht.

Hauptursache war nach Kempenich der wegen der Bauflaute stark rückläufige Absatz von Elektrizitätszählern. Nachteilig wirkte sich bei dem zum Schweizer LGZ-Konzern gehörenden Unternehmen auch die Aufwertung des Schweizer Franken um etwa 8 Prozent aus. Zufrieden zeigte sich Kempenich dagegen mit dem Geschäftsbereich Wärmetechnik. Allerdings müßten jetzt angesichts der Verlustentwicklung verstärkt die Kostenbremsen gezogen werden. Die Belegschaft der drei deutschen LG-Werke wurde im Berichtsjahr um 932 auf 15 494 Mitarbeiter abgebaut. Für 1982/83 peilt Kempenich eine Umsatzsteigerung von 5 bis 7 Prozent sowie ein Ergebnis „etwas oberhalb der Null-Linie" an.

Großauftrag für Litton-Tochter

nl. Stuttgart

Die kürzlich von der italienischen Luftfahrtgesellschaft Alitalia beim amerikanischen Flugzeugbauer McDonnell Douglas bestellten 30 Flugzeuge des Typs DC-9 Super 80 werden mit neuartigen Flügelelektronikgeräten der Litton Technische Werke GmbH (Litef), Freiburg, Tochter des Litton-Konzerns, ausgerüstet. Nach Angaben von Litef haben die Gerätelieferungen einen Wert von etwa 5 Mill. DM. Für das Unternehmen bedeute dieser Auftrag den endgültigen Durchbruch auch in den kommerziellen Flügelelektronikmarkt.

Das für die Flugführung und -sicherheit wichtige Gerät verwende eine von Litef seit einigen Jahren vorangetriebene neue Kreisel-Technologie. Mit seinen etwa 900 Mitarbeitern und einem im Geschäftsjahr 1981/82 (31. 7.) erzielten Umsatz von etwas über 100 Mill. DM zählt sich Litef zu den führenden Unternehmen in der Luftfahrtausrüstung in der Bundesrepublik. Der Schwerpunkt lag bisher bei Lieferungen für den militärischen Bereich.

Barmenia mit dem Geschäft zufrieden

Py. Düsseldorf

Die Barmenia Versicherungs-Gruppe, Wuppertal, bezeichnet die Geschäftsentwicklung des Jahres 1982 angesichts der allgemeinen Wirtschaftslage als „zufriedenstellend". Nach einem ersten Überblick stieg die Gesamtbeitragseinnahme um 6 Prozent auf 715 Mill. DM.

Während das Prämienaufkommen in der Krankenversicherung um 6,3 Prozent auf 492 Mill. DM wuchs, blieben die Aufwendungen für Versicherungsfälle mit ihrer Steigerung um 4,7 (8) Prozent hinter dem Vorjahr zurück. In der Lebensversicherung konnte konjunkturbedingt ein Rückgang des eingelösten Neugeschäfts um 3,9 (Branche 4,9) Prozent auf 418 Mill. DM nicht vermieden werden. Der Bestand erreichte 4,21 Mrd. DM (plus 3,8 Prozent) Versicherungssumme. Der Sachversicherer legte bei unveränderter Schadenquote bei den Beiträgen 7,5 Prozent auf 65 Mill. DM zu. Die Ertragsentwicklung verlief positiv. Die 2,48 Mrd. DM Kapitalanlagen brachten Erträge von 197 Mill. DM (plus 13 Prozent). Die Jahresergebnisse sollen deutlich besser ausfallen als 1981.

STOTZ / Umsatzschub durch Autoindustrie

Das Tempo wird langsamer

W. NEITZEL, Kornwestheim

Nach dem Kraftakt einer Investition von über 20 Mill. DM in neue Werksanlagen (einschließlich Bürogebäude) will die A. Stotz AG, Kornwestheim, eine Konsolidierungsphase einlegen. Das auf dem Gebiet der Fördertechnik und der Herstellung von Gießereimaschinen tätige Unternehmen hat im Geschäftsjahr 1982 seinen Umsatz um fast 17 Prozent auf 66 Mill. DM ausgeweitet.

Dabei war die Entwicklung in den beiden Sparten durchaus unterschiedlich. Während auf dem Sektor der Gießereimaschinen die Nachfrage rapide abnahm und lediglich ein Umsatz von 2 Mill. DM erzielt wurde, brachte die rege Investitionstätigkeit der Autoindustrie auf dem Felde der Fördertechnik einen kräftigen Umsatzschub. Etwa zwei Drittel des Umsatzes entfällt auf den Auftraggeber Fahrzeugbau.

Stotz legte im Hinblick auf die derart voneinander abweichende Entwicklung in den beiden Sparten eine große Flexibilität an den Tag. Nach Angaben der beiden Vorstandsmitglieder Karl Klingler und Rudolf Lange sei ein deutlich positives Ergebnis erwirtschaftet worden. Im laufenden Geschäftsjahr peilt das Unternehmen eine weitere Umsatzsteigerung an. Doch geht man von einer Tempoabschwächung aus, da der Investitionsboom der Automobilindustrie abklinge. Der Auftragsbestand habe nur mehr noch eine Reichweite von drei bis vier Monaten.

Das im Jahre 1850 von Albert Stotz gegründete Unternehmen hatte Ende 1980 seinen verlustträchtigen Gießereibetrieb geschlossen. In diesem Zuge schrumpfte die Beschäftigtenzahl von 630 auf nunmehr 360 Mitarbeiter. Die alte Werksanlage wurde an die Stadt Kornwestheim verkauft, die dieses in der Stadtmitte gelegene Areal für den Wohnungsbau nutzen will.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Entlassungen bei Tabbert?

Bad Kissingen (dpa/VWD) – Eines von zwei Produktionswerken der Tabbert-Wohnwagenwerke GmbH in Bad Kissingen, das Werk Albertshausen (Landkreis Bad Kissingen), wird vermutlich geschlossen. Ein Sprecher des Betriebsrates des Werks bestätigte am Donnerstag diesen Plan der britischen Muttergesellschaft Burmah Oil. Von Entlassungen betroffen wären 51 gewerbliche Arbeitnehmer.

Kurzarbeit bei Polygram

Hannover (dos) – Die zur Hamburger Polygram GmbH gehörende Polygram Record Service GmbH in Hannover hat für die kommenden Monate Kurzarbeit angekündigt. Im Werk Langenhagen sind davon 600 der insgesamt 1600 Mitarbeiter betroffen.

Lage bleibt angespannt

Siegen (VWD) – Der Siegener Anlagenbauer Kölsch-Fölzer-Werke AG meldet eine weiter unbefriedigende Geschäftsentwicklung in den ersten fünf Monaten des Geschäftsjahres 1982/83 (30. 6.). Es gebe keine Anzeichen für eine Nachfragebelebung, heißt es in dem vorgelegten Jahresbericht. Die Liquidität des Unternehmens, das 1981/82 die Hälfte seines Grundkapitals von 6,5 Mill. DM verloren hatte, bleibt weiter angespannt. Eine Entlastung wird allerdings Ende dieses Monats durch den Zufluß liquider Mittel aus der im November genehmigten Kapitalerhöhung kommen. Der Jahresfehlbetrag zum 30. 6. 82 beträgt 2,437 Mill. DM, zu dem ein Verlustvortrag aus 1981 von 3,397 Mill. DM kommt. Das erste Quartal des laufenden Geschäftsjahres schloß mit einem Überschuß von 114 000 DM.

Hasen-Bräu erhöht Dividende

München (VWD) – Die Verwaltung der Augsburger Hasen-Bräu AG schlägt der Hauptversammlung am 25. März 1983 die Erhöhung der Dividende von 16 auf 18 Prozent (9 DM je 50-DM-Aktie) vor. Die Brauerei konnte im abgelaufenen Geschäftsjahr 1981/82 (31. 9.) ihren Umsatz um 7,1 Prozent auf 42,2 Mill. DM und den Getränkeausstoß leicht auf 356 000 hl steigern. Den Geschäftsverlauf in den ersten Monaten des Jahres 1982/83 bezeichnet Hasen-Bräu als weiterhin zufriedenstellend.

J. Walter Thompson mit Plus

Essen (Bm.) – Die Werbeagentur J. Walter Thompson (jwt) hat im Geschäftsjahr 1982 ihren Umsatz um 12,9 Prozent auf über 338 Mill. DM erhöhen können. Nach Auskunft der Agentur konnte sie so ihren vierten Platz unter den Agenturen in der Bundesrepublik festigen. Sie ist auch die viertgrößte der jwt Group Inc., New York. Für 1983 wird weiteres Wachstum angekündigt.

Ein resignierter Blick zurück: Der Soziologe und Philosoph H. Schelsky

Vom Überleben in eigener Würde

In einer sehr kontroversen Debatte mit Heinrich Böll über die Rolle des Schriftstellers und Intellektuellen in der Öffentlichkeit – 1975 nach Erscheinen von Helmut Schelskys Buch über die Priesterherrschaft der *Intellektuellen* – machte er Böll den damals überraschenden Vorschlag, eine Gruppe von anerkannten und lebenserfahrenen Schriftstellern, Intellektuellen, Wissenschaftlern solle sich zu einem Gespräch über die geistige und moralische Lage der Nation zusammenfinden – außerhalb der Medien; frei von Macht- oder Gewinninteressen; über die weltanschaulichen, gesellschaftlichen und kulturellen Grenzen hinweg.

Der Verfall der öffentlichen Meinung im lancierten neuen „Klassenkampf"; die Korrumpierung des Allgemeinwohls im taktischen Interesse strategischer Gesellschaftsveränderung zum Staatssozialismus hin; die Verachtung der arbeitenden und leistenden Menschen durch eine Wirtschafts- und Sozialpolitik, die sie zu behördlich abhängigen Sozialleistungsempfängern zusammendrückt; alle diese von Schelsky in den letzten Jahrzehnten scharfsinnig und frühzeitig erfaßten Züge sind in den letzten Jahren noch schärfer und bedrohlicher hervorgetreten. Das westliche, freie Deutschland steckt mitten in einer Sinn- und Gesellschaftskrise.

Helmut Schelsky, der in Mitteldeutschland aufgewachsene, in Leipzig und Königsberg zum Philosophen und Soziologen herangebildete, die Nachkriegssoziologie als empirische und zeitverpflichtete Wissenschaft begründende „große alte Mann" der deutschen Universität sieht heute mit seinen sieb*zig Jahren und nach seiner Emeri*tierung als Ordinarius der Universität Münster mehr resigniert zurück als hoffnungsvoll vorwärts. Sein großes Werk – die Bibliographie der Buch-, Zeitschriften- und Zeitungsveröffentlichungen zählt gegen 400 Titel – liest sich wie eine „Anti-Soziologie" zur sozialen Signatur des Zeitalters.

Die von ihm geprägten Begriffe und belegten Befunde, zum Beispiel der in die Bundesrepublik hineinwachsenden Nachkriegsjugend als „skeptische Generation";

Zeugen des Jahrhunderts – ZDF, 22.50 Uhr

der technischen und sozialen Sachzwänge in der „wissenschaftlichen Zivilisation"; der „neuen Formen der Herrschaft als Belehrung, Betreuung, Beplanung" vor allem im Bildungs-, Sozial- und Verwaltungsbereich; der „personalen Leitidee des Rechts" als Sicherung vor politischer und ideologischer Übermacht; der demokratisch unverantworteten „Funktionärsherrschaft" der Gewerkschaften, geben seit je und mehr noch heute denen Worte und Argumente, die persönliche Freiheit, erworbenes Eigentum und Selbstgestaltung des eigenen Lebens gegen die harten und sanften Zwangsgewalten des Staates, der Wirtschaft, der Verbände, der Massenmedien verteidigen.

Keiner vergegenwärtigt und erforscht wie Schelsky die „Erfahrung des gemeinen Mannes", dem es nicht um Macht und Gewinn, sondern nur um Leben und Überleben mit eigenen Mitteln und in eigener Würde geht. Vielleicht weil Schelsky selbst aus den niederen Kreisen des arbeitsamen, pünktlichen und pflichtbewußten Volkes stammt, dessen Lebensgefühl und Lebenssinn er in die gehobene Sprache der Sozialwissenschaft und Sozialphilosophie mitgenommen hat. Er ist heute ein resignierter, vielleicht sogar schon unter der Vergeblichkeit seines Lebenswerks hoffnungsloser Mann: Seine letzten Gedichte aus seinem burgenländischen Reduit (in einem Privatdruck „Jugend und Alter", 1982) sind voll tiefer Trauer: „Zu leben wird Pflicht; / die Freunde verblassen. / Warum nicht / gleich alles verlassen." Und dann doch lapidar: „Zu sorgen um die Erben / macht's schwer zu sterben."

Sollten wir uns nicht doch an den Vorschlag von 1975 erinnern und die alten Männer mit den früher so fröhlichen und heute so traurigen Augen zusammenbitten? Sie könnten uns mit der Autorität, die keine Macht und kein Geld braucht, wenigstens Fingerzeige zum Unterscheiden und für den Gang der öffentlichen Dinge geben. Heinrich Böll hat erst unlängst in einer der Fernsehanstalten diese Idee, nun als eigene und in Sorge um unsere moralische und öffentliche Verfassung aufgegriffen. Unsere großen Stiftungen und Förderorganisationen, die manche Absonderlichkeit in Wissenschaft, Kunst und Literatur finanzieren, werden gewiß ein solches Projekt in die Hand nehmen können. Wenn wir schon den Politikern und Funktionären immer zögerlicher folgen, weil wir ihnen nicht mehr recht glauben, so vielleicht noch diesen alten Herren, natürlich auch gereiften Frauen, die nichts mehr zu gewinnen, sondern alleine noch ihre Lebenserfahrung zu geben haben.

HORST BAIER



Der große alte Mann der deutschen Universität: Helmut Schelsky FOTO: CHR. PREKER

KRITIK

Bayern von altem Schrot und Korn

Bayerische Trachten, prachtvolle Prozessionen durch satte Wiesen, zünftige Musikkapellen und Volkstänze – was mag sich gelungener zum farbenstrotzenden Augenschmaus verrühren lassen? Regisseur Andreas Lippl jedenfalls schwelgt mit bestechender Kamera in der begnadeten Natur- und Folklorepracht Niederbayerns, und die Leut', die sich unter dem weißblauen, zuweilen von Ungewittern verdunkelten Himmel tummeln, sind Bayern vom alten Korn: Dickköpfig, schlau und streitsüchtig, zuletzt doch friedlich, weil im Grunde weichherzig und – allem voran – mit treffsicherem Instinkt für den eigenen Vorteil ausgestattet.

Wenn nun Alois Johannes Lippl in dieser Welt seinen **„Glockenkrieg"** (ARD) zwischen zwei Dörfern *entbrennen läßt,* den die erfreulicheren Gefühlen hingegebene Jugend jedoch, von Ehefrauen im Lysistrata-Stil unterstützt, zum friedlichen Ende bringt, dann ist eigentlich schon alles da an Ideen und Milieu, was eine hinreißende Komödie zu garantieren scheint. Warum aber hat uns dann das Stück insgesamt doch nicht ganz so mitgerissen?

Der Grund liegt – lehrhaft für andere Fernsehmacher – auf der Hand: Weil das gewaltig aufgezogene Milieu die Handlung erdrückt hat. Und das konnte passieren, weil der Autor darauf verzichtet hatte, sich ein paar Kerle und Dorfschöne als subjektive Charaktere herauszupicken. So verschwanden nun die in ihren allgemeinen „bayerischen" *Grundelementen nur kollektiv* skizzierten Personen wie die Bäume im sprichwörtlichen Wald. Folglich blieben – bei allem Ergötzen fürs Auge – Stimmung, Spannung und Witz begrenzt.

HERBERT A. GRIESSER

Schwierigkeiten mit dem Bagger

Die Unterhaltungs-Show **„Wetten, daß ...?"** (ZDF) ist im Grunde genommen auch nur eine von den vielen Rate- und Quizsendungen, mit denen wir reichlich eingedeckt sind. Denn auch hier besteht das unterhaltende Moment darin, daß der Zuschauer sich unbewußt mit den Kandidaten identifiziert und emotional am Spiel teilnimmt. Wenn der Kandidat etwas nicht weiß oder etwas nicht kann – wie in dieser Sendung zum Beispiel mit einem riesigen Bagger ein kleines Feuerzeug anzünden –, möchte man ihm irgendwie behilflich sein.

Kurz gesagt, anders als beim Lotto-Wetten geht es bei Quiz- und Wetten-Sendungen um Leistungsproben. Wenn diese dann auch noch wie bei der von dem flinken Komplimenteverteiler Frank Elstner mit Schwung und Verve geleiteten Wette-Show mit Originalität gespickt sind, dann nimmt es nicht wunder, daß Faszination Trumpf ist.

Bei „Wetten, daß ...?" gibt man sich wahrlich Mühe, um der Banalität so mancher Leistungsprämiensendungen mit ihren dümmlichen Fragen: „Wie heißt Friedrich II. mit Vorname?" aus dem Wege zu gehen. Es ist der in dieser Sendung bestellte Leistungsanspruch, der uns unterhaltsam erfreut. Allerdings der Anblick von Schweizer Zollbeamten, ganz gleich in welcher Uniform, war für mich noch nie erfreulich.

ALPHONS SILBERMANN

ARD



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau
10.03 Die ganze Welt ist himmelblau
12.00 Umschau
12.15 Weltspiegel
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.10 Tagesschau
16.15 Spaß am Montag
Mit Thomas und Zini
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
Anschließend:
Parteien zur Wahl
20.15 Die fünfte Jahreszeit
Skizirkus
Anschließend:
Parteien zur Wahl
Ein Platz an der Sonne
21.15 Kontraste
Themen: Der doppelte Frieden – Beobachtungen in Dresden am Jahrestag der Zerstörung der Stadt vor 38 Jahren / Statusfragen und knappes Geld – Was wird aus der S-Bahn in West-Berlin? / Sorgenkind des „DDR"-Sports – Fußball soll auf „Weltniveau" gebracht werden / Zur Lage tschechoslowakischer Regime-Kritiker – Gespräch mit einem Unterzeichner der Charta 77 / Porträt einer Warschauer Rockgruppe – Sorgen und Hoffnungen junger Polen
Moderator: Joachim Braun
22.00 Es ist angerichtet (4)
Komische Geschichten mit Eddi Arent u. a.
22.30 Tagesthemen
23.00 Das Nacht-Studio
Hinrichtung eines Lehrers
Norwegischer Spielfilm, 1980
Regie: Leidulv Risan
In einer norwegischen Kleinstadt wird ein junger Lehrer von einem Schüler fälschlich beschuldigt, ihn sexuell belästigt zu haben. Daraufhin beginnt ein schlimmes Kesseltreiben gegen ihn. Miteinbezogen werden auch zwei junge Frauen, *die man verdächtigt, ein lesbisches Verhältnis miteinander zu haben.*
00.15 Tagesschau

WELT ● Videotext
täglich von 16 Uhr bis Sendeschluß (ARD und ZDF) unter den Nummern 601, 602, 603

ZDF

16.00 heute
16.04 Lehrerprobleme – Schülerprobleme
Mangelnde Mitarbeit
1. Geringe Anstrengungsbereitschaft
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Lassie
Mut am falschen Platz
17.00 heute
17.08 Tele-Illustrierte
Zu Gast: G. G. Anderson
17.50 SOKO 5113
An die Nadel verloren (1)
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.25 SOKO 5113
An die Nadel verloren (Teil 2)
19.00 heute
Anschließend:
Parteien zur Wahl
19.30 Thommys Pop-Show
Video-Hits mit Thomas Gottschalk
20.15 Stichproben
Informationen für den Alltag
U. a. Ärger mit Lieferanten – Sind Schiedsstellen für Kunden nützlich? / Keine Arbeit, wenig Geld: Was wird mit den Schulden?
21.00 heute-journal
Anschließend:
Parteien zur Wahl
21.20 Das Fernsehspiel des Auslands
Louis und Réjane
Frankreich, 1979
Von Philippe Laik
Réjane ist Anfang 60, sie wohnt seit ihrer Jugend in Orly und ist gerade in den Ruhestand getreten. Seit zwanzig Jahren ist sie verwitwet und hat fast nur für ihren Sohn gearbeitet. Auch jetzt hilft sie noch in einem Altersheim aus. Dort trifft sie Louis, der auch Rentner ist ...
22.50 Zeugen des Jahrhunderts
Mit dem deutschen Soziologen Dr. phil. Helmut Schelsky, *der am 14.* Dez. 1982 seinen 70. Geburtstag beging.
23.50 heute



Der junge Lehrer Martin (Bjørn Skagestad) bemüht sich um seinen Schüler Magnus (Morten Sandøy), der fast ertrunken wäre. (Hinrichtung eines Lehrers – ARD, 23.00 Uhr) FOTO: ARD

III.

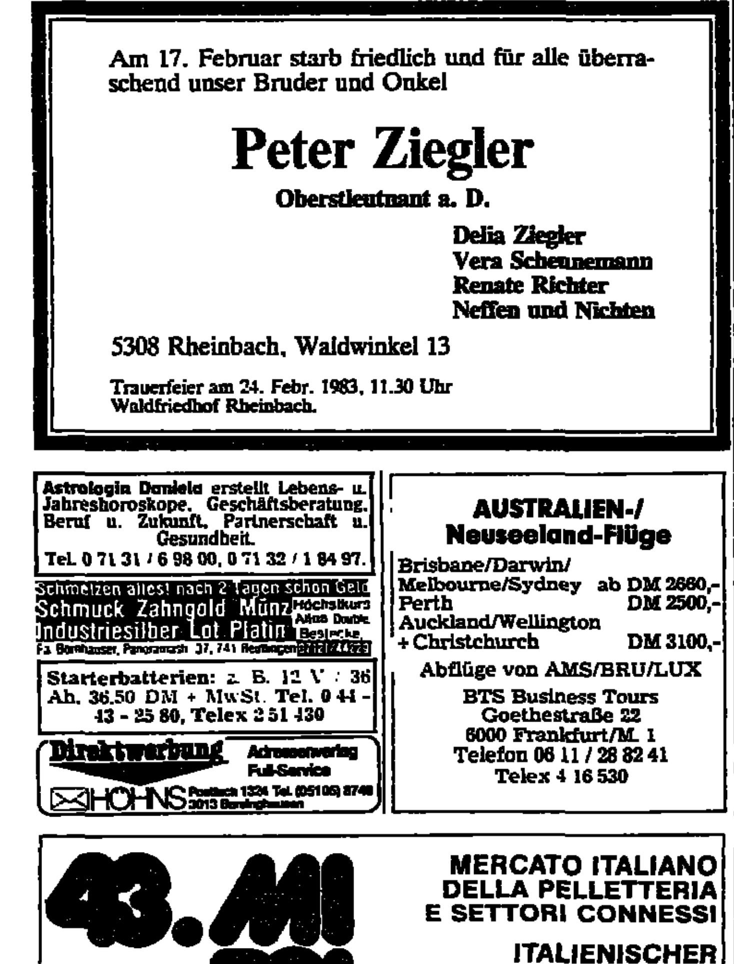
WEST
18.00 Telekolleg
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Treffpunkt Straßburg
21.45 Landesspiegel
Hinter den Schlagzeilen
Thema: Stahl
22.15 Meine deutsche Oma
Der Autor Romuald Dobrzynski schildert in seinem Film ein deutsch-polnisches Familienschicksal und die Kriegsleiden in den Städten Warschau und Köln
23.30 [illegible]
24.00 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Die Gewerkschaft
Solidarität im Stehkragen
19.15 Prisma
Zauberformel Aerodynamik
Der Mensch lernt fliegen
20.00 Tagesschau
20.15 Filme im Wettbewerb
33. Internationale Filmfestspiele Berlin (1)
22.00 [illegible] Musikjournal
22.30 Filme im Wettbewerb
33. Internationale Filmfestspiele Berlin (2)
21.30 Letzte Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Montagsspaß
19.00 Märchenhafte Reise durch das Tal der Kinzig (1)
19.50 [illegible]
20.00 Tagesschau
20.15 Notizen vom Nachbarn
21.00 Drei aktuell
21.15 Captain Paris (1)
22.00 Bücher-Report
23.00 Thema offen

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Deutsch (21)
19.00 Komm ins Meer
1. Die Urahnen
19.35 Bonanza
William Cartwright
20.25 Menschen unter uns:
Breakout – Tanz aus dem Getto
Über das Leben einiger Jugendlicher in New York South Bronx
21.15 Soap – oder: Trautes Heim (20)
21.40 [illegible] Theater
22.35 Turnier der Schachgroßmeister V (7)

BAYERN
18.15 Zirkusgeschichten
18.40 Die Abenteuer der Maus auf dem Mars
18.45 Rundschau
19.00 Die schönsten Fabeln der Welt
Der Löwe und die Maus
19.05 Humoreske
Amerik. Spielfilm, 1947
Mit Joan Crawford
20.45 Rundschau
21.00 Blickpunkt Sport
22.00 Z. E. N.
22.05 Über das Wunder, daß wir den anderen Sprache verstehen
22.50 Rundschau



Am 17. Februar starb friedlich und für alle überraschend unser Bruder und Onkel

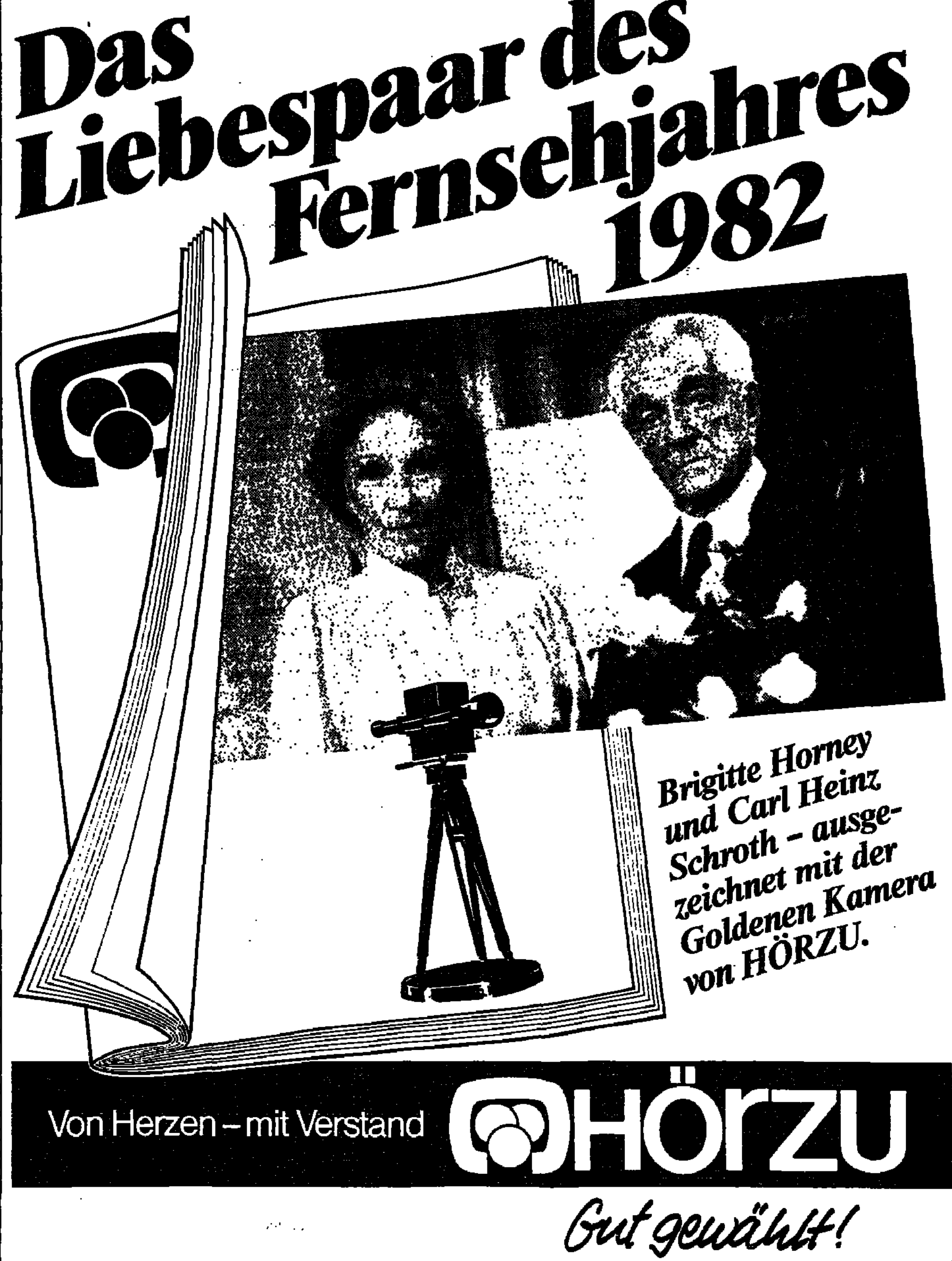
Peter Ziegler

Oberstleutnant a. D.

Delia Ziegler
Vera Scheunemann
Renate Richter
Neffen und Nichten

5308 Rheinbach, Waldwinkel 13

Trauerfeier am 24. Febr. 1983, 11.30 Uhr Waldfriedhof Rheinbach.



DIE ● WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; *Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard* Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Klaus Müller; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: *Ulrich Bieger*, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: *Heinz Horrmann*, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: *Heinz-Rudolf Scheike* (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert *Holzamer;* Leserbriefe: *Henk Ohnesorge;* Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim *Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt:* Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; Kiel: Bernd Lampe; München: Peter Schmalz, Prof. Ulrich B. Marker; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, *Hans-Jürgen Stück*, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714.

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

2300 Kiel, Schloßstraße 16–18, Tel. (04 31) 9 34 30

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 736

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 22,60 einschließlich 6,5 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 31,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 61 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 47.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Fracholt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg. Gesamtleitung: Reinhard Hayer, Hamburg/Essen

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 1.

Pankraz, Sigmund Freud und der Masochismus

Die Epigonen plaudern die Schwächen des Meisters aus. Das bestätigt sich wieder einmal in dem Buch „Masochismus und Moral" des Berliner Psychoanalytikers Günter Gödde, das soeben im Europaverlag erschienen ist. Gödde knüpft an Sigmund Freud an, der schon im Jahre 1924 neben dem sexuellen einen „moralischen" Masochismus diagnostizieren zu dürfen glaubte. Aber während sich Freud in dieser Sache zeit seines Lebens sehr vorsichtig und eher kryptisch äußerte, läßt der Berliner die Katze voll aus dem Sack. Die Welt der Gesetze und moralischen Imperative verwandelt sich ihm in einen einzigen Orkus des Masochismus, was vom Standpunkt des Lesers recht komisch aussieht. Wahrscheinlich hat Freud solche Komik vorausgesehen, und Göddes Buch hätte ihn sehr geniert.

Andere Freudianer, vor allem Reich, Horney und Reik, waren weniger zimperlich: Sie haben vorausgedacht, was Gödde nun kompendienhaft zusammenfaßt: Viele Menschen „leiden", selbst wenn sie äußerlich „sexuell normal" sind, an einem Komplex lustvoller Unterwerfung. Sie wollen sich wehtun, sie wollen sich klein machen, sie wollen sich vor den anderen erniedrigen. Als „große Geliebte" erscheint ihnen die Institution, der sie bis zur Selbstpreisgabe dienen, heiße sie nun Vaterland, Religion, Partei oder Firma. Die Märtyrer, die Asketen, die großen Kriegshelden und „Workoholics" – sie alle waren und sind verkappte Masochisten, die heimlichen Lustgewinn aus ihrem „übermenschlichen" Einsatz saugen. Man braucht keine Achtung vor ihnen zu haben, denn es sind „Kranke", die „geheilt" werden müssen.

Und nicht genug damit: Auch jene auf den ersten Blick so liebenswerten Bescheidenen, die sich bei Gesprächen nicht in den Mittelpunkt drängen und sich nicht als den Größten anpreisen, die äußere Ehrungen und Preise verschmähen und still und unauffällig ihren Job tun – auch sie sind Opfer des Masochismus, wurden in früher Kindheit ihrer oralen oder analen Lustphase beraubt und haben nun kein „Selbstwertgefühl" mehr, wurden einst mit dem Klammersack gepudert und von autoritären Vätern unterjocht, so daß sie jetzt gar nicht anders können, als sich bescheiden und unauffällig zu verhalten. Bezeichnenderweise steht bei Gödde in der Reihe der „moralischen Masochisten" gleich neben den Asketen der Clown, denn auch die Clowns, Komiker und Witzbolde sind „Masochisten, die aus ihrem selbsterlebten Mißgeschick eine Kunst machen".

Ob Pflichtmensch oder Possenreißer, ob General oder Fußabtreter der Kompanie, ob Heiliger oder Narr: Sie alle geraten über kurz oder lang ins Visier des gnadenlos diagnostizierenden Tiefenpsychologen, und das Urteil lautet immer gleich. Das ist es, was Pankraz die Komik des epigonalen Standpunkts nannte. Wenn jeder, der irgendwie hervorragt, Masochist sein soll, so ist am Ende überhaupt keiner mehr Nichtmasochist, abgesehen von einem Bodensatz von „Normalmenschen", die nicht einmal mehr bescheiden sein dürfen, die mit ihrer „Normalität" vielmehr laut und breitmäulig vor sich hinprunken müssen, um sich nicht dem Verdacht des Krankseins auszusetzen.

So betrachtet enthüllt die Psychoanalyse ein ziemlich armseliges Idealbild vom Menschen, wie er ihrer Meinung nach sein soll. Der Mensch soll sich zwar „selbstverwirklichen", doch es soll dabei nie „weh tun". Nur was einem in den Schoß fällt, was keine Opfer und keine innere Disziplin erfordert, soll Teil der Selbstverwirklichung sein. Sich freiwillig unter ein Gesetz oder moralisches Gebot zu stellen, das man nicht selbst aufgestellt hat, gilt als verrückt, und der Drang danach wird eilends weganalysiert.

Die Erfinder des „moralischen Masochismus" haben für ihre „Patienten" noch andere Kennzeichnungen parat. Moralischer Masochismus, so verlautbaren sie (auch Gödde tut das), gehe einher mit „Narzißmus" und „Infantilismus". Man muß sich aber fragen, ob nicht gerade der in den Augen der Psychoanalyse „gesunde" Mensch der eigentliche Narziß und Infantilist ist. Abgeschirmt und immun gemacht gegen die äußeren Gebote der Pflicht, nukkelt er selbstzufrieden am Daumen seiner Innerlichkeit, freut sich darüber, daß sexuell bei ihm alles so schön reibungslos klappt, und fängt nur an zu schreien, wenn man irgend etwas von ihm will, was ihm nicht in den Kram paßt. Kinderwelt.

Gödde bemerkt ganz richtig, daß zum Masochismus immer auch der Sadismus als Komplementärkraft gehört. Als Komplemente des „moralischen Masochismus" benennt er die üblichen Schreckgespenster der politisierenden Psychoanalyse, die Väter, die staatlichen und kirchlichen Institutionen, die Schule, das Militär. Interessanterweise fehlen die Ärzte, besonders die Seelenärzte und Psychoanalytiker. Hier aber liegt des Pudels Kern: Die Denunziation der Arbeits- und Pflichtenwelt als sadomasochistisches Chaos von seiten der Psychoanalytiker ist nichts weiter als ein verdeckter Machtanspruch der Psychoanalytiker. Sie versprechen eine Welt ohne Schmerzen, vergessen jedoch meistens hinzuzufügen, daß diese Welt eine Welt der gesteuerten Infantilität wäre, eine Mischung aus Krankenhaus und Kindergarten, mit weißbekittelten Seelendoktoren als Aufsehern und Übervätern.

Blickt man sich in der politischen Welt von heute um, so entdeckt man schnell eine reale Parallele zu solchen Offerten. Pankraz meint die Psychiatrie in der Sowjetunion, wo politisch unbequeme Meinungen als Krankheiten behandelt werden und die entsprechenden Meinungsträger in den Irrenhäusern verschwinden. Natürlich haben unsere westlichen Psychoanalytiker nichts mit diesen Praktiken zu tun, aber als Menetekel und Warnzeichen können sie ihnen immerhin dienen.

Pankraz



G. Solti in Hamburg

Willkommen und Abschied mit Haydn



Mit dem Londoner Philharmonischen Orchester auf Europa-Tournee: Chefdirigent Sir Georg Solti FOTO: TELDEC

Ver auch nur die geringste Affinität zum Herrn von Bayuth hat, läßt sich in diesen Tagen ine Hommage à Wagner nicht ehmen. Georg Solti macht da keie Ausnahme. Dabei gilt es für ihn n Augenblick, nicht des Todestaes zu gedenken, sondern mit einer roßangelegten Europa-Tournee en 50. Geburtstag seines „London hilharmonic Orchestra" zu feiern. ber schließlich muß der Maestro auch sein Spät-Bayreuth-Debüt n Sommer dieses neuen „Ring"-ahres einläuten. Und da kann die ilgerchörige „Tannhäuser"-Ouertüre, an den Anfang des Hamurger Konzerts gesetzt, als Aufrderung zur Wallfahrt auf den rünen Hügel natürlich schöne lienste tun.

Vier Jahre lenkte der nun 70jähige Sir Georg die musikalischen ieschicke des „LPO". Im Herbst ird er das Pult-Präsidium an laus Tennstedt abgeben, mit dem r sich bereits die Konzerte dieser on Brüssel bis Budapest führenen „Golden Jubilee Tour" teilt. Villkommen und Abschied also ist ieser dreiwöchige Europa-Trip ir das englische Spitzenorchester, as einst Sir Thomas Beecham ründete und dem nach einer lanen, bemerkenswerten Regieungszeit unter Bernard Haitink in en letzten Jahre Solti sein unverennbares Siegel aufgedrückt hat.

An Soltis jüngsten Plattenaufahmen mit dem „LPO", einer mit ufrührerischem Elan ausmusizieren „Hochzeit des Figaro" und zwei ackenden Haydn-Sinfonien (Nr. 02 und 103), ist Soltis Pranke denn uch exemplarisch zu spüren. Sie at diesem ehrgeizigen und wendien Klangkörper scharfes Profil egeben, vornehmlich im kräftig nd weit schwingenden Streicherpparat, dem die Bläser-Crew an rillanz jedoch kaum nachsteht. Jur Präzisions-Fetischisten weren jammern, daß bei den „London Philharmonics" nicht alles ebenso perfekt abschnurrt wie bei den Brüdern vom „Chicago Symphony Orchestra".

Nach der „Tannhäuser"-Intrada, die Solti mit bekannt imperialem Gestus virtuos inszenierte, ohne allerdings die Venusberg-Verlockungen in voller Klangsinnlichkeit aufblühen zu lassen, nahm er sich Haydns Londoner Sinfonie Nr. 102 vor, die mit ihren dramatischen Akzenten deutlich auf Beethoven verweist. Blendender Musik-Stratege, der er ist, ließ Solti es hier an dramatischer Zuspitzung vor allem im ersten, gewichtigen Satz nicht fehlen. Die Kehrseite der Medaille aber zeigte sich im Menuett, das Solti hart ausstanzen ließ. Haydn ins Streckbett gepreßt. Erst im Finale löste sich der barsche Griff.

Glänzende Identifikation mit dem heldischen „Per aspera ad astra" bezeugte Soltis „Eroica"-Interpretation. Mit ihrem imposanten Aufriß, ihren zwingenden Durchführungsprozessen hatte sie Größe, Stringenz und jene Wahrhaftigkeit, die sich allein mit Schneid und Intelligenz gewiß nicht gewinnen läßt.

KLÄRE WARNECKE

Wie aus Michael Dorsey Mrs. Dorothy wurde – Pollacks Film „Tootsie" eröffnete die Berlinale

Ein falscher Vogel in der Seifenoper

Mit einem kleinen Memento begannen die 33. Internationalen Filmfestspiele von Berlin. Es galt dem toten Rainer Werner Fassbinder, der bei der letzten Berlinale mit seiner „Veronika Voss" den Goldenen Bären errungen hatte. Sein Komponist Per Raben hat eine Suite aus Filmen des Regisseurs zusammengestellt, die das RIAS-Jugendorchester vortrug. Jeanne Moreau, die Jury-Präsidentin dieses Jahres, sang im schwarzen, goldbetreßten Hängerkleid noch einmal ihr „Querelle"-Chanson, ein Lied, dessen traurige Moral darin besteht, daß jeder Mensch tötet, was er am meisten liebt. Und dann gab es einen beinahe filmträchtigen Schwenk ins Frivole, ins Heitere: Der rosarote Vorhang ging auf für „Tootsie".

Minutenlang gleitet die Kamera in dieser Komödie von Sydney Pollack, die, außer Konkurrenz, das Festival einstimmte, über Federboas, falsche Haare und künstliche Zähne, über Lippenstifte, Lockenwickler, Wimpernzangen und Parfum-Flakons. Requisiten aus der Hexenküche einer Frau. Schon bei diesem Anblick breitete sich im großen Saal des Zoopalastes wissendes Gelächter aus. Der soeben zehnmal für den Oscar nominierte Film ist schon lange vor seiner Europa-Premiere hier in Berlin so stark im Gespräch, daß jeder Zuschauer weiß, worum es geht: Dustin Hoffman, der 1979 für seine Rolle in dem Ehedrama „Kramer gegen Kramer" einen Oscar gewonnen hat, ist erstmals nach seinem Triumph wieder auf der Leinwand. Und er spielt – eine Frau.



Furore in Frauenkleidern: Dustin Hoffman als „Tootsie" (rechts) mit Regisseur Sidney Pollack, der in seinem Film selbst eine kleine Rolle spielt FOTO: COLUMBIA PICTURES

Wer aber eine Klamotte à la „Charley's Tante" erwartet hatte, sah sich getäuscht. Selten lag in einem Film das Tragische so dicht bei dem Komischen. Zu Beginn ist Hoffman der arbeitslose Schauspieler Michael Dorsey, begabt, aber namenlos, arm, aber kein Opportunist. In der Branche gilt er als schwierig, und kein Regisseur mag mit ihm arbeiten. Er kellnert in einem drittklassigen Lokal, um über die Runden zu kommen; spät am Abend trainiert er Kollegen, die – wie er – schon lange auf der Straße liegen, in Lee Strasbergs Methode.

Sydney Pollack hat quirliges, buntes New Yorker Schauspielermilieu trefflich eingefangen, mit ein paar urigen Typen gewürzt und in schnellem Rhythmus – oft musikalisch untermalt – mit Straßenszenen aus Manhattan durchsetzt. Die Stadt spielt mit. Zur Rush-hour drängen sich die Menschen in Wolkenkratzerschluchten. Ihre Köpfe verschwimmen zu wellenförmigen Bewegungen, und dann – ein glänzender Überraschungseffekt des Films – pickt sich die Kamera in der Fifth Avenue plötzlich das Gesicht einer Frau heraus: gut geschminkt, mit dunkler Hornbrille und rötlichem Lockenschopf, Typ: Intellektuelle. Michael Dorsey ist „Dorothy Michaels" geworden.

In einem Anflug von Verzweiflung hat sich der Schauspieler als Frau herausstaffiert und beim Fernsehen für eine Seifenopernserie beworben, genau für jene Rolle, die er wieder und wieder mit seiner Freundin Sandy (Teri Garr) geprobt hat. Sandy sagte die Rolle nichts, statt dessen hatte er selbst sich immer tiefer in das Wesen der leicht verstaubten, aber selbstbewußten Krankenhausverwalterin, die im Mittelpunkt der Serie steht, hineingefühlt, in diese Frau, die den Männern zeigt, was eine Harke ist. Er wußte: Die *kann* er spielen. Kein Wunder, daß er die Rolle bekommt. Eine Reihe schnell hintereinander geblendeter Sequenzen, die den frischgebackenen „Star" in allen möglichen Posen und Kostümen sowie auf den Titeln großer Illustrierten präsentieren, zeugen von Dorothys unaussprechlichem Seifenopernglanz. Sie wird zum Idol der Nation.

Sydney Pollack und Dustin Hoffman gehen in „Tootsie" mit Charme, Witz und einer gut getarnten Portion Ernsthaftigkeit an das leidige Thema Emanzipation heran, denken nach über die Rollen für Mann und Frau und über die schwierige Beziehung der Geschlechter untereinander, die vor allem auf Mißverstehen beruht. Hoffman hat von seiner Rolle der Dorothy gesagt, er habe erst durch sie gelernt, ein besserer Mann zu sein. Die Groß- und Nahaufnahmen, die in diesem Film dominieren, machen manchmal in der Tat geradezu beklemmend deutlich, wie sehr die äußerliche Wandlung zur Frau auch eine innere wird.

Es gibt noch viele Turbulenzen, köstliche Pointen und Slapstick-Situationen, bevor Dorothy sich in einer Live-Sendung – zum Entsetzen ihrer Produzenten – selber entlarvt. So mancher Mann hat ihr den Po getätschelt, hat sie beruflich in die Ecke drängen wollen, hat ihren Namen zu „Tootsie" verhunzt und dafür freilich ihre männliche Handschrift recht schmerzhaft zu spüren gekriegt. Einer machte ihr einen Heiratsantrag, ein anderer wollte sie vergewaltigen. Sie selber hat sich in ihre hinreißende Kollegin Julie (Jessica Lange) verliebt, die ihr Leben nicht so recht in den Griff kriegt und deshalb viel zuviel trinkt. Die mütterliche, verständnisvolle Kollegin macht der jungen Frau Mut.

Zwischen Julie und Dorothy, die am Ende wieder auf Michael hört, kommt es zu einem (üblichen) Happy-End. Aber es spricht für den Film – und vor allem für Dustin Hoffmans schauspielerisches Genie –, daß nicht nur Julie, sondern auch so mancher Zuschauer die fabelhafte „Tootsie" von nun an sehr vermißt.

DORIS BLUM

München: E. Nolde aus der Sammlung Sprengel

Vom Schatten zum Bild

Nach Ernst Barlach nun ein weiterer nordischer Künstler des deutschen Expressionismus in München, in der Villa Stuck: Emil Nolde (1867–1956). Es sind die Bestände der Sammlung Sprengel des Kunstmuseums Hannover, der einzigen umfassenden Sammlung seiner Druckgraphik, die es noch gibt. Denn während des Krieges ist im Jahre 1942 Noldes gesamtes druckgraphisches Oeuvre in seinem Berliner Atelier vernichtet worden. Und die komplette Graphiksammlung im Museum Folkwang war bereits vorher der Kulturpolitik des Dritten Reiches zum Opfer gefallen.

Hier wird deutlich, daß sich auch Nolde nicht den Strömungen seiner Zeit entziehen konnte. In seinen ersten Graphiken mischen sich deutlich Elemente des Jugendstils mit ein. Doch trotz der Kunstschulen in München und Paris, trotz zeitweiliger Zugehörigkeit zur „Brücke" blieb Nolde ein Einzelgänger, der unbeirrt seinen Weg ging.

„Ich arbeitete, kratzte, ätzte, so daß alles um mich herum, Wäsche, Kleider, Tapeten mitleidend waren", notiert er in seinem Tagebuch während seiner emsigen Graphik-Periode. Die Ergebnisse, obwohl oft gezeigt, packen noch immer. Die 1910 entstandenen Hamburger Hafenbilder z. B: Tiefschwarz rükken die Landungsbrücken mit ihren Pfeilern ins Blickfeld; weiß schäumen die Wasserkronen, und grauer Ruß entsteigt den Schornsteinen oder auch die zahlreichen Porträts, die nicht Ähnlichkeit, sondern nur den Typ suchten – den Landwirt, den Ästheten, den Grafen . „Ich zeichne nicht um der Ähnlichkeit willen, nur stetem Betätigungsdrang folgend. Gesicht und Hut und fallende Schatten waren mir Anlaß genug zur Bildgestaltung", bekannte Nolde einmal, denn „wenn man die Menschen nur halb ansieht, dann werden sie einfacher und größer".

Wie aus der Abfolge der Graphiken, so läßt sich auch aus den Aquarellen im Hauptsaal eine Entwicklung ablesen. Während noch Noldes frühe Werke von der Kalligraphie Ostasiens beeinflußt waren, gewinnen seine späteren Arbeiten eine immer stärkere, dichtere Farbigkeit. Die kühle, spröde norddeutsche Landschaft versetzte diesen Künstler in einen wahren Mal-Rausch: Himmel, Wasser und Düne zerschmelzen zu einer Einheit der Elemente. Und immer wieder faszinieren seine Blumenstükke. Da genügen ein paar gelbe blühende Wiesenstauden oder rote Mohnbüsche im Abendlicht, denen er juwelenhaften Farbglanz verleiht, ein Glanz, der staunen macht. Es lohnt, lehrt diese Auswahl, sich wieder einmal intensiv dem inzwischen klassischen Meister der Moderne zuzuwenden. (Bis 4. April, Katalog 23 Mark).

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

Polen: Mangel an Lehrern seit dem Kriegsrecht

Zuckerbrot und Peitsche

Wie Polens Kultus- und Erziehungsminister Prof. B. Faron jetzt dem KP-Organ „Trybuna Ludu" erklärte, hat seine Regierung bis auf weiteres auf die ursprünglich geplante Einführung der 10-Klassen-Pflichtschule verzichtet. Obwohl der Minister keine Gründe nannte, werden es nicht nur die leeren Staatskassen sein, die diesen Schritt veranlaßt haben. In den polnischen Medien wird neuerdings auffällig oft darüber berichtet, daß, wie im ersten Nachkriegsjahrzehnt angesichts des damals akuten Lehrermangels, neuerdings immer häufiger Abiturientinnen und Abiturienten Lehreraufgaben ausüben. Der Grund: die gründlichen Säuberungen unter allen Lehrern und Pädagogen seit dem Kriegsrecht.

Der Minister gab zu verstehen, daß die Abiturienten-Hilfslehrer in einem zweijährigen Lehrgang an Wochenenden und während der Ferien ein Lehrpatent für die vier Grundschulklassen erwerben könnten. 42 von 49 Wojewodschaften haben bereits Lehrgänge eingerichtet. Außerdem gibt es ein dreijähriges Eil-„Lehrerstudium" für künftige Lehrer der vier Hauptschulklassen.

Es bleibt also in Polen wie gehabt: Acht Volksschulklassen plus vier- bzw. fünfklassiges Gymnasium. Doch für die Gymnasialstufe werden wieder Aufnahmeprüfungen eingeführt. Höchstens 21 Prozent der Volksschulabsolventen sollen Zutritt zu weiterführenden Schulen erlangen. Und aus den ministeriellen Äußerungen geht klar hervor, daß politische Kriterien eine wichtige Rolle beim Hoch- und Fachschulzugang spielen werden.

Was der Minister verschweigt: Eine große Zahl von Gymnasiasten und Fachschülern wurde im letzten Jahr wegen Teilnahme an Demonstrationen oder Verteilung von Flugblättern „ausgeschult" und hockt zu Hause herum. Oder die Ausgeschulten füllen die Erziehungsheime oder sitzen in Gefängnissen ein.

Eine neue „Charta des Lehrers" ist bereits seit einigen Monaten in Kraft, doch befinden sich noch dreißig „normative Punkte" in Vorbereitung, die den Lehrern besondere politische Pflichten auferlegen sollen. Die Jugend soll strikt „im Geiste der Verfassung der VR Polen und der Achtung der Grundsätze des Systems des sozialistischen Staates" unterrichtet werden. Dafür versprach der Minister jetzt den Lehrern eine Arbeitszeitverkürzung von acht Stunden wöchentlich. Gleichzeitig hob Faron freilich hervor, daß die „Tätigkeit eines Lehrers keineswegs auf der formellen Ableistung der Stundenpflicht beruht", sondern daß der Lehrer für ideologische Arbeiten und Referate jederzeit zur Verfügung zu stehen habe.

JOACHIM G. GÖRLICH

Köln: Das „Bread and Puppet Theater" auf Deutschland-Tournee

Der Ritt auf dem Rücken des Tigers

Riesige erdfarbene Gestalten, die mächtigen Köpfe in nicht weniger gewaltige Hände gestützt, schwanken im Sturm. Die Böen peitschen die Figuren hin und her, reißen sie hoch, lassen sie fallen – Menschen im Ansturm der Apokalypse. Das Bild ist von faszinierender Gegensätzlichkeit: Die Haltung der Menschen ist eher auf Ruhe aus, auf Nachdenklichkeit oder bequemes Zurücklehnen, wo der Sturm doch eher aufgeregte Gegenwehr erfordert oder geplantes, sinnvolles Handeln. Aber so sind die Menschen eben nicht.

Diese Eröffnungsvision des amerikanischen „Bread and Puppet Theater" in ihrem neuesten Stück „The Thunderstorm of the Youngest Child", mit dem die Vermonter Avantgarde-Bühne im Kölner Schauspielhaus ihre Deutschland-Tournee eröffnete, erweckt die Hoffnung auf einen neuerlichen Geniestreich. Aber nach knapp 90 Minuten ist diese Erwartung in Mißmut und Enttäuschung umgeschlagen. Die Geschichte vom „jüngsten Kind der Zivilisation", das in keiner Weise auf die Katastrophe vorbereitet wird und sich dann aus eigener Kraft ums Überleben kümmern muß, ist von einer kaum erträglichen Naivität. Am Ende ist dieses Kind, von der schrecklichen Katastrophe in eine zivilisationsentleerte Wildnis geworfen, ganz mir nichts dir nichts in der Lage, sich vor den gierigen Fängen des umherstreunenden Tigers zu bewahren, indem es – man soll's kaum glauben – selbigem Raubtier auf den Rücken steigt und davonreitet – einer hoffentlich besseren Zukunft entgegen. Da fällt einem nur der alte Werbeslogan einer bekannten Benzinmarke ein: Pack den Tiger in den Tank ... So einfach ist das.

Formal hat das „Bread and Puppet Theater" noch immer Faszinierendes zu bieten, wie etwa jene Szene, da das Kind in ein Spinnennetz von Halteleinen eingespannt ist, die ihm Ordnung, Koordination, Verhaltensstrukturen geben. Das ist nicht einfach als Unfreiheits-Symbol dargestellt, sondern durchaus auch positiver Bindungsfaktor. Noch immer ist das Spiel von Puppen, Menschen, ausschnitthaften Szenerien und antreibender Musik im Detail eindrucksvoll, bildkräftig und originell. Es macht noch immer deutlich, wie wenig Theater eigentlich auf Illusionsräume angewiesen ist. Ein paar knappe Zeichen – ein Fensterrahmen, ein Schild, ein Ton –, und schon ist im Kopf des Zuschauers eine ganze Welt entstanden. Und wieder einmal stellt man sich die Frage, warum „Bread and Puppet" im westeuropäischen Thater so folgenlos geblieben ist. Die Unterschätzung des Zuschauers jedenfalls hält ja wider besseres Wissen an.

Aber andererseits ist auch das US-Avantgarde-Theater geistig nicht mehr weitergewachsen. Es ist schön, an die Kraft des Lebens zu glauben. Und man freut sich ja auch, auf dem Theater nicht immer diese modisch nihilistische Angst-Suppe serviert zu bekommen, die dem Zuschauer im Halse kleben bleiben soll. Nur ein bißchen mehr als das Angebot, auf den Rücken des Tigers zu steigen, sollte es dann vielleicht doch sein.

Was uns „Bread and Puppet" serviert, ist jene typisch amerikanische Blumenkinder-Treuherzigkeit, gemischt mit etwas Missionierungsdrang, die uns versichern möchte: Wenn Ihr nur alle recht wollt und schön lieb seid, dann muß sich alles, alles wenden. Zum Abschied bekam auch in Köln wieder jeder sein Stückchen Brot in die Hand gedrückt. Das ist nett. Aber wie sagte doch Brecht? Die Verhältnisse, die sind nicht so. Herzlicher Beifall!

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Eindrucksvolles Spiel von Puppen, Menschen und Musik: Das „Bread and Puppet Theater" FOTO: CHRISTOPH VERBRÜGGEN

JOURNAL

Hegel-Gesellschaft jetzt in West-Berlin

dpa, **Berlin**

Die 1953 gegründete Internationale Hegel-Gesellschaft hat sich als eingetragener Verein neu konstituiert. Die etwa 80 Anwesenden, darunter namhafte Fachvertreter aus Ost und West, beschlossen, West-Berlin als Sitz der Gesellschaft zu bestimmen. Der Vorstand setzt sich zusammen aus den Professoren Heinz Kimmerle (Erasmus-Universität Rotterdam), Rudolf Meyer (Universität Zürich) und Wolfgang Lefevre (Freie Universität Berlin). Ehrenvorsitzender ist Wilhelm Raimund Beyer (Salzburg).

„Bruder Eichmann" in Köln geplatzt

dpa, **Köln**

Das Theaterstück „Bruder Eichmann" des 1982 verstorbenen Autors Heinar Kipphardt ist vom Spielplan des Kölner Schauspiels abgesetzt worden. Das Schauspiel hat für die Ende März geplante Premiere mehrere gegenwartsbezogene „Analogie-Szenen" streichen wollen, was ihm aber vom Theaterverlag Nyssen und Bansemer nicht gestattet wurde. Die umstrittenen Szenen des Stücks, das kürzlich in München uraufgeführt wurde (vgl. WELT v. 24. 1.), sind Analogien zu den Kriegen in Vietnam und in Libanon und ein Verweis auf die Behandlung der Terroristen im Gefängnis Stuttgart-Stammheim. Nach Meinung des Kölner Schauspiels hätte dies zu einer „Gleichwertigkeit" der systematischen Judenvernichtung unter der Nazi-Herrschaft mit anderen Grausamkeiten geführt.

‚DDR' macht Front gegen Neue Deutsche Welle

AP, **Berlin**

Gegen die Neue Deutsche Welle in der bundesdeutschen Popszene haben Ostberliner Kulturkritiker erneut Front gemacht und ihr ein schnelles Abebben prophezeit. Diese Welle verspreche alles andere zu werden als eine „Dauerwelle", schrieb das FDJ-Blatt „Forum" in seiner jüngsten Ausgabe. Die Musiker hätten sich zu stark in den Sog der Kommerzialisierung begeben und dabei „fortschrittliche Positionen zu den brennenden Fragen der Zeit" geräumt. Ihre Texte hätten nur noch mit „Anpassung und Abschlaffung" zu tun.

Aufsätze zur Geschichte und Kultur der Ostjuden

DW. **Frankfurt**

„Beter und Rebellen", unter diesem Motto stand die „Woche der Brüderlichkeit" 1981. Zahlreiche Veranstaltungen beschäftigten sich in diesem Rahmen mit der Geschichte und Kultur des osteuropäischen Judentums. Eine Zusammenfassung der wissenschaftlichen Erkenntnisse vermittelt jetzt der Band „Beter und Rebellen – aus 1000 Jahren Judentum in Polen", der vom Deutschen Koordinierungsrat der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit (Frankfurt/M., Mittelweg 10) herausgegeben wurde. Er behandelt in 14 Kapiteln die Geschichte des Ostjudentums, den Chassidismus und die Anfänge des Zionismus sowie Theater und Literatur. Das Buch mit 2368 S. kostet 14 Mark.

„Poesie"-Zeitschrift feiert Jubiläum

DW. **Basel**

„Poesie", die Baseler Literaturzeitschrift, hat ein Jubiläumsheft vorgelegt. Die Zeitschrift, die trotz des Titels keineswegs nur Lyrik bringt, besteht seit zehn Jahren. Die Herausgeber, Frank Geerk und Tadeus Pfeifer, bieten ein Forum für junge Autoren, von denen einige inzwischen reüssiert haben (z. B. H. G. Bulla, J. Laederach), für bekannte Autoren mit neuen Texten (z. B. R. Brambach, H. Rosendorfer) und für Vergessene (z. B. Klabund, A. Lichtenstein). Themenhefte waren auch russischen Dissidenten und nordamerikanischen Indianern gewidmet.

Auszeichnung für Elsässer Eisenbahnmuseum

dpa, **Mülhausen**

Als erstem Museum außerhalb von Paris ist dem Eisenbahnmuseum in Mülhausen im Elsaß der Titel „Prestige de la France" verliehen worden. In Paris erhielten bereits der Louvre, das Museum für Moderne Kunst und das Marine-Museum die gleiche, von einem staatlichen Komitee vergebene Auszeichnung. In Mülhausen werden Zeugnisse der Eisenbahngeschichte von den Anfängen bis zur Elektrifizierung gezeigt.

K. Illakowiczówna †

Im Alter von 90 Jahren ist Polens älteste Lyrikerin, Kazimiera Illakowiczówna, gestorben. Sie hat sich auch als Übersetzerin aus dem Deutschen, Englischen und Ungarischen einen Namen gemacht. Die 1954 mit dem Literatur-Preis des PEN-Clubs Ausgezeichnete wurde in Wilna in einer polnisch-tartarischen Familie geboren und studierte in Krakau und Oxford. Sechs Jahre lang war sie in den zwanziger Jahren Privatsekretärin von Staatschef Marschall Pilsudski. Sie veröffentlichte auch Gedichte über und Memoiren von Pilsudski. Den Krieg verbrachte sie in Ungarn. Ihr Metier waren Soziallyrik, Naturlyrik, patriotische Balladen sowie die Sehnsucht nach Liebe und Mutterliebe. Die Lyrikerin stand stets den Freiheitsbestrebungen im kommunistischen Polen nahe.

JGG

Vier Wochen lang gehen die Zähler um

Im April startet das Millionenunternehmen Volkszählung

SUSANNE PLÜCK, Bonn

Schon die Pharaonen ließen ihre Untertanen zählen. Und alle fünf Jahre hatten in vorchristlicher Zeit Roms mündige Bürger auf dem Marsfeld zu erscheinen, um sich zu Steuerzahlung, Wehrdienst und Wahlrechtsausübung einteilen zu lassen. Den Kurfürsten von Preußen verlangte es seit 1686 gar alljährlich zu erfahren, ob seine Landeskinder sich in wünschenswertem Umfang vermehrt hätten. Dieses Frühjahr nun blüht den Bundesbürgern nach 13 Jahren Pause wieder das Spektakel einer allgemeinen Volkszählung.

Psychologisch geschult

Verpflichtet durch das Volkszählungsgesetz vom 25. März 1982, muß jeder „Volljährige und Haushaltführende, Hauseigentümer, Unternehmensinhaber und Arbeitsstättenleiter" Auskunft geben: Name, Alter und Geschlecht, Telefon und Religion, Anschrift, Schulabschluß, Beruf, Nationalität und Familienstand sind auf dem achtseitigen Fragebogen gut lesbar mit Bleistift anzugeben. Weiter möchte der Staat etwa wissen, ob man in den eigenen vier Wänden oder zur Miete wohnt. Heizt man mit knisterndem Holzfeuer im Kamin oder per Solarzellen – oder gar mit beiden? Wie hoch ist die Miete?

Wie viele Personen welchen Alters bewohnen eine Wohnung? Sind sie Student, Hausfrau oder berufstätig? Lebt man von Arbeitslohn, Rente oder Vermögen? Erreicht man den Arbeitsplatz mit Bus, Bahn, Auto, Mofa oder per pedes? Wie lang ist der Weg?

Wen die Fragenfülle verwirrt, dem stehen die von den Kommunen ausgeschickten Zähler zur Verfügung – psychologisch geschult und mit Anweisungen für jeden Zweifelsfall wohlversehen. Rund 600 000 solcher Frager werden vom 18. April an im ganzen Bundesgebiet ausschwärmen, um die Fragebögen zu verteilen. 2000 Studenten, Hausfrauen, Rentner und öffentlich Bedienstete hat dafür die Stadt Bonn angeheuert. Sie führen lückenlose Wohnungslisten und sind zur Hartnäckigkeit verpflichtet: Einmal nicht antreffen ist keine Entschuldigung für einen fehlenden Fragebogen.

Für ganze 2,50 Mark Entgelt pro „gezähltem" Bürger wird diesen Helfern einiges abverlangt: „Ich rechne für bestimmte Personenkreise mit acht bis zehn Besuchen, bis es klappt", schätzt Oberverwaltungsrat Hans Erken, Zählungsleiter in Bonn. „Besonders Studenten sind schwer zu erreichen." Doch das ist nicht das einzige Problem. Sehbehinderten muß das Ausfüllen der Bögen abgenommen, Hilflosen müssen die notwendigen Auskünfte im Gespräch entlockt werden.

Bis zum 7. Mai soll der ganze Papierwust eingesammelt und bis zum 13. auf korrekte Eintragungen überprüft und beim Wahlamt abgeliefert sein. Für Streubezirke mit weit auseinanderliegender Besiedelung gibt es 30, für Bezirke mit vorwiegend ausländischen Bewohnern 50 Mark „Erschwerniszulage".

Ausländischen Mitbürgern soll durch gezielte Information die Angst vor Ausweisung oder anderen Nachteilen aus der Befragung genommen werden. Außerdem wurden den Zählern Übersetzungshilfen in türkischer, serbokroatischer, italienischer, griechischer, spanischer, portugiesischer, englischer und französischer Sprache an die Hand gegeben.

Obwohl gesetzlich festgelegt ist, daß Informationen aus der Befragung an Bundes-, Landes- oder nachgeordnete Behörden nur ohne Namensangabe weitergegeben werden dürfen, geht in der Bevölkerung die Angst vor dem Datenmißbrauch um. In Berlin, Hamburg und anderswo fordern bereits Bürgerinitiativen offen zur Verweigerung auf. Daß dies zur Massenbewegung wird, das wird zum Alptraum der Statistischen Ämter in Bund, Land und Kommunen. Die vorgesehenen Bußgelder für die Weigerung, Auskunft zu geben – bis zu 10 000 Mark –, würden dann wirkungslos, da die Eintreibung nicht mehr zu organisieren wäre.

Nicht auszudenken, wenn sich das Volk dem Millionenunternehmen entziehen würde: Jahrelang haben sich Bundestag und Bundesrat um die Kostenverteilung zwischen Bund und Ländern gestritten. Zweimal hat der Bundestag das Gesetz deshalb abgelehnt. Ungeachtet der Empfehlungen der Vereinten Nationen und der EG, schon 1980 bzw. 1982 schätzen zu lassen wie weiland Kaiser Augustus, beharrten die Länder einmütig und über alle Parteigrenzen hinweg mit Hinweis auf Artikel 106 Absatz 4 des Grundgesetzes auf finanzieller Beteiligung Bonns.

Eine Million weniger?

Die Regierung jedoch wollte sich mit Hinweis auf die seit 1970 drastisch verschlechterte Haushaltslage aus der Affäre ziehen und statt der beanspruchten 4,30 Mark pro Einwohner nur eine Mark konzedieren. Inzwischen hat man sich auf 2,50 Mark geeinigt und kann – drei Jahre später als ursprünglich vorgesehen – zählen. Immerhin bleibt beispielsweise der Stadt Bonn eine Differenz von rund einer Million.

Doch die Kosten, daran zweifelt niemand, werden mehr als ausgeglichen durch die Korrektur der in den letzten 13 Jahren ständig gewachsenen Fehleinschätzungen: So rechnen Experten damit, daß die bisher geschätzte Zahl von rund 61 Millionen Deutschen etwa eine Million zu hoch liegt. Mit den neuen, der Realität näheren Zahlen sollen nun Fehlplanungen im öffentlichen und privatwirtschaftlichen Bereich korrigiert werden.

Viele Fragen und hoffentlich viele Antworten. Wann allerdings all die im April gesammelten Informationen bis ins letzte ausgewertet sein werden, ist eine Frage, auf die selbst Fachleute keine Antwort wissen.



Wander-Dünen — Auf Gran Canaria fotografiert von F. HARTUNG

Der Wahlkampf brachte den Leu in Turbulenzen

Braunschweigs Schwierigkeiten, sich in Bonn zu präsentieren

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Die Pferde von San Marco konnten nach Berlin reisen – aber der Löwe von Braunschweig, 1166 von Heinrich dem Löwen als Symbol seiner Herrschaft und Gerichtshoheit errichtet und die früheste freistehende Bronzeplastik nördlich der Alpen, darf nicht nach Bonn: Der Bundestagswahlkampf hat die großangelegte Werbefahrt des monumentalen Denkmals, das soeben nach zweijähriger Restaurierung wieder aus der Werkstatt kam, verhindert.

Ärger hat der Löwe immer schon gemacht. Denn sowohl die Stadt wie das Land Niedersachsen halten sich für die Eigentümer, aber die Verträge über die verworrenen Besitzverhältnisse sind nicht mehr aufzufinden. Rechtlich unerheblich ist es dabei, daß der ehemalige herzoglich braunschweig-lüneburgische Staat zumindest bis 1901 sich für das Bildwerk verantwortlich fühlte.

Nachdem andere niedersächsische Städte sich in der Landesvertretung von Niedersachsen in Bonn mit teils bedeutenden Ausstellungen schon repräsentativ in Szene gesetzt haben, Braunschweig aber dort seit Bestehen des Hauses nur mit zwei Wurstessen aufgefallen war, fiel dem Minister für Bundesangelegenheiten und stellvertretenden Ministerpräsidenten Wilfried Hasselmann der Löwe ein.

Die Stadtwerbung zum Nulltarif fand im Rathaus begeisterte Aufnahme – der Löwe sollte zusammen mit einer stadtgeschichtlichen Ausstellung nach Bonn – und zwar zum einzigen Zeitpunkt, wo er in den nächsten rund hundert Jahren sowieso auf Achse ist. Das wäre auf dem Wege von der Restaurierungswerkstatt in ein Museum.

Die Kostenfreiheit des Transportes für das Original war garantiert, denn sowohl VW wie MAN waren bereit, das Denkmal kostenlos nach Bonn zu rollen.

Während aber die Verhandlungen noch wogten, geriet die Angelegenheit immer näher an das Datum 6. März 1983. Die Abstimmung im Rathaus, wo ein CDU-Bürgermeister regiert, brachten für die Rhein-Reise des Löwen die Stimmen der CDU und FDP, dagegen nicht die von der SPD. Nach dem Motto „Oberster Grundsatz für die Außenvertretung der Stadt ist, daß sie von einer breiten Mehrheit getragen wird" bleibt der Löwe nun zu Hause.

Jetzt sucht man nach einer anderen „angemessenen Repräsentation" der Stadt für Bonn. Scherzhaft wurde schon der Vorschlag gemacht, etwas über den Kammer- und Konsistorialrat Justus Georg Schottelius zusammenzutragen. Er lebte in Braunschweig und hat mit der Erfindung des Semikolons erheblichen Einfluß auf die deutsche Interpunktion genommen.

Frankreichs Advokaten ist guter Rat nicht teuer

Neuer Verbraucherservice ersetzt oft den Gang vors Gericht

A. GRAF KAGENECK, Paris

Frankreichs Advokaten haben eine lange humanitäre Tradition. Vor mehr als 500 Jahren gründeten sie in Paris ihren Orden, den „Barreau", benannt nach der „Barre", hinter der sie ihre Plädoyers zu halten hatten. Und von Anfang an machten sie sich zur moralischen Pflicht, die Ärmsten der Armen, die kein Honorar zahlen konnten, kostenlos vor Gericht zu vertreten.

Später, als das Telefon erfunden wurde, richteten sie im Pariser Justizpalast einen abendlichen telefonischen Auskunftsdienst ein, ebenfalls gratis für alle, die Fragen an die Justiz hatten. Jetzt wollen sie ihrem Werk der Nächstenliebe einen dritten „Service" hinzufügen: anwaltschaftliche Auskunft und Hilfe für den Verbraucher, auf französisch abgekürzt AARC.

Wer in Zukunft Händel mit seiner Autowerkstatt, seiner Reinigungsanstalt oder seinem Möbellieferanten hat oder sich über die ständig steigenden Tarife des Friseurs ärgert, kann, wenn er in Paris wohnt, die Nummer 2 33 80 55 anrufen. Am anderen Ende der Leitung antwortet ein Anwalt von AARC und sagt dem Anrufer, wie er sich zu verhalten hat, um zu seinem Recht zu kommen. Stellt sich der Fall komplizierter dar als angenommen, kann der Geschädigte um einen Termin bitten und sich mündlich an Ort und Stelle beraten lassen. Seit Mittwoch voriger Woche sitzen fünf Anwälte des Pariser Anwaltordens im „Forum der Hallen" unweit des Justizpalastes, bereit zu telefonischer und direkter Auskunft, und das von neun Uhr morgens bis sieben Uhr abends.

Die Telefonauskunft ist gratis. Eine mündliche direkte Beratung kostet etwa 27 Mark. Wer vom Anwalt einen Brief an den Gegner verlangt, muß noch 13 Mark dazulegen. Will man vor die Gerichte, sagt einem der Anwalt, was ein Verfahren etwa kosten wird. Achtzig Prozent aller Streitfälle, heißt es im Pariser „Barreau", werden auf die schnelle unbequeme Art der telefonischen Beratung beigelegt.

Der Pariser Anwaltsorden hat sich nicht unvorbereitet an diese neue Aufgabe herangemacht. Mehrere Monate lang gab es bereits einen freiwilligen telefonischen Auskunftsdienst. Der Andrang war so groß, daß man beschloß, in der Tradition seiner Gratishilfe für den bedrängten Mitmenschen ein eigenes Büro in den alten Pariser Markthallen, heute in ein modernes Einkaufszentrum nach Art eines römischen Forums verwandelt, einzurichten. „Der Dienst ist gerade erst angelaufen", erklärte Maître Françoise Tajan, die junge Verantwortliche des Ordens, das neue Experiment, „aber wir sind auf alle Stürme vorbereitet."

Massaker im Chinesenviertel: 13 Tote

dpa/rtr, Seattle

Zwölf Männer und eine Frau wurden am Wochenende in Seattle (US-Bundesstaat Washington) Opfer eines grausamen Verbrechens. In dem Club „Wah mee" wurden sie gefesselt und durch Kopfschüsse getötet aufgefunden. Einem einzigen Überlebenden gelang es, sich zu befreien und Hilfe zu holen. Der ebenfalls in den Kopf getroffene liegt jetzt streng bewacht im Krankenhaus.

Das Massaker ereignete sich im asiatischen Viertel von Seattle, wo es in der Vergangenheit schon mehrfach zu Schießereien zwischen rivalisierenden Banden gekommen war. Alle Opfer im Alter von zwanzig bis sechzig Jahren sind asiatischer Abstammung. Die Polizei glaubt jedoch nicht an einen Bandenkrieg, sondern an einen Raubüberfall, denn zur Tatzeit soll gerade mit hohen Einsätzen um Geld gespielt worden sein.

Zwei der Tat verdächtige junge Männer, 20 und 22 Jahre alt, wurden verhaftet, ein dritter wird von der Polizei vernommen. Die Polizei geht von mindestens zwei Tätern aus, weil mit zwei verschiedenen Pistolentypen geschossen wurde.

Lawinentod

AP, Graz

Zwei Tote hat am Wochenende ein Lawinenunglück in den Seckauer Alpen in der Steiermark gefordert. Ein Ehepaar aus Knittelfeld in Ostösterreich wurde von einer großen Preßlawine beim Tiefschneefahren erfaßt und begraben.

Wolkenbrüche: 93 Tote

AP, Brasilia

Nach Wolkenbrüchen und folgenden Überschwemmungen sind in Südbrasilien in den letzten Tagen 93 Menschen ums Leben gekommen. 26 000 sind obdachlos.

13jähriger Lebensretter

dpa, Jülich

Unter Lebensgefahr hat am Wochenende auf einem zugefrorenen Baggersee bei Jülich ein 13jähriger Junge zwei Spielgefährten gerettet, die beim Schlittschuhlaufen im Eis eingebrochen waren. Juri Neuten, Mitglied der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft, hatte sich am Eisloch auf den Bauch gelegt und seine Freunde aus dem Wasser gezogen, bevor andere Helfer zur Stelle waren.

Kurzschluß in Kino

dpa, Rom

Das Feuer in einem Kino der Turiner Innenstadt, bei dem vor einer Woche 64 Menschen ums Leben kamen, wurde durch einen Kurzschluß verursacht. Dies bezeichneten die Justizbehörden der norditalienischen Industriestadt gestern als Ergebnis der Arbeit einer Untersuchungskommission.

Strahlenunfall

dpa, Würzburg

Bei einem Strahlenunfall in der Medizinischen Universitätsklinik des Würzburger Luitpold-Krankenhauses sind 23 Patienten und Pflegekräfte mit radioaktivem Tritium (H 3) in Berührung gekommen. Der überschwere Wasserstoff, der in der Klinik für medizinische Zwecke verwendet wird, hatte sich mit Wasser vermischt, das aus einem geplatzten Heizkörper ausgelaufen war. Die Betroffenen konnten durch Waschen von den geringen Spuren der Substanz an ihren Körpern befreit werden.

Schneesturm in Libanon

AP, Beirut

Ein Schneesturm hat in der Nacht zum Sonntag Teile des Libanongebirges mit einer zwei Meter dicken Schneedecke überzogen und mindestens 35 Menschen das Leben gekostet. Nach amtlichen Angaben erfroren 27 Menschen in ihren eingeschneiten Autos. 150 Vermißte wurden am Sonntag von Rettungsmannschaften gesucht.

Busunglück

dpa, Innsbruck

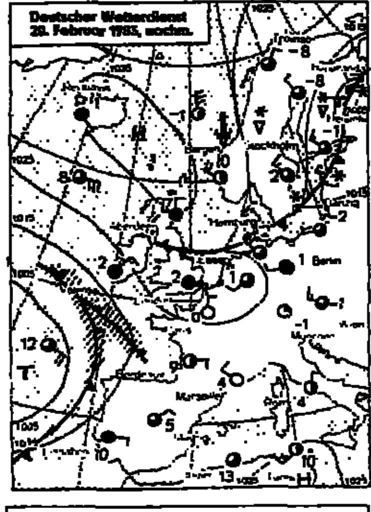
Ein Doppeldeckerbus eines Augsburger Reiseunternehmens ist am Wochenende mit 40 Skiurlaubern im Tiroler Paznauntal in die Trisanna gestürzt. Dabei wurden eine 31jährige Frau schwer und zwölf andere Insassen leicht verletzt. Der 41jährige Augsburger Fahrer wurde wegen Verdachts auf Alkoholgenuß in Untersuchungshaft genommen.

ZU GUTER LETZT

„Der Präsident streicht das Weiße Haus wieder neu an, wenn es einmal grau geworden ist." Ein neunjähriger Amerikaner in einem Aufsatz über die Aufgaben des US-Präsidenten.

WETTER: Niederschlagsfrei

Wetterlage: An der Ostflanke eines kräftigen Hochs über der Nordsee fließt anfangs noch wolkenreiche, später zunehmend trockene Polarluft nach Deutschland.



Vorhersage für Montag:

In ganz Deutschland wechselnd wolkig mit zunehmenden Aufheiterungen und weitgehend niederschlagsfrei. Tagestemperaturen zwischen null und 3 Grad, in den Mittelgebirgen leichter Dauerfrost. Nachts gebietsweise klar und im Norden Frost zwischen minus 3 und minus 5 Grad, in Süddeutschland zwischen minus 5 und 10 Grad, in Alpentälern bis minus 15 Grad. Schwacher Wind aus nördlichen Richtungen.

Weitere Aussichten:

Überwiegend heiter, nachts mäßiger bis starker Frost, tagsüber um 3 Grad.

Temperaturen am Samstag, 13 Uhr:

Berlin	1°	Kairo	15°
Bonn	0°	Kopenh.	1°
Dresden	0°	Las Palmas	19°
Essen	1°	London	2°
Frankfurt	–1°	Madrid	5°
Hamburg	3°	Mailand	1°
List/Sylt	3°	Mallorca	10°
München	–1°	Moskau	–6°
Stuttgart	–2°	Nizza	11°
Algier	14°	Oslo	–1°
Amsterdam	3°	Paris	0°
Athen	5°	Prag	–1°
Barcelona	8°	Rom	4°
Brüssel	0°	Stockholm	–2°
Budapest	2°	Tel Aviv	15°
Bukarest	–1°	Tunis	10°
Helsinki	–1°	Wien	–1°
Istanbul	–3°	Zürich	–4°

Sonnenaufgang am Dienstag: 7.23 Uhr, -untergang: 17.49 Uhr, **Mondaufgang:** 11.49 Uhr, -untergang: 3.36 Uhr. *in MEZ, zentraler Ort Kassel

Tauziehen um den „geheimen Sonderbotschafter"

Auch nach der Vertagung des Rauschgiftschmuggel-Prozesses bleibt der Status von Sadegh Tabatabai ungeklärt

WILM HERLYN, Düsseldorf

Ein verwirrendes Katz- und Mausspiel – so stellt sich der Düsseldorfer Gerichtsfall „Dr. Sadegh Tabatabai" dar. Wobei die Katze die deutsche Diplomatie ist, die Maus, die sicher gefangen wird, die deutsche Justiz.

Tabatabai, ein wohlklingender Name wie aus den Märchen aus 1001 Nacht mit einer Geschichte, die wie eine Mär anmutet. Ein Sprößling aus „allererster Familie", wie es heißt. Ihm wird zur Last gelegt, 1717,6 Gramm Rohopium am 8. Januar nach Deutschland eingeschmuggelt zu haben. Der Zoll auf dem Flughafen hat das Rauchgut konfisziert – den Schmuggler selbst aber nicht. Denn Tabatabai behauptet, er sei „Sonderdiplomat in geheimer Mission". Immunität für einen Rauschgiftschmuggler? Zunächst kaufte er sich frei: Mit einem Federstrich stellte er die 200 000 Mark Kaution – ein Barscheck, der von einer Düsseldorfer Bank ohne Zögern bestätigt wurde. Am 17. Januar wurde er aber doch wieder festgesetzt und wie jeder andere Rauschgiftschmuggler auch als Untersuchungsgefangener in die berüchtigte Ulmer Höh eingeliefert. Nun glühten die Drähte zwischen Düsseldorf, Bonn und Teheran. Denn Tabatabai ist dem Auswärtigen Amt wohlbekannt. Auch wenn Außenminister Hans-Dietrich Genscher, auf den Perser angesprochen, nur noch verzweifelt abwehrend die Hände hebt. Der 39jährige nämlich ist Vertrauter des Ayatollah Khomeini, war sogar zeitweise Vertreter von Regierungschef Bazargan. Darüber hinaus – oder gerade deswegen – ist er weitläufig mit dem Mullah verwandt. Denn Sohn Achmed heiratete die Schwester Tabatabais. Wichtiger aber: Tabatabai zählt zu den pragmatischen Politikern seines Landes, die den Ayatollah bewegten, die 52 Geiseln aus der US-Botschaft wieder freizulassen.

Ein mit allen Wassern gewaschener Geschäftsmann, urteilen Männer, die mit ihm verhandelten. Zum Beispiel über Waffen. Denn Tabatabai – noch heute wie jetzt offenbar Mitglied des Obersten Verteidigungsrates seines Landes – bestätigt sich seit Frühjahr 1980 durchaus erfolgreich in diesem Geschäft. Um so erstaunlicher und unglaubwürdiger klingt seine Einlassung, „böse Menschen, Gegner des Islam" hätten ihm während eines dreistündigen Aufenthalts im Transitraum des Zürcher Flughafens Kloten das Opium ins Gepäck geschmuggelt. Wie denn? Das wisse er nicht. Tatsache ist, daß der Zoll die verpackten Stangen sehr sorgfältig verstaut in Aktentasche und Umhängetasche fand. Ein angeblich so gewitzter Geschäftsmann, der noch dazu in geheimer Mission durch Europa reist, läßt sein Gepäck unbeaufsichtigt, damit Unbekannte daran manipulieren können? Das mag so recht niemand glauben. Eher schon ist die Vermutung, daß das Opium – das einen Marktwert von 40 000 Mark darstellt, als Heroin allerdings umgewandelt einen Marktwert von mehr als einer Million Mark hat – zum „Eigenverzehr" bestimmt war.

Nebulös aber ist vor allem das Verhalten der deutschen Diplomatie. Denn am 8. Januar hieß es im Auswärtigen Amt noch: „Kein Diplomat." Das bestätigte die iranische Botschaft am 13. Januar. Doch Anfang Februar bat der iranische Außenminister seinen Kollegen Genscher, Tabatabai Immunität zu gewähren, denn er sei „als Sonderbotschafter in verschiedenen Ländern Westeuropas unterwegs". Die nachträgliche Sanktionierung aber reicht – so der Völkerrechtler Professor Doehring – nach den gültigen Regeln nicht. Denn auch für die sogenannte adhoc-Diplomatie gelte Immunität nur dann, wenn die beteiligten Staaten die Aufgabe näher beschrieben hätten. Das sei aber im Fall Tabatabai nicht geschehen. Kaum nun hatte Doehring seine Stellungnahme veröffentlicht, stellte die Verteidigung überraschend Beweisanträge. Nun soll das Gericht feststellen, daß der deutsche Botschafter in Iran, Petersen, am 14. Januar das Auswärtige Amt in Bonn in mündlichem Vortrag über die Geheimmission Tabatabais unterrichtet habe. Und das genügt – auch nach Ansicht Doehrings –, Tabatabai nachträglich Immunität zu gewähren. Unverständlich ist aber auch ihm, warum die deutsche Diplomatie nur Schritt um Schritt den Schleier um Tabatabai lüftet. Denn jedes Mal, wenn die Justiz meint, in ihrer Anklage erfolgreich zu sein, kommen neue Informationen aus Bonn, die Tabatabai schützen. Der Gerechtigkeit erweist das Auswärtige Amt – auch wenn auf die früheren Verdienste des Iraners hingewiesen wird – einen Bärendienst. Der Prozeß wird am Mittwoch fortgesetzt.

